

MIGRACHANCE

Projektbericht, Fallstudie Bebra

Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen

Maria Budnik, Christoph Hedtke, Katrin Großmann, Ivonne Peitsch, Nikolai Roskamm, Karen Wolf



MigraChance Projektbericht, Fallstudie Bebra: Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen

Maria Budnik, Christoph Hedtke, Katrin Großmann, Ivonne Peitsch, Nikolai Roskamm, Karen Wolf

Zitationsvorschlag

Budnik, Maria; Hedtke, Christoph; Großmann, Katrin; Peitsch, Ivonne; Roskamm, Nikolai; Wolf, Karen (2020): MigraChance Projektbericht, Fallstudie Bebra: Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen.

DOI 10.22032/dbt.47296

Download

www.migrachance.de/publikationen

Kontakt

Prof. Dr. Katrin Großmann
Fachbereich Stadt- und Raumsoziologie
Fakultät Architektur und Stadtplanung

Mail: katrin.grossmann@fh-erfurt.de
Telefon: +49 (0)361 6700-414
Telefax: +49 (0)361 6700-373

Fachhochschule Erfurt
Schlüterstr. 1
99085 Erfurt

Textlizenz

Creative Commons CC-BY-SA4.0 (Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen)

Bildrechte

Die Bildrechte liegen, wenn nicht anders vermerkt, bei den genannten AutorInnen.
Coverbild: Stadtarchiv Bebra

Erfurt 2020

Forschungsverbund



Gefördert durch

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Förderkennzeichen: 01UM1817AY
Projektträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), Laufzeit: 04.2018 - 09.2021



Inhalt

1. Einleitung	1
2. Fallstudienbeschreibung Bebra	7
Migrationsgeschichte(n).....	12
Wie die AramäerInnen nach Bebra kamen.....	16
3. Der Konflikt um die syrisch-orthodoxe Kirche in Bebra.....	19
Zeitlicher Ablauf – Chronologie der Ereignisse	20
Ein Konflikt, vier Perspektiven	43
Perspektive I – Wir haben auch viele Fehler gemacht	43
Perspektive II – Anbahnung und Hilfestellung	45
Perspektive III – Es ist gut so wie es ist.....	48
Perspektive IV – Es war von einem orientalischen Tempelbau die Rede.....	50
Analyse.....	52
Konflikthintergründe	52
Konfliktvordergrund.....	54
KonfliktakteurInnen.....	56
Konfliktdynamik.....	62
Konflikttypen	65
4. Die Unsichtbarkeit der Kommunalen Ausländervertretung.....	67
Hintergrund: Ausländerbeiräte in der Hessischen Kreis- und Gemeindeordnung.....	68
Die Entwicklung der KAV in Bebra.....	69
Perspektiven auf die Arbeit und Bedeutung des Ausländerbeirates in Bebra.....	70
Perspektive I – Keine Handlungsmacht.....	70
Perspektive II – Der Ausländerbeirat wurde der Kommune übergestülpt.....	72
5. Fazit.....	74

Abbildungsverzeichnis

Abbildung Cover: Luftbild Bebra	0
Abbildung 1: Geographische Lage Bebras	7
Abbildung 2: Luftbild Bebra	8
Abbildung 3: Der Koffer als Symbol für den Bahnstandort Bebra	9
Abbildung 4: Hessische Gemeindeordnung (HGO)	11
Abbildung 5: Migrationsgeschichte Bebras und rechtliche Weichenstellungen	12
Abbildung 6: AramäerInnen wollen eine Kirche bauen	20
Abbildung 7: Ausschnitt Wahlkampfzettel zum BürgermeisterInnenwahlkampf in Bebra	23
Abbildung 8: „Christen verweigern Christen eine Kirche“	30
Abbildung 9: Entwurfszeichnung der Südansicht des geplanten Gemeindezentrums	30
Abbildung 10: Artikel im Spiegel über den Konflikt um den Kirchenbau	35
Abbildung 11: Entwurfsskizze Umbau Eisenbahnerschule	39
Abbildung 12: „Alte DB-Schule wird zum Andachtsraum umgebaut. Lösung, die alle Seiten mehr alszufriedenstellt“	40
Abbildung 13: Maria Mutter Gottes Kirche in Bebra	41
Abbildung 14: Zeitlicher Ablauf des Kirchenbauprozesses	42
Abbildung 15: AkteurInnenkonstellation und Konflikthintergründe 1990-1995	59
Abbildung 16: AkteurInnenkonstellation 1996: syrisch-orthodoxer Kirchenbau am Friedhof	60
Abbildung 17: AkteurInnenkonstellation Bundesbahnschule ab 1997	61

Abkürzungsverzeichnis

AGAH	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
FWG	Freie Wählergemeinschaft
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HNA	Hessische/Niedersächsische Allgemeine
HZ	Hersfelder Zeitung
KAV	Kommunale Ausländervertretung
RCKiN	Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen
SVV	Stadtverordnetenversammlung
syr.-orth.	syrisch-orthodox

Danksagung

Über erlebte Konflikte zu reden ist erfahrungsgemäß oft nicht einfach, selbst dann, wenn diese schon viele Jahre zurückliegen. Doch wir glauben, dass genau das wichtig ist und es sich lohnt, einerseits um die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse besser zu verstehen und andererseits auch um mit zukünftigen Konflikten besser umgehen zu können. Deshalb möchten wir nochmal allen danken, die uns bei unserem Forschungsvorhaben in Bebra unterstützt haben, denn ohne sie wäre diese Untersuchung und das Verständnis in dieser Tiefe und Gründlichkeit schlichtweg nicht möglich gewesen. Mit all den ausführlichen Gesprächen, Diskussionen, Kontaktvermittlungen und durch den Zugang zu Archiv-Quellen, die uns sonst verborgen geblieben wären, haben Sie uns wirklich sehr geholfen. Vielen Dank für Ihre Offenheit und das entgegengebrachte Vertrauen.

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Fallstudie Bebra des Forschungsprojekts „Migrationsbezogene Konflikte als Herausforderung und Chance für institutionellen Wandel in groß- und kleinstädtischen Kontexten“. Das Projekt wird durchgeführt von der Fachhochschule Erfurt zusammen mit dem UFZ Leipzig und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Bebra ist neben Leipzig und Gelsenkirchen eine von drei Fallstudien, in denen die Wirkung von Konflikten auf den Wandel von lokalen Institutionen in unterschiedlichen räumlichen Kontexten untersucht werden. Konflikte begreifen wir dabei als konstitutives Element von sozialem Wandel.

Städte und Quartiere sind immer wieder Austragungsorte von Konflikten, die im Kontext von Zuwanderung heterogener Bevölkerungsgruppen entstehen. Jüngere Arbeiten zu Stadt, Migration und sozialem Zusammenhalt betonen die Normalität von Konflikten, indem sie stark machen, dass Städte schon immer Schlüsselorte der Aushandlung von sozialer Differenz und Orte des Zusammengeworfen-Seins gewesen sind. Die Begegnung zwischen unterschiedlichen sozialen Lagen, Milieus, kulturellen und religiösen Praktiken trägt aus einer solchen Perspektive zur Qualität städtischen Lebens bei, auch wenn sie sich in einer konflikthaften Form manifestiert. Im Zentrum von Auseinandersetzungen steht dabei meist die Frage der Zugehörigkeit („belonging“) und damit verbundene Rechte.

Unsere These ist, dass im Zuge solcher Konflikte institutioneller Wandel stattfindet. Dieser Wandel drückt sich aus durch die Entstehung neuer Institutionen, durch die Bildung neuer Netzwerke von AkteurInnen oder durch Lernprozesse in bestehenden Strukturen. Die Vernetzung von Institutionen ist häufig eine Reaktion auf konflikthafte oder krisenhafte Situationen. Es bilden sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die Interessen verschiedener politischer und sozialer Gruppen vertreten und auf demonstrative und direktdemokratische Instrumente zurückgreifen, um sich Gehör zu verschaffen. In Konflikten wird die Gültigkeit von Normen und Werten ausgehandelt, die Legitimität bestehender Institutionen in Frage gestellt oder bekräftigt. Konflikte können auch – wie im vorliegenden Bericht – die Etablierung von Institutionen begleiten und deren Rolle und Position in einem lokalen Gefüge aushandeln.

Ziel des von uns durchgeführten Projektes ist, in den Fallstudien Bebra, Leipzig und Gelsenkirchen die Wirkung von Konflikten auf (sub)lokale Institutionen retrospektiv zu analysieren und prospektiv Möglichkeiten zu erproben, wie diese gezielt für Lern- und Transformationsprozesse genutzt werden können. In unserem Ansatz geht es darum, die Bewertung der Konflikte dahingehend zu verschieben, dass sie erstens als gesellschaftliche Realität anerkannt und zweitens als Schlüsselkategorie von sozialer Entwicklung begriffen werden können. Wichtig ist es dabei aus unserer Sicht, Konflikte, in denen vordergründig Migration ein Auslöser zu sein scheint, kontextualisiert zu verstehen. Die Konflikte, die sich im Mittelpunkt unseres Ansatzes befinden, entstehen in komplexen sozioökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen, in denen Migration stattfindet.

Dabei gehen wir davon aus, dass Konflikte soziale Konstruktionen sind, die multiple Ursachen haben und nicht monokausal zu erklären sind. Sie mögen vordergründig singuläre Probleme betreffen, haben aber in der Regel komplexe Hintergründe. So kann eine Konfliktsituation aufbrechen oder entstehen, wenn die Planung einer Unterbringung für Geflüchtete in einem Quartier angekündigt wird. Die eigentlichen Konfliktgründe reichen jedoch möglicherweise von sozialer Ungleichheit über eine gefühlte Vernachlässigung oder Stigmatisierung des Stadtteils bis hin zu fehlenden Investitionen in die soziale Infrastruktur etc. Genauso können rassistische Einstellungen und Stereotype eine Rolle spielen. Entsprechend ist bei solchen Konfliktanordnungen meist auch keine einfache Lösung in Sicht.

Der im Titel unseres Projektes genannte Migrationsbezug bedarf einer besonderen Aufmerksamkeit. Die Fragen, die wir mit der Bezeichnung „migrationsbezogen“ aufwerfen wollen, lauten: Wie sieht diese Bezogenheit von Konflikten und Migration genau aus? Wer bezieht hier aus welchen Gründen Migration auf Konflikt? Welche Hintergrundebenen werden mit einem solchen Beziehen angesteuert? Einen Konflikt nennen wir dann migrationsbezogen, wenn Zuwanderung als solche – oder als zugewandert angesprochene soziale Gruppen – in der Auseinandersetzung von den zentralen AkteurInnen als ein wichtiger Faktor oder als Thema benannt werden.

Eine häufige Beziehungsform zwischen Migration und politischer Auseinandersetzung besteht in der Ethnisierung und Kulturalisierung von Konflikten. Diese lassen sich beschreiben als die Reduktion von Unterschieden zwischen Gruppen von Menschen auf ethnische oder kulturelle Differenzen auf Basis ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Herkunft. Ethnisierungen und Kulturalisierungen sind kontinuierlicher Bestandteil migrantischer Alltagserfahrung und stehen regelmäßig im Mittelpunkt der gegenwärtigen Migrationsforschung. Auch für die von uns gestellte Forschungsfrage selbst sind ethnisierte ebenso wie kulturalisierte Konflikte, oder besser die Ethnisierungen und Kulturalisierungen von Konflikten, von Bedeutung. Wo verschatten ethnisierte und kulturalisierte Konfliktbeschreibungen andere Konfliktursachen und -linien? Wo lenken sie unbewusst oder vielleicht auch bewusst von tieferliegenden/unsichtbaren Konfliktlinien ab? Was bringen sie zum Vorschein? Wo verhindern sie, dass Konflikte produktiv für ein gemeinsames Lernen werden? Wie könnte ein solches Produktivwerden befördert werden?

Für unseren Ansatz, migrationsbezogene Konflikte in den Fokus unserer Forschung zu stellen, ist die Analyse der „Ethnisierung von Konflikten“ damit einerseits selbst ein wichtiger Bestandteil. „Migrationsbezogen“ bedeutet für uns dabei weniger eine Zuweisung, sondern vielmehr die Adressierung eines gesellschaftlichen und politischen Phänomens und den Versuch, die Beziehungen und Bezogenheiten zwischen Migration und Konflikt zu untersuchen, zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzubrechen. Andererseits verändert aber auch unser Ansatz, Konflikte nicht von vornherein als etwas Negatives oder zu Überwindendes, sondern als unvermeidlichen und legitimen Bestandteil von sozialen Prozessen zu verstehen, die Forschungsperspektive. Mit dieser Setzung, das ist unsere Annahme, wird es erst möglich, differenzierte Einblicke in verschiedene Formen von Konflikthaftigkeit zu erhalten, was ein Kernziel unseres Projekts darstellt.

Die zentralen Forschungsfragen des Vorhabens lauten entsprechend: In welcher Weise wirken Konfliktkonstellationen in Reaktion auf Zu- und Einwanderung als Ausgangspunkt für institutionellen Wandel? Welche institutionellen Lernprozesse setzen Konflikte in Gang? Wie lässt sich daraus strategisches Wissen für mehr gesellschaftliche Teilhabe, Gerechtigkeit und demokratische Prozesse generieren?

In den für die Fallstudien ausgewählten Städten bzw. Stadtquartieren untersuchen wir die Wirkungen von Konflikten auf das institutionelle Setting. Dazu betrachten wir das gesamte Spektrum von Strukturen und Organisationen in öffentlicher und privater Hand. Insbesondere analysieren wir, welche Institutionen mit welcher Anwaltschaft durch den Konflikt entstanden sind bzw. sich manifestieren oder verändern und in welchem Maße durch die Partizipation von Zugewanderten in einer Organisation ein institutioneller Wandel initiiert wird.

Fallstudie Bebra

In dem hier vorgelegten Bericht geht es um die Fallstudie Bebra. Die Stadt Bebra präsentiert sich heute auf ihrer Website als ein „Musterbeispiel der Integration“. Vor dem Hintergrund zirkulärer internationaler Zu- und regionaler Abwanderung ist dieses Selbstbild Ergebnis verschiedener zivilgesellschaftlicher und institutioneller Veränderungsprozesse und drückt nicht zuletzt den Stolz aus, mit dem man über Konflikte und Aushandlungen zum heutigen Verständnis der Selbstverständlichkeit von Zuwanderung gekommen ist, die von den lokalen Entscheidungsträgern und weiten Teilen der Zivilgesellschaft geteilt wird. Migration in Bebra wird heute als eine erfolgreiche Geschichte erzählt. Der folgende Bericht zeigt, dass die Zuwanderung nach Bebra bereits seit Jahrzehnten durch Perioden mit wechselnder Akzeptanz geprägt war, die im Kontext der Gesamtentwicklung der Stadt zu Konflikten und Aushandlungsprozessen führten.

Mit der Fallstudie untersuchen wir zwei für die Migration in Bebra wesentliche Institutionen, die das Zusammenleben in der Stadt beeinflussten und auch weiterhin prägen. Zum einen analysieren wir den konflikthafter Entstehungsprozess der syrisch-orthodoxen Kirche in Bebra und zum anderen den der kommunalen Ausländervertretung (KAV). Zwei zentrale Forschungsfragen leiten durch den Bericht. Erstens, welcher institutionelle Wandel wird durch die Konflikte ausgelöst? Zweitens, welche Rolle spielen Konflikte für die Entstehung von Institutionen? Die Gründung beider Institutionen geht auf die 1990er Jahre zurück. Während die Kirche auf Bestreben der syr.-orth. Gemeinde entstand, ist die kommunale Ausländervertretung Ergebnis der Umsetzung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Beispielen ist die Sichtbarkeit der Konflikthafterkeit. Der Kirchenbau wurde von hoher öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet. Die KAV entstand vergleichsweise „im stillen Kämmerlein“. Beide Themen stehen in Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, die Anfang der 1990er Jahre in Bebra relevant gewesen sind. Die Gesellschaft hat sich in einer krisenhaften Situation befunden: Deindustrialisierungsprozesse, eingeleitet durch die politische Wende 1990, führten zu Arbeitsplatz-, sowie zu einem Bedeutungs- und Identitätsverlust als Eisenbahnerstadt. Zudem wurde Bebra seit den 1970er Jahren als „Türkenstadt“ stigmatisiert (Stadt Bebra 2018). Im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Umbruchsituation stehen die bei-

den betrachteten Institutionen – Kirche und Ausländerbeirat – symbolisch für das Nebeneinander von Krise und gleichzeitig dem zunehmenden Teilhaberecht und -bestreben von Zugewanderten an gesellschaftlichen Prozessen.

Der Bericht umfasst drei Teile. Im Anschluss an die Einleitung (Kapitel 1) stellen wir in Kapitel 2 die Stadt Bebra vor. Neben unserer Version der Migrationsgeschichte der Stadt schildern wir den Weg der AramäerInnen nach Bebra. Als syr.-orth. ChristInnen planten Sie in den 1990er Jahren den Bau einer Kirche in der Stadt. Der spannungsreiche Entstehungsprozess des Kirchenbaus wird in Kapitel 3 dargestellt. Wir beginnen mit einer Darstellung des chronologischen Ablaufs der Ereignisse. Danach geben wir einen Einblick in verschiedene persönliche Perspektiven auf den Konflikt. Diese Einblicke zeigen die Schwerpunktsetzungen einzelner AkteurInnen oder AkteurInnengruppen im Erleben und Erinnern an die Ereignisse und die jeweiligen Rekonstruktionen, mit denen das Geschehen heute verarbeitet wird. Schließlich folgt eine konfliktanalytische Einordnung der Vorgänge. Das Kapitel 4 befasst sich mit der kommunalen Ausländervertretung, also dem Ausländerbeirat in Bebra. Hier untersuchen wir die Entstehung der Institution. Anschließend werden in perspektivischer Darstellungsform unterschiedliche Einblicke auf die Arbeit des Beirates gegeben.

Methodisches Vorgehen

Methodisch werden die in diesem Bericht dargestellten Konflikte in einer qualitativen Studie untersucht. Hierbei konnten wir überwiegend auf ExpertInneninterviews und Dokumentenanalysen (Presseartikel, Verwaltungsdokumente, Sitzungsprotokolle, Briefe, persönliche Notizen etc.) zurückgreifen. Die Interviews erfolgten leitfadengestützt, Dokumente wie Interviews wurden über inhaltsanalytische Verfahren ausgewertet. Letztlich ähnelte die Vorgehensweise den Methoden der Geschichtswissenschaften inklusive Anteilen von oral history. Den Forschenden war die Fallstudie Bebra vor dem Forschungsvorhaben gänzlich unvertraut, was die benötigte Offenheit erleichterte. Die leitfadengestützten Interviews sind vor allem mit AkteurInnen der Konflikte durchgeführt worden.

Insgesamt haben wir 15 leitfadengestützte Interviews und weitere 20 Gespräche bei Forschungsaufenthalten vor Ort durchgeführt. Ergänzt wurden diese durch Archivrecherchen bei der lokalen Hessischen Allgemeinen Zeitung (HNA) sowie im Stadtarchiv Bebra. Der Schwerpunkt der Interviewtätigkeit lag zwischen Oktober 2018 und Juni 2019.

Die Untersuchung hat drei inhaltliche Schwerpunkte: Einerseits haben wir den Konflikt um den Bau der syr.-orth. Kirche ausgewählt, um hieran die Institutionenbildung bzw. Lernprozesse zu untersuchen. Der Feldzugang war hier quer durch die beteiligten Parteien problemlos. Im zweiten Fokus der Untersuchung wurde die Entstehungsgeschichte des Ausländerbeirates untersucht. Hier ist der Feldzugang deutlich schwieriger gewesen und geeignete GesprächspartnerInnen waren kaum erreichbar. Ein dritter Schwerpunkt liegt in der Aufarbeitung der städtischen Migrationsgeschichte mithilfe von Statistiken, Dokumenten und weiteren Interviews.

Die Auswahl von InterviewpartnerInnen erfolgte sukzessive im Schneeballsystem über Empfehlungen sowie durch Informationen aus Zeitdokumenten. Da für das Forschungsvorhaben vor allem die institutionelle Dimension der Konflikte wichtig ist, wurden vornehmlich VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Kirche und Presse befragt. Diese Auswahl umfasst Vorstandmitglieder der syr.-orth. Gemeinde, Vorstandmitglieder der muslimischen Gemeinde, Mitarbeiter der Stadtverwaltung, einschließlich des Bürgermeisters, sowie ehemalige Mitarbeiter des Ausländerbeirates und MitarbeiterInnen kirchlicher Einrichtungen. Aufgrund des im Falle des Kirchenbaus lange zurückliegenden Konfliktzeitpunktes sind einige der relevanten AkteurInnen inzwischen verstorben. Ihr Handeln, Wirken und Einfluss konnte nur über andere Personen oder schriftliche Quellen rekonstruiert werden. Letztere standen umfangreich zur Verfügung. Hingegen war es schwerer, Kontakt zu Personen herzustellen, die im Ausländerbeirat tätig gewesen sind.

Im Wesentlichen haben wir mit den Interviews drei Ziele verfolgt:

1. Zunächst war der Konfliktverlauf zu rekonstruieren, Details über bestimmte Phasen im Konfliktverlauf, die Rolle der GesprächspartnerInnen sowie deren Perspektiven auf den Konflikt einzuordnen. Teilweise dienten die Interviews dazu, Lücken aus schriftlichen Quellen zu füllen oder Unklarheiten zu beurteilen. Des Weiteren ging es um die Beteiligten selbst, ihre damalige Position und Hintergründe für ihre Handlungen.
2. Darüber hinaus wurde die Migrationsgeschichte der Stadt thematisiert, die Sichtbarkeit der damit zusammenhängenden städtischen Veränderungen sowie die Stimmung in der Stadt zum Zeitpunkt des Konfliktes. In diesem Zusammenhang wurden die Interviewten gebeten, die damalige Stimmungslage in der Stadt zu skizzieren, um die Bedeutung des lokalen und zeitgeschichtlichen Kontextes für die Entstehung und den Verlauf des Konfliktes besser einordnen zu können.
3. Zuletzt haben wir nach den Wirkungen der Ereignisse gefragt, mit dem Ziel, zu erfahren, welche Relevanz die Befragten den Konflikten für heutige Institutionen oder zivilgesellschaftliche Lernprozesse zusprechen. In der Regel ging es im Anschluss um weitere vergangene Konfliktlagen. Von selbst konnten sich die Befragten dabei meist nicht an weitere Konflikte aus dieser Zeit erinnern. Wenn sie mit konkreten Ereignissen konfrontiert wurden, fielen ihnen dann aber doch verschiedene Konfliktsituationen wieder ein.

Der Großteil der Interviews wurde per Tonaufnahme protokolliert und anschließend transkribiert. Teilweise haben wir die Aufnahmen unterbrochen, wenn die Interviewten den entsprechenden Wunsch äußerten. Bei einigen Interviews wurde stichwortartig Protokoll geführt. Die Transkripte sind aus Gründen der vereinfachten Lesbarkeit sprachlich leicht geglättet (Verzicht auf Fülllaute, Dialekt etc.). Die InterviewpartnerInnen sind in der Darstellung, so gut es möglich ist, anonymisiert worden (Verzicht auf Namen, jedoch nicht auf zivilgesellschaftliche oder berufliche Rollen). Der überwiegende Teil der Interviewten waren Männer. Darin spiegelt sich die geringe Zahl von Frauen in den Führungspositionen der Institutionen zum Zeitpunkt der Konflikte Mitte der 1990er Jahre sowie die dominante Rolle der Männer in den Führungspositionen der für diese Studie aufgesuchten Organisationen.

Zeitungsartikel haben sich für unsere Recherchen als wichtige Zeitdokumente erwiesen. Unsere Datensammlung umfasst etwa 240 Artikel der Lokalpresse, die über Ereignisse wie BürgerInnenversammlungen, Stadtverordnetenbeschlüsse oder Magistratssitzungen berichteten, was für die Rekonstruktion der Chronologie der Ereignisse hilfreich gewesen ist. Die Presseberichterstattung der lokalen und überregionalen Presse unterscheidet sich deutlich. Während die lokalen Medien, vor allem im Hauptjahr des Konfliktes, kontinuierlich über die Ereignisse berichteten und die über 125 LeserInnenbriefe Schlüsse auf die Stimmung in der Stadt ermöglichen, berichtete die überregionale Presse nur punktuell von den Ereignissen.

Zusätzlich hat uns Material aus persönlichen und behördlichen Archiven zur Verfügung gestanden. Die Erinnerungen der Befragten dienten nur bedingt dazu, den Verlauf von Ereignissen zu rekonstruieren. Daher war der Schlüssel zu einem besseren Verständnis die ergänzende Analyse von Dokumenten. Diese umfassten Protokolle der Stadtverordnetenversammlung und Magistratssitzungen, Beschlussvorlagen, Auszüge aus Bau- und Planungsausschüssen, Magistratsvorlagen, Kreistagsbeschlüsse, Skizzen der Architekten, B-Pläne, Flächennutzungspläne, Kaufverträge, Bauanträge, persönliche Briefe, Formulare und persönliche Notizen. Der umfangreiche Datenfundus ermöglichte, den Verlauf des Kirchenbaus recht detailliert zu rekonstruieren. Die gegenteilige Situation ergab sich bei der Untersuchung des Ausländerbeirates. Protokolle der Sitzungen zu erhalten, ehemalige Mitglieder des Beirates zu sprechen oder Zeitungsartikel über die Arbeit des Beirates zu finden, ist hier kaum möglich gewesen.

Die Kombination des empirischen Materials ermöglichte die Konstruktion der Konfliktgeschichte aus verschiedenen zeitlichen Perspektiven. Die Interviews sind spontane Stegreifzählungen der InterviewpartnerInnen, für deren Auswertung wir uns an der Narrationsanalyse orientiert haben. Wir haben die Interviews in einem ersten Schritt auf die Darstellung des Ablaufs der Ereignisse reduziert, in einem zweiten wurden die argumentierenden Passagen analysiert und interpretiert. Die Auswertung der Dokumente hat mittels Dokumentenanalyse stattgefunden. Zeitungsartikel und weitere Dokumente wurden inhaltsanalytisch ausgewertet. Erhebungs- und Auswertungsphase waren dabei nicht immer deutlich voneinander getrennt. Erste Erkenntnisse flossen in die weitere Erhebung ein.

2. Fallstudienbeschreibung Bebra

Bebra liegt in Nordhessen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und ist eine Kleinstadt mit etwa 13.930 EinwohnerInnen im ländlichen Raum des Regierungsbezirks Kassel (Statistik Hessen 2019). Geographisch liegt Bebra am Fuldaknie, was für die Entwicklung als Eisenbahnerstadt ab 1845 entscheidend war. Nachbarorte sind Rotenburg an der Fulda und Bad Hersfeld. Bei der Gemeindegebietsreform 1971 wurden neben der Kernstadt Bebra die elf ehemaligen Dörfer Asmushausen, Gilfershausen, Rautenhausen, Braunhausen, Imshausen, Solz, Iba, Weiterode, Breitenbach, Blankenheim und Lüdersdorf eingemeindet. Es wird auch heute noch alltagssprachlich zwischen der Kernstadt und den übrigen Stadtteilen unterschieden. Mit den Eingemeindungen verdoppelte sich die EinwohnerInnenzahl Bebras von 8.000 auf etwa 15.000. Abbildung 1 veranschaulicht die Lage Bebras im Raum Nordhessen und zeigt die Kernstadt mit den beiden Ortsteilen Weiterode und Breitenbach. In der Abbildung ist auch der sogenannte Göttinger Bogen zu sehen, ein Stadtteil, der seinen Namen durch die bogenartige Streckenführung des Schienennetzes erhielt und im Jahr 2019 als Fördergebiet für das Städtebauprogramm Soziale Stadt ausgewählt wurde.

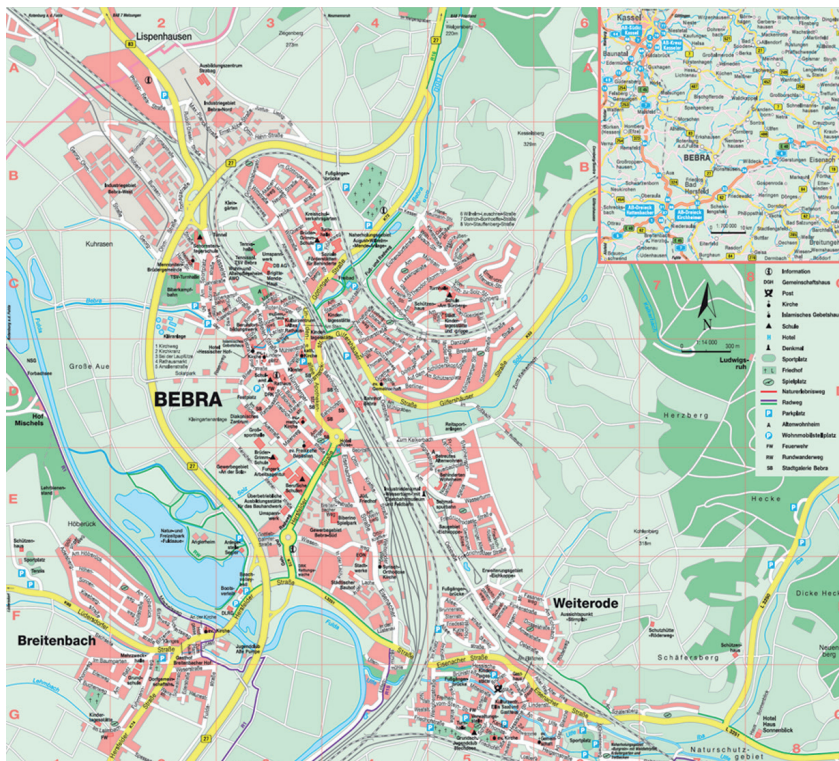


Abbildung 1: Geographische Lage Bebras (Quelle: Stadt Bebra 2020a)

Überregionale Bedeutung erlangte Bebra mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes. Die erste Strecke Kassel-Bebra-Gerstungen wurde 1849 eingeweiht. Seine geographische Lage zwischen den Flüssen Ulfe und Hönebach ermöglichte die Streckenführung der Bahn entlang der Flussläufe, weshalb Bebra einen Standortvorteil gegenüber umliegenden Gemeinden hatte. Bebra entwickelte sich bis Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Deutschlands. 1909 wurde der bis heute existierende Bahnhof eingeweiht. Die Bahn entwickelte sich zum größten Arbeitgeber und beschäftigte zu Hochzeiten etwa 3.000-4.000 Arbeitskräfte. Weitere für die Eisenbahn zentrale Einrichtungen folgten, wie z.B. eine Wagenreparaturstätte, eine Frachtumladehalle sowie Mitte des 20. Jahrhunderts eine Ausbildungsschule für Eisenbahner. Dieses Gebäude wird für den Verlauf des in diesem Bericht analysierten Konfliktes um einen syrisch-orthodoxen Kirchenbau eine wichtige Rolle spielen. Die Chroniken der Stadt befassen sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte der Eisenbahn, da „die verkehrsgünstige Lage, in der sich Bebra befindet, nach wie vor der wertvollste Faktor [ist], den es wirtschaftlich als Stadt und als Arbeitsfeld aufweisen kann“ (Meng 1969: 9). Die Abbildungen 2 und 3 illustrieren die Präsenz, die die Bahn bis heute in der Kleinstadt hat. Abbildung 2 zeigt das Schienennetz am Hauptbahnhof, dessen Größe vor dem Hintergrund der kleinstädtischen Kulisse wirkt. Abbildung 3 zeigt beispielhaft einen Koffer, der als Kunstinstallation im Stadtbild auf die Bedeutung der Bahn hinweist.

Bebra war in der Zeit der deutschen Teilung eine von acht Grenzübergangsstellen zwischen BRD und DDR. Hier wurde der Personen- und Güterverkehr im Interzonenverkehr abgewickelt, so konnte Bebra trotz seiner Zonenrandlage auch während der Teilung eine Rolle als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt beibehalten. Zusätzlich profitierte die Stadt finanziell von der Zonenrandförderung. Mit dem Mauerfall 1990 verlor Bebra aber an Bedeutung für den Eisenbahn-



Abbildung 2: Luftbild Bebra (Quelle: Stadtarchiv Bebra 2019)

verkehr, auch weil die technischen Entwicklungen den geologischen Standortvorteil abgelöst hatten. Das Resultat war ein deutlicher Verlust an Arbeitsplätzen. Heute sind nur noch wenige hundert Menschen bei der Bahn beschäftigt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist die positive Arbeitsplatzentwicklung bis 2017 zu bemerken, die um 7,8% im Zeitraum zwischen 2011-2017 gewachsen ist (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017).

Relevant für diesen Bericht ist auch, dass Bebra für seine Rolle bei den Novemberpogromen 1938 gegen die jüdische Bevölkerung bekannt geworden ist. Bereits zwei Tage vor den deutsch-

landweiten Übergriffen am 09. November 1938 begannen die Ausschreitungen in Kassel. Bebra folgte (der Gaupropagandaleiter der NSDAP stammte aus Bebra), genauso wie die Nachbargemeinden Sontra und Rotenburg, wobei in Bebra die jüdische Schule und die Synagoge zwar nicht zerstört, aber schwer beschädigt und geschändet wurden. 2019 wurden in Bebra nach langer Debatte Stolpersteine zum Gedenken der Ermordung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung verlegt.

Nehmen wir die Zahl der ausländischen Bevölkerung als Ausgangspunkt für eine Einschätzung der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ergibt sich folgendes Bild. Zum 31. März 2019 betrug die Zahl der nichtdeutschen Bevölkerung¹. 1.855, was einem Anteil von 13,3% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Einem Mitarbeiter der Stadt Bebra zufolge, sind aber auch andere Annäherungen an den Migrationshintergrund der Bevölkerung denkbar. So könne bei den Neugeborenen 2018/2019 ein Anteil von 60% mit Migrationshintergrund angenommen werden, wenn dabei die Herkunft der Großeltern berücksichtigt wird (vgl. Forschungstagebuch Migra-Chance 2018-2019). Der Großteil dieser neugeborenen Kinder hat derweil die deutsche Staatsbürgerschaft.



Abbildung 3: Der Koffer als Symbol für den Bahnstandort Bebra (Foto: Hedtke 2019)

Für Bebra scheint hinsichtlich der demographischen Entwicklung anstelle des MigrantInnenanteils an der Bevölkerung mitunter die Entwicklung der EinwohnerInnenzahlen von größerer Bedeutung. Hier zeichnet sich entgegen des Trends anderer hessischer Kommunen eine positive Entwicklung ab. Die relative Bevölkerungsentwicklung betrug von 2011 - 2017 2,7 %² (Bertelsmann-Stiftung 2017). Der sogenannte Sommer der Migration 2015 hat zu der positiven Trendwende beigetragen, wenngleich Zahlen diesbezüglich lediglich auf Landesebene verfügbar sind (vgl. Statistik Hessen 2016).

In Bebra gilt die HGO und verfügt deshalb über eine Magistratsverfassung, die es in dieser Form nur in Hessen gibt. Die AkteurInnenkonstellationen in den Konflikten um den syr.-orth. Kirchenbau und den Ausländerbeirat setzen sich zum Teil aus AmtsinhaberInnen der Verfassungsorgane zusammen. Zum besseren Verständnis der Strukturen dieser Organe, Wege der politischen Entscheidungsfindungen und der involvierten Gremien in den Konflikten, wird im Folgenden der Aufbau der Magistratsverfassung kurz umrissen.

¹ Die nichtdeutsche Bevölkerung umfasst AusländerInnen, die nach Art. 116 Abs. 1 GG nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

² Hierbei handelt es sich um Daten basierend auf der Fortschreibung der Zensusdaten von 2011.

Hessische Magistratsverfassung

Der Name leitet sich aus der kollegialen Verwaltungsspitze ab, die der Magistrat mit acht Mitgliedern bildet, wobei auch die/der BürgermeisterIn Teil des Magistrates ist. Trotz der „Demokratisierungsnovellen“ Anfang der 1990er Jahre und der Reformation der Verfassung 1991 blieb der Magistrat als Verwaltungsorgan bestehen und wurde nicht durch eine/n leitende/n BürgermeisterIn abgelöst (vgl. Dreßler 2010: 170). Neu war in diesem Zuge u.a. die Einführung der unmittelbaren Wählbarkeit des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin, dessen erste Direktwahl 1995 stattfand.

Stadtverordnetenversammlung (SVV): Die SVV ist die ehrenamtliche Gemeindevertretung der Bevölkerung. Sie wird für fünf Jahre gewählt. Die SVV tagt in der Regel alle zwei Monate und trifft Entscheidungen für die Gemeinde, die sie selbst oder auf vom Magistrat kommende Vorschläge hin berät. Die Beschlüsse bedürfen keiner Zustimmung des Magistrates. Insofern ist sie laut HGO das oberste, beschließende Organ. An den Versammlungen nimmt neben den Stadtverordneten der gesamte Magistrat teil. Der Magistrat hat in diesen Gremien immer Rederecht, aber in keinem Fall darf er sich an der Abstimmung beteiligen. Magistratsmitglieder können nicht zugleich Stadtverordnete sein (Unvereinbarkeit von Amt und Mandat) (vgl. Stadt Bebra 2018). Die SVV hat das Recht und die Pflicht gemeindliches Ortsrecht zu verabschieden und zu ändern. Die Vorbereitung von Entscheidungen findet in den Ausschüssen statt. Der SVV steht ein durch sie gewählter Stadtverordnetenvorsteher vor.

Ausschüsse: Die Stadtverordnetenversammlung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden. Den Ausschüssen können aber auch Aufgaben zur endgültigen Beschlussfassung übertragen werden. Die Ausschüsse sind Hilfsorgane der Stadtverordnetenversammlung. Ihre Existenz, ihre Zusammensetzung und der Umfang ihrer Aufgaben werden von der SVV bestimmt. Die Ausschüsse berichten in der SVV über ihre Tätigkeit. Die SVV kann Ausschüsse bilden, auflösen, Aufgaben übertragen oder widerrufen. Ein durchgängig bestehender Ausschuss ist der Haupt- und Finanzausschuss. In Bebra gibt es daneben noch den Ausschuss für Stadtentwicklung und den Ausschuss für Soziales und Kultur.

Ortsbeiräte: Neben den Ausschüssen kann die SVV zur Vorbereitung von Beschlüssen auch Ortsbeiräte bilden, die jedoch nur eine beratende Funktion haben. In der Hauptsatzung werden dafür Ortsbezirke festgelegt. Mit der Gemeindegebietsreform 1971 gewannen die Ortsbeiräte an Bedeutung. Sie sollen die Interessen der eingemeindeten Orte vertreten. Die Ortsbeiräte werden direkt durch die Bevölkerung der Ortsbezirke gewählt für eine Periode von fünf Jahren.

Magistrat: Der Magistrat besteht aus der/dem BürgermeisterIn und neun ehrenamtlichen StadträtInnen. Während die/der BürgermeisterIn direkt durch die Bürgerschaft gewählt wird, werden die StadträtInnen durch die SVV gewählt. Er wird auf sechs Jahre gewählt und ist an die Beschlüsse der SVV gebunden. Der Magistrat steht der Stadtverwaltung vor, die die Umsetzung der Beschlüsse ausführt. Mitglieder der SVV dürfen nicht gleichzeitig Mitglied des Magistrates sein. So hat auch die/der BürgermeisterIn als Mitglied und Vorsitzende/r des Magistrates zum Beispiel keinen Sitz in den SVV. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichgewicht gibt die Stimme des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin den Ausschlag. Der/

Die BürgermeisterIn kann in der SVV aber durchaus eine vom Magistrat abweichende Meinung vertreten und kann – unabhängig vom Magistrat – Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung der SVV setzen. Kommunalwahl und BürgermeisterInnenwahl finden daher aufgrund der Unterschiedlichkeit zwischen Wahlzeit und Amtszeit nicht gleichzeitig statt.

Kommissionen: Können vom Magistrat gebildet werden, um dauerhaft einzelne Geschäftsbereiche zu beaufsichtigen oder zur Erledigung vorübergehender Aufträge. Der/Die BürgermeisterIn ist Vorsitzende/r jeder Kommission. Mitglieder können weiterhin StadträtInnen sein, aber auch fachkundige BürgerInnen. In Bebra gibt es zwei Kommissionen: die Friedhofs- und die Kulturkommission.

Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV): Wird von den AusländerInnen sowie UnionsbürgerInnen, aber ausschließlich von DoppelstaatlerInnen der Stadt bei einer Anzahl von über 1.000 ausländischen EinwohnerInnen gewählt. In Bebra fand die letzte Wahl 2010 statt. Die KAV wird bei der tagenden SVV angehört, hat jedoch weder beratende noch beschließende Funktionen. Die Mitglieder sind ehrenamtlich aktiv. Die KAV soll den ausländischen, nicht wahlberechtigten EinwohnerInnen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Kommunalpolitik geben.

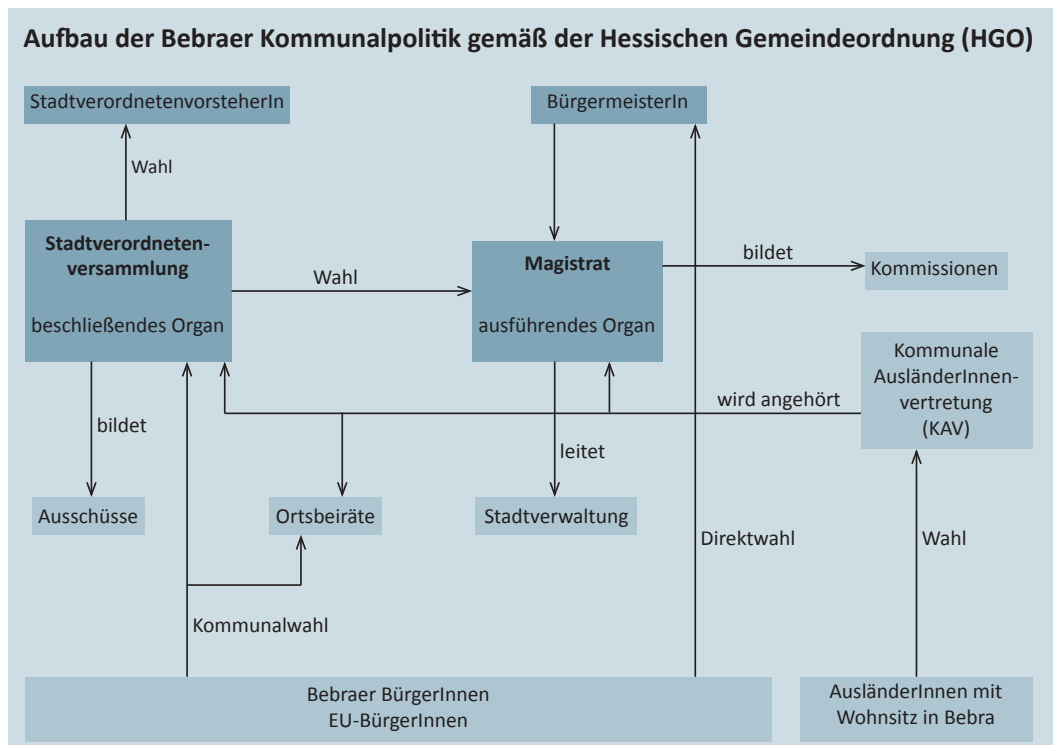


Abbildung 4: Hessische Gemeindeordnung (HGO) (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Stadt Bebra 2020b)

Migrationsgeschichte(n)

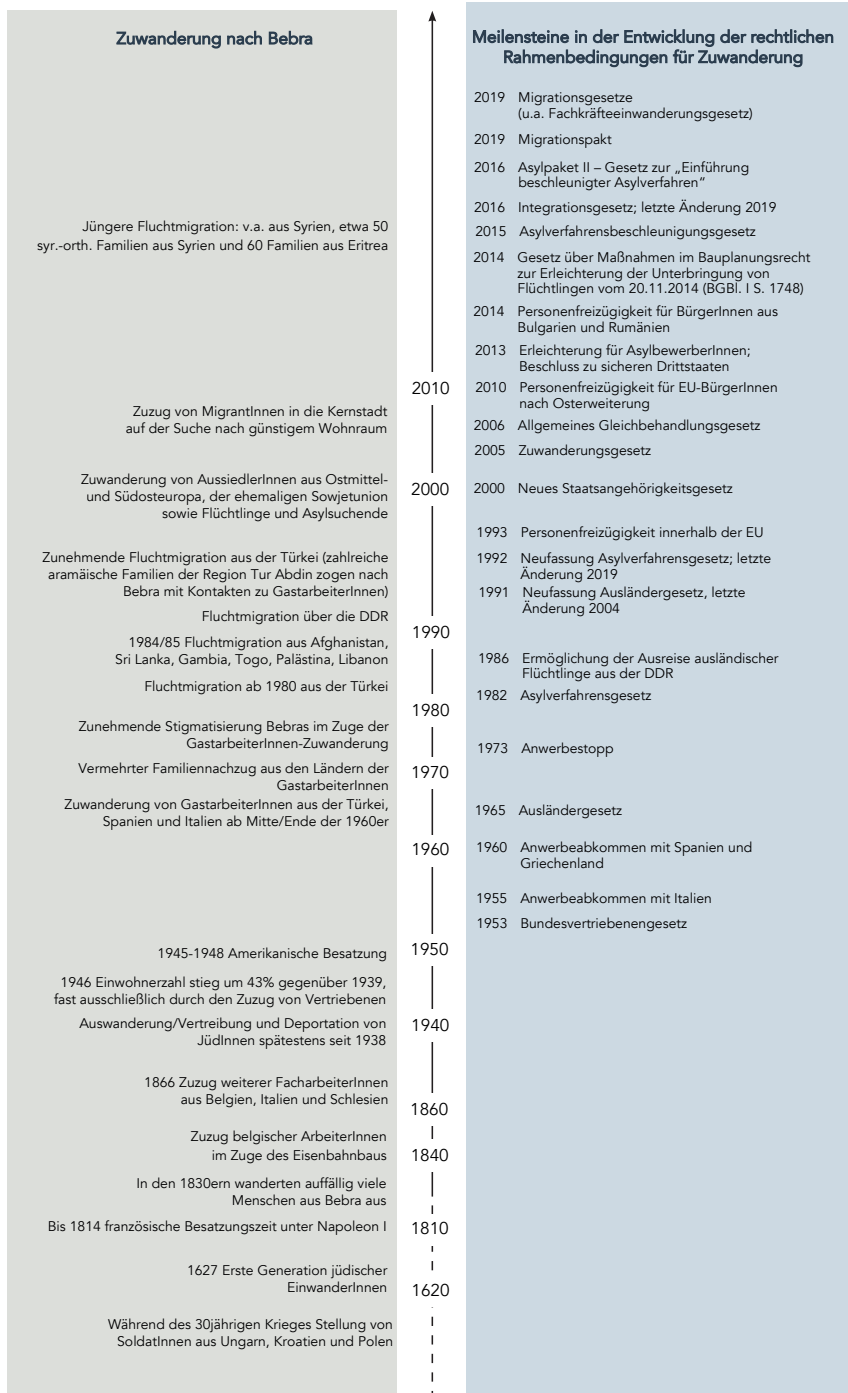


Abbildung 5: Migrationsgeschichte Bebras und rechtliche Weichenstellungen (Quelle: Eigene Darstellung)

In Bebra leben im Jahr 2019 Menschen aus etwa 60 Nationen (vgl. Stadt Bebra 2018). Der Beginn relevanter internationaler Zuwanderung nach Bebra begann jedoch nicht erst mit der GastarbeiterInnenmigration ab den 1960er Jahren, sondern schon spätestens mit dem Eisenbahnbau Mitte des 19. Jahrhunderts, als Bebra noch ein vorrangig durch Ackerbau geprägtes Dorf mit etwa 1.000 EinwohnerInnen war. Die obenstehende Abbildung (Abb. 5) zeigt zum einen Zeitpunkte und Zeiträume dokumentierter Migrationsbewegungen nach Bebra, und zum anderen wesentliche rechtliche Weichenstellungen, die auf Bundesebene die Zuwanderung in der Vergangenheit beeinflusst haben.

Während Großstädte in Deutschland über eine elaborierte Kommunalstatistik verfügen, ist es für Kleinstädte viel schwieriger, einen quantitativen Überblick über die Entwicklung der Zuwanderung zu geben. Daher beziehen sich die folgenden Ausführungen neben vorhandenen Statistiken auf Archivmaterial und Interview-Aussagen.

Eine genaue Rekonstruktion der Ankunft erster tatsächlich in Bebra sesshaft werdender MigrantInnen bis in seine Entstehungszeit im 9. Jahrhundert ist aufgrund der Datenlage nicht möglich. Die erste dokumentierte längerfristige Präsenz von Nichteinheimischen wird mit der Niederlassung von ausländischen Militärs in der Zeit des 30-jährigen Krieges beschrieben. Die nächste größere Zuwanderung, wird mit dem Zuzug jüdischer Familien nach Bebra im frühen 17. Jahrhundert genannt (vgl. Magistrat der Stadt Bebra 1991).

Für die Zeit ab 1830 ist eine erhöhte Abwanderung von BebraerInnen dokumentiert, die vermutlich auf den Niedergang der bis dahin bedeutsamen Leinenweberei und Landwirtschaft zurückzuführen ist. Über die Zeit der Zuwanderung seit dem Ausbau der Eisenbahn um 1845 ist vergleichsweise viel bekannt. Die Modernisierung durch den beginnenden Eisenbahnverkehr ist eng mit der Migrationsgeschichte verbunden. Erste ArbeiterInnen – vermutlich BergarbeiterInnen, denen der Gleisbau vom Bergbau vertraut war – kommen zunächst aus Belgien, dann auch aus Italien und Schlesien (vgl. Magistrat der Stadt Bebra 1969: 65). Den weitgehend bäuerlich geprägten EinwohnerInnen Bebras ist die Arbeit am Eisenbahnnetz zu dieser Zeit noch gänzlich unvertraut, weshalb die ausländischen ArbeiterInnen diese Arbeit übernehmen. Sie sind in Baracken nahe der Gleise untergebracht, bewohnen jedoch lieber Quartiere in Bebra und Umgebung.

„Das Verhältnis von einheimischen und fremden Arbeitern war nicht immer das Beste, und es kam oftmals zu erheblichen Schlägereien, bei denen die Polizei einschreiten musste. Ziel solcher Angriffe waren meistens die ausländischen Facharbeiter, die für höhere Löhne arbeiteten. Später gab es auch für Unglücks- und Krankheitsfälle eine Unterstützungskasse, in die jeder Arbeiter pro Woche einen Silbergroschen einzuzahlen hatte. Mitunter erkennen wir in älteren und kleineren Wohngebäude entlang der Schienenstränge noch die alten ‚Reviere‘ für die Bahnarbeiter“ (ebd.).

Auch wenn das Zusammenleben in diesem Rückblick recht düster gezeichnet wird, ist gleichzeitig hervorzuheben, dass es die lokalen Pfarrer sind, die sich für die Belange der ausländischen ArbeiterInnen einsetzen. Gegenüber der Eisenbahngesellschaft setzen sie sich – wenngleich zunächst erfolglos – für Ruhetage an Sonntagen ein. Die bäuerliche Bevölkerung in Bebra war dem neuen Bau der Bahn skeptisch gegenüber, stellte sich doch das Vorhaben für sie vorerst einmal mit der Hergabe von Wiesen, Äckern und Wegen dar.

„Von ihnen wurden die größten Vorleistungen verlangt. Er [der Bauer, Anm. d. A.] wurde mit den nun täglich neu auftretenden Problemen zuerst konfrontiert. Fremde Menschen mit anderen Lebensgewohnheiten kamen ins Dorf, in die Häuser, in die Familien und brachten den bislang arbeitsreichen, aber doch ruhig und beschaulich laufenden Arbeitstag durcheinander. Daß³ so mancher arbeitslos gewordene Leineweber und Tagelöhner wieder zu Arbeit und Brot kam und die Sorgen in so manchen Häuschen am Kirchkrantz und in Bitzen verscheucht wurden, daß dem Strome der Auswanderung endlich ein Damm entgegengesetzt werden konnte, das war nicht immer gleich und leicht einzusehen. [...] Bebra wurde der Ort mit zwei Seelen [...] Widerstand der alten Seelen: hie Einheimischer – da Fremde, hie Heimat – dort Fortschritt, hie Bauer – dort Beamter“ (ebd.: 66).

Ein weiterer Anstieg der Bevölkerungszahlen geht auf die Zeit während und nach des zweiten Weltkrieges zurück. Während viele ArbeiterInnen im Krieg eingezogen wurden, wurde der erhöhte Bedarf an GleisbauerInnen für Reparaturarbeiten durch osteuropäische ZwangsarbeiterInnen gedeckt. Zwischen ihnen und der Bevölkerung bestand kaum Kontakt. Sie waren in Baracken nahe des Bahnhofes untergebracht. Die Bevölkerung wuchs im Zeitraum von 1939 bis 1946 um 43 %, vor allem aufgrund von Flüchtlingen und Vertriebenen (vgl. ebd.: 75). Die Vertriebenen kamen aus Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen und aus Polen, viele von ihnen waren Katholiken (vgl. ebd.: 103f.). Der Bedarf an Arbeitskräften nach dem Krieg wurde durch die Flüchtlinge und Vertriebenen gedeckt.

Mit den Anwerbeabkommen mit Italien 1955, vor allem aber mit den Abkommen mit Griechenland und Spanien 1960 sowie der Türkei 1961 entwickelte sich der Zuzug von GastarbeiterInnen auch nach Bebra. Etwa 200-300 Personen waren im Gleisbau beschäftigt, andere in den örtlichen Betrieben, wie etwa Sägewerke, Unikeller, Plusplan oder Bebrit (vgl. I14: 1282f.). Durch Familiennachzüge wuchs die Zahl der ArbeitsmigrantInnen schnell. 1973 trat der Anwerbestopp in Kraft. Viele GastarbeiterInnen aus Italien und Spanien kehrten zurück in ihre Herkunftsländer. Die MigrantInnen, die blieben oder neu hinzukamen, mieteten oder kauften zunehmend Wohnungen in der Kernstadt Bebra. Hier gab es vergleichsweise billigen, weniger attraktiven Wohnraum.

³ Viele verwendete Quellen stammen aus der Zeit vor der Rechtschreibreform und wurden dementsprechend zitiert. Für einen besseren Lesefluss wird von hier an nicht mehr bei den einzelnen Quellen darauf verwiesen.

Ab 1980 kamen Geflüchtete, vorrangig aus Afghanistan, aber auch aus Sri Lanka, einige aus Gambia und Togo, wenige aus dem Nahen Osten. Kurze Zeit später stieg die Zahl asylsuchender syrisch-orthodoxer ChristInnen aus der Türkei mit einem Anteil von 30-40% an der Gesamtzahl der Geflüchteten. Bis etwa 1990 setzten sich die restlichen 60-70% aus 36 verschiedenen Nationen, u.a. aus Chile und Kambodscha, zusammen (vgl. I12: 11-19).

Ab 1986/1987 ermöglichte die DDR dann Flüchtlingen die Einreise in die DDR und ließ diese dann über Ostberlin nach Westberlin reisen. Diese Flüchtlinge sollten über den Grenzbahnhof in Bebra zur Erstaufnahmeeinrichtung nach Schwalbach weiterreisen. Die Kapazitäten der Einrichtung waren jedoch schnell ausgereizt, sodass in Schwalbach keine Flüchtlinge mehr aufgenommen werden konnten. In Bebra wurden daher Zwischenlösungen für die Unterbringung gesucht.

„Das bedeutete letztendlich, dass wir innerhalb relativ kurzer Zeit, man kann hier von einem Jahr etwa reden, von einem Wohnheim auf 36 Wohnheime gelandet sind. Das hieß also quasi, ja, Häuser anmieten, alte Hotels anmieten, Gaststätten anmieten, für die Einrichtung zu sorgen, Personal einzustellen, und zu der Zeit wurde ja auch noch die Verpflegung gestellt, d.h. wir mussten dann auch noch für jede Einrichtung eine Küche organisieren mit Küchenpersonal mit allem drum und dran, das war also alles innerhalb eines Jahres – da kann man sich vorstellen, dass hier in Bebra ganz schön was los war. Dazu kam natürlich, es kamen damals zwei Züge aus Berlin, ja pro Tag mit durchschnittlich zwischen 40 und 60 Flüchtlingen“ (ebd.: 8).

Während der Aufenthalt in Bebra zunächst nur wenige Tage andauerte bevor die Weiterreise nach Schwalbach stattfand, mussten die Flüchtlinge später für etwa sechs bis acht Wochen untergebracht werden. In Bebra selbst gab es bis 1989 sieben Einrichtungen. Die anderen 29 Einrichtungen verteilten sich auf den Kreis. Mit dem Fall der Mauer lockerte sich die Situation zunächst auf, bevor mit dem Ende des Jugoslawien-Krieges die Zahl der Geflüchteten erneut stieg. Die Flüchtlingszahlen verringerten sich ab 1995. Im Jahr 1997 wurde die letzte Gemeinschaftsunterkunft zugunsten dezentraler Unterbringung aufgelöst. Ziel war die bessere Steuerung der Verteilung der Flüchtlinge. Die Gemeinschaftsunterkünfte machten zunehmend durch dort auftretenden Drogenhandel von sich reden und beeinflussten das Bild der MigrantInnen in Bebra (vgl. I11: 431-432).

Diese Entwicklungen spiegeln sich in dem Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Kernstadt Bebras wieder. 1996 hatte diese insgesamt 9.784 EinwohnerInnen, 1.155 von ihnen (15,89 %) waren nicht deutscher Staatsbürgerschaft. Den größten Teil machten zu dieser Zeit Personen aus der Türkei aus. Die Gesamtstadt hatte im Vergleich dazu eine Zahl von 17.543 EinwohnerInnen, wovon 1.763 AusländerInnen waren (10,05 %). DoppelstaatlerInnen (556 EinwohnerInnen) wurden zu den deutschen EinwohnerInnen gezählt (Nicht-öffentliches Dokument 1996a). Zu dieser Zeit war der AusländerInnenanteil wesentlich höher als im umliegenden Kreisgebiet, der bei unter 5 % lag (vgl. ebd.).

Die Phasen der Zuwanderung haben notwendigerweise keine klaren Zeiträume. Migrationsbewegungen sind über die Jahrzehnte immer auch von Familiennachzügen, Rückwanderung oder Einbürgerungen begleitet gewesen. Es hat dementsprechend eine kontinuierliche Zu- und Abwanderung gegeben, deren Begründung in zirkulärem Wanderungsverhalten – nicht nur von MigrantInnen – zu finden ist. Wie gezeigt wurde, ist die Zuwanderung nach Bebra von verschiedenen Phasen, Beweggründen und Bleibeperspektiven geprägt. Hinter diesen Phasen stehen Geschichten von Individuen und Gruppen, deren Bezugsort Bebra zunächst erst werden musste. Abseits von allen Statistiken stellen diese Migrationsgeschichten ganz eigene Kapitel der Stadtgeschichte Bebras dar, die zu erzählen es ermöglicht Einblicke in das Migrationsgeschehen zu gewinnen.

Wie die AramäerInnen nach Bebra kamen

Da die Volksgruppe der AramäerInnen eine besondere Rolle für einen von uns untersuchten Konflikt spielten, soll ihr Zuzug im Folgenden etwas detaillierter nachgezeichnet werden. Die Zuwanderung dieser syr.-orth. ChristInnen aus der Türkei begann in Bebra mit der Zuwanderung von GastarbeiterInnen, maßgeblich beeinflusst durch das Anwerbeabkommen zwischen der BRD und der Türkei von 1961. Bis zum sogenannten Anwerbestopp von 1973 fand die Migration somit vor allem als GastarbeiterInnenzuwanderung, später dann in Form der Familienzusammenführung und von Fluchtmigration, statt. Die AramäerInnen flohen vorrangig aus dem Südosten der Türkei – dem Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien – und suchten u.a. in Bebra und Umgebung Asyl. Bei ihrer Ankunft war für viele von ihnen bereits klar, dass sie als politische und religiöse Flüchtlinge nicht in die Türkei zurückkehren würden. Ein intensiver Kontakt nach Bebra kam durch Mitglieder der Kommunität Imshausen⁴ zustande (vgl. I4, I11, I13).

Die Geschichte der AramäerInnen in Bebra beginnt gewissermaßen mit einer Deutschlehrerin. Diese Lehrerin brachte 1967 bei einem Besuch in der Kommunität einen ihrer Schüler mit – den Kirchenlehrer (Malphono) Bitris der syr.-orth. Kirche aus Midyat⁵. Über das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik war er – wie weitere Mitglieder seiner Kirche – dann 1969 ein zweites Mal nach Deutschland gekommen. Er war zunächst als Gastarbeiter in der Glashütte in St. Ingbert im Saarland beschäftigt und hielt ständigen Kontakt zur Kommunität Imshausen, was mit Besuchen über christliche Feiertage verbunden war. So entwickelte sich bald eine Freundschaft. Zu dieser Zeit war er bereits von der besagten Deutschlehrerin als „Seelsorger und Betreuer für die damals etwa 2000 syr.-orth. Christen in der Bundesrepublik empfohlen“ worden (Nicht-öffentliches Dokument 2014).

⁴ Ein Zusammenschluss von evangelischen ChristInnen, die in selbstgewählter verbindlicher Gemeinschaft in Imshausen leben, einem heute eingemeindeten Ortsteil von Bebra. Die Kommunität hat ihre Anfänge in den 1930er Jahren und wurde mitgegründet von Vera von Trott, einer Schwester des Widerstandskämpfers Adam von Trott, der als Mitglied des Kreisauer Kreises nach dem Stauffenbergattentat hingerichtet wurde. Die Gemeinschaft war nach dem Krieg Herberge für viele Wohnungslose, insbesondere für Kinder.

⁵ Midyat ist die Kreisstadt im Tur Abdin, dem christlich geprägten Gebiet im Südosten der Türkei.

*„Um diesen Dienst vorzubereiten, war ein ständiger, nicht nur gelegentlicher Kontakt wünschenswert. Bitris wohnte daher bei uns und arbeitete von hier aus eine kürzere Zeit auch im Sägewerk von Heinrich von Trott zu Solz in Nentershau-
sen-Süß. Vorher und nachher arbeitete er zeitweise auch in einer Wellpappefabrik
in Neufahrn bei Freising und bei einer Baufirma in Garmisch-Patenkirchen. Wir ver-
suchten, ihn auf dem Wege zu der Aufgabe als Pfarrer für die syrisch-orthodoxen
Christen in Deutschland zu unterstützen. Dabei ergab sich eine gute Zusammen-
arbeit zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche, die schließlich im
Frühjahr 1971 zu seiner Beauftragung und Anstellung durch die Diözese Augsburg
führte“ (ebd.).*

Es sei schon vorweggenommen, dass die enge Verbindung, Freundschaft und Zusammenar-
beit zwischen den AramäerInnen, der katholischen und evangelischen Kirche in Bebra bis heute
besteht. Wie das Zitat veranschaulicht, gehen diese Beziehungen bereits auf die 1970er Jahre
zurück. Diese enge Verbindung stellt in dem unten geschilderten Konflikt ein herausragendes
Unterstützungsnetzwerk dar, deren Anfänge also in dieser Zeit zu sehen sind. Darüber hinaus
gibt das Zitat auch Hinweise auf Tätigkeitsbereiche – unter auffällig hoher räumlicher Mobili-
tät – der ersten Generation GastarbeiterInnen in der BRD, die als Fabrikarbeit zusammengefasst
werden kann.

Der Wunsch des jungen Aramäers war es Pfarrer zu werden. Mit der Anstellung in Augsburg
erhielt der junge Arbeiter die Zustimmung seiner Kirche zur Priester-Weihung und reiste darauf-
hin nach Midyat. Begleitet wurde er von einem Mitglied der Kommunität Imshausen, der einge-
laden war mitzufahren und anschließend vor Ort drei Monate mit den orthodoxen ChristInnen
verbrachte. Die Weihung des Malphonos und Diakons fand im Januar 1971 statt.

Ab März 1971 kehrte der Priester nach Augsburg zurück. Die darauffolgenden gegenseitigen
Besuche waren Teil der andauernden Freundschaft. Die Kommunität blieb dabei Anlaufpunkt für
wohnungs- und arbeitssuchende Mitglieder der wachsenden Gemeinde.

Die stattfindende Zuwanderung beinhaltete viele Momente von Institutionalisierungen und
persönlichem Engagement. Fragen des Wohnens verbanden sich mit Fragen von Aufnahmebe-
reitschaft und Ablehnung in der Mehrheitsgesellschaft. In Süß sollte zu der Zeit bspw. das leerste-
hende Pfarrhaus von der evangelischen Gemeinde gekauft werden, um potentiellen Gastarbei-
terInnenfamilien aus der Türkei Wohnraum zu schaffen. Nachdem der erste Versuch gescheitert
war, wurde vor allem durch Mitglieder der Kommunität Imshausen und der lokalen christlichen
Kirchen schließlich ein gemeinnütziger Verein gegründet, die Wohnungshilfe e.V. zur „Förderung
von Wohnungen für Gastarbeiter.“ Die Problemlage der Wohnungssuche „ging damals ziemlich
durch die Zeitungen“ (I13: 106-118). „Aber als das alles schon fast fertig war, hat der Kirchenvor-
stand in dem Dorf das abgelehnt. Für Fremde, nein“ (ebd.). In der Nähe des Pfarrhauses stand
letztlich ein anderes, jedoch kleineres Haus zum Verkauf. Dieses Haus war jedoch nur groß genug
für eine Familie, „das war dann schon der erste Konflikt“. Dort blieb die Familie über mehrere
Monate, arbeitete im Sägewerk und suchte nach größeren Häusern. Mittlerweile hatten weite-

re Familien aus der Türkei ihren Weg in die Umgebung von Bebra gefunden, sodass sie letztlich mit vier Familien in Weißenhasel ein großes Haus fanden und das „war so der erste Fuß in der Tür in dieser Gegend“ (I13: 123-137). Bei einem Besuch in Weißenhasel wurde ein Mitglied der Kommunität bei einer Taufe dann zum Taufpaten und „dann ist man sozusagen verwandt mit der Familie“ (I13: 186). Weißenhasel war in den 1970er Jahren Ausgangspunkt für weitere Häuserkäufe, zunehmend in Bebra. Und die Gemeinde wuchs weiter. „Die wuchs also wirklich schnell. [...] Und das waren dann schnell so an die 100 Familien“ (I13: 190-198).

Für die Ausübung des Glaubens spielten sowohl die Kommunität Imshausen, als auch die katholische Kirche Bebra eine wichtige Rolle. Die Gottesdienste in der Kommunität beschränkten sich auf den Ostermontag, der traditionell dem Gedenken der Verstorbenen gewidmet ist – mit einer anschließenden festlichen Mahlzeit. Sonntags fand der orthodoxe Gottesdienst in der katholischen Kirche Bebra statt. Vor der Nutzung mussten die AramäerInnen sonntags jedoch auf die Beendigung der katholischen Messe warten. Zeitlich stand die Kirche also immer erst gegen Mittag zur Verfügung und der Wunsch nach einer eigenen Kirche wuchs (siehe Kapitel 3).

Neben der Bedeutung der Kommunität und der Kirche(n) zur Ausübung des christlichen Glaubens stieg die Bedeutung der Kommunität für rechtliche Angelegenheiten, wie etwa der Beratung in Asylverfahren, wie ein Mitglied der Kommunität verdeutlicht: „Das war ja auch kein Selbstläufer, dass die sozusagen in die Asylanerkennung reingingen, [...] weil sie glaube ich ziemlich lange Schwierigkeiten hatten, ihre Asylgründe geltend zu machen“ (I11: 563-566). Durch gute Beziehungen zwischen einem Mitglied der Kommunität zu einem Mitarbeiter der Ausländerbehörde „[...] der sozusagen das auch immer irgendwie regeln musste“ fanden weitere syr.-orth. ChristInnen den Weg in die Umgebung von Bebra (I13:59-68). Da die Mitglieder der Kommunität es mit der Zeit nicht mehr schafften, die Bedarfe an Beratung und rechtlicher Unterstützung zu decken, wurde mit Hilfe der evangelischen Kirche 1983 eine SozialarbeiterInnenstelle beim Zweckverband für Diakonie Hersfeld-Rotenburg eingerichtet. Die Stelle diente vor allem der Beratung der syr.-orth. ChristInnen. Ende der 1990er Jahre wurde die Zuständigkeit auf alle MigrantInnengruppen ausgeweitet und existiert bis heute als Flüchtlingsberatungsstelle der Diakonie in Bad Hersfeld und Bebra (vgl. I11: 51-55).

Die wertvollen Erkenntnisse über die Wege der syr.-orth. ChristInnen nach Bebra, wie sie hier beschrieben wurden, sind nicht nur für die folgende Konfliktdarstellung relevant, weil sie uns etwas über die Art und Länge des bestehenden Netzwerkes Aufschluss geben. Diese Geschichte der Zuwanderung einer Gruppe aus derselben Herkunftsregion ist auch deshalb interessant, weil sie die Bedeutung informeller Netzwerke und persönlicher Kontakte im Verlauf der (Ketten-) Migration aufzeigt. Sie verdeutlicht die sogenannte „Autonomie der Migration“ vor dem Hintergrund sich im Zeitverlauf ändernder rechtlicher Rahmenbedingungen und zudem die internationale Zuwanderung in ländliche Regionen, die bisher nur wenig erforscht ist.

3. Der Konflikt um die syrisch-orthodoxe Kirche in Bebra

Die interessante Geschichte der Zuwanderung der syrisch-orthodoxen ChristInnen nach Bebra wird in diesem Abschnitt durch weitere Geschichten aus Bebra ergänzt. Deutete sich in dem vorhergehenden Kapitel bereits das Nebeneinander von Unterstützungsleistungen und Konflikten um Aufenthaltsgenehmigungen u.v.m. an, werden wir nun ausführlich den Blick auf unseren Forschungsgegenstand – sogenannte migrationsbezogene Konflikte – lenken. Wir beginnen mit der Rekonstruktion und Analyse des Konfliktes um den Kirchenbau der syr.-orth. Gemeinde in Bebra. Obwohl der deutlich größte Anteil an den Konflikt betreffenden Ereignissen im Jahr 1996 stattfand, betrachten wir ein über diesen Höhepunkt hinausgehenden Zeitraum von insgesamt zwölf Jahren. Der von uns gewählte Anfangspunkt der Betrachtung liegt im Jahr 1990, als erstmalig Gespräche für das geplante Bauvorhaben geführt wurden, und endet mit der Einweihung der Kirche im Jahr 2002.

Die Darstellung sowie die Analyse sind inspiriert durch unsere Auseinandersetzung mit konflikttheoretischer, sowie Literatur aus der deutschsprachigen lokalen Konfliktforschung. Einen ausführlichen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung und wissenschaftlicher Debatten geben wir in unserem Working Paper 1a „Migrationsbezogene Konflikte – Eine konflikttheoretische Annäherung“ (Budnik & Kraemer 2019). Aus dieser Zusammenschau der Forschungsliteratur haben wir einen Analyserahmen entwickelt, der von zahlreichen Konfliktuntersuchungen insofern abweicht, dass er über die Untersuchung von KonfliktakteurInnen und -dynamik sowie Typologisierungsversuche hinausgeht, indem wir einen besonderen Fokus auf die Kontextbedingungen des Konfliktes legen. So interessierten uns neben den von uns als Konfliktvordergrund benannten vordergründig verhandelten Themen, auch der Konflikthintergrund, also gewissermaßen die den Hintergrund bildenden und stellenweise mitverhandelten Themen.

Aus dem Ziel der Konfliktaufarbeitung und -darstellung leiten sich sogleich erste Schwierigkeiten ab: Ist es möglich einen Konflikt – vor allem nach so langer Zeit – einwandfrei zu rekonstruieren? Wie können die individuellen und kollektiven Erinnerungen sowie Zeitdokumente für eine kongruente Erzählung zusammengesetzt werden? Führen erinnerungsbedingte Lücken und bewusste oder unbewusste Auslassungen nicht notwendigerweise zu Verzerrungen der Darstellung? Vor diesem Hintergrund haben wir uns für eine zweigeteilte Darstellung des Konfliktes entschieden. In einem ersten Schritt rekonstruieren wir den chronologischen Ablauf der Geschehnisse, wie er sich uns aus heutiger Sicht und auf Basis der uns zahlreichen zur Verfügung stehenden Zeitdokumente darstellt. Anschließend stellen wir in einem zweiten Schritt ergänzend vier verschiedene Perspektiven von am Konflikt beteiligten Personen vor. Hierbei geht es uns jedoch nicht darum, Wahr- oder Unwahrheiten in den individuellen Erzählungen oder Abweichungen von der „objektiven“ Abfolge der Ereignisse herauszuarbeiten, sondern interessiert uns die jeweilige Deutung und damit Vielperspektivität als Grundlage für ein tieferes Verständnis des Konfliktes. Denn zum einen geben sie Aufschluss über individuelle und dem Konflikthan-

deln zugrundeliegende Deutungsmuster, zum anderen geben sie einen Einblick in die jeweiligen Interpretationen, Relevanzsetzungen und Bewertungen des Konfliktes durch die verschiedenen AkteurInnengruppen.

Methodisch betrachtet, ist davon auszugehen, dass es sich bei diesen Stegreiferzählungen um Darstellungen handelt, die von strategischen Antworten und Auslassungen geprägt sein können. Es handelt sich um individuelle Interpretationen der Realität, die in heutigen Erzählungen durch den Verlauf des Konfliktes und den dominanten Narrativen überprägt sind. Der betrachtete Konflikt liegt zum Zeitpunkt der Gespräche über zwei Jahrzehnte zurück. Es ist daher nicht überraschend, dass die einzelnen Perspektiven unterschiedliche Betonungen setzen und widersprüchlich sein können.

Zeitlicher Ablauf – Chronologie der Ereignisse

Bereits im Jahr 1990 findet ein Treffen der syr.-orth. Gemeinde mit dem damaligen Bürgermeister (SPD) statt, um über die Suche nach einem Vereinsraum zu sprechen. In dem Gespräch äußert die Gemeinde bereits das Vorhaben, in der Zukunft ein „Gemeindehaus mit Gottesdienstraum“ (Nicht-öffentliches Dokument 1990) errichten zu wollen. Auch bei dem jährlichen Osterfest in der Kommunität Imshausen formulierten VertreterInnen der Gemeinde den Wunsch, „durch den Bau eines eigenen Gottesdiensthauses eine ständige Bleibe in Bebra zu finden“ (HNA 1992a).

In den folgenden beiden Jahren wird an verschiedenen Standorten im Innenbereich der Stadt Bebra nach passenden Grundstücken gesucht und entsprechende Bauvoranfragen gestellt. Die Bebraer Stadtverwaltung, vertreten durch den Bauamtsleiter und den damaligen Bürgermeister, signalisiert in diesem Zusammenhang gegenüber anderen Behörden, sie unterstütze „nachhaltig die Bemühungen der syr.-orth. Christen, in Bebra nicht nur eine Heimat zu finden, sondern insbesondere auch ihre kulturelle Identität und ihren Glauben bewahren und pflegen zu können“ (Nicht-öffentliches Dokument 1992a). Doch die auf der Suche in den Blick genommenen Grundstücke „in Wohnbaugebieten, in Gewerbegebieten und peripheren Lagen konnten aus verschiedensten Gründen nicht zuende [sic!] verhandelt werden.“ (ebd.) Die Hinderungsgründe waren hierbei in der Regel bauplanungsrechtliche Aspekte, die sich auf die örtlichen Umstände beziehen, wie etwa zu erwartende „unzumutbare Störungen und Beeinträchtigungen durch Lärm“ (Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg 1991).

In einem Fall hingegen verhinderte der Protest von AnwohnerInnen den Grundstückskauf. Nachdem die Gemeinde durch das Bauamt erfährt, dass ein Grundstück in der Kernstadt (Annastraße) im Besitz der evangelischen Kir-



Abbildung 6: AramäerInnen wollen eine Kirche bauen (Quelle: HNA 1992b)

che eventuell zur Verfügung stehen könnte, wird im April 1992 durch einen Architekten⁶ eine Bauvoranfrage gestellt und gleichzeitig die Bereitschaft der evangelischen Kirchgemeinde zum Verkauf des Grundstückes erfragt. Bereits kurz darauf beschließt der ev. Kirchenvorstand (Nicht-öffentliches Dokument 1992b) das Grundstück in der Nähe des städtischen Schwimmbades für den Kirchenbau an die Stadt Bebra zu verkaufen, sobald alle Hinderungsgründe wie bspw. Pachtverträge beseitigt seien. Allerdings lehnten damals die NachbarInnen das geplante Projekt ab und drohten mit dem Kirchenaustritt, woraufhin die syr.-orth. Gemeinde von dem dortigen Grundstück abrückt⁷ und weiter nach einem anderen Standort sucht.

Kurzzeitig steht in diesem Prozess der Kauf eines ehemaligen Fabrikgebäudes zur Debatte, doch hier verzichten die AramäerInnen, da sie nicht mit der sich vor allem aus Russlanddeutschen zusammensetzenden Glaubensgemeinschaft der Mennoniten konkurrieren möchte. Diese nehmen das Gebäude im März 1993 schließlich als Bethaus in Betrieb.

Eine Lösung in Sicht - Grundstück am städtischen Friedhof

Zu dieser Zeit ist zudem bereits ein Grundstück in der Nähe des städtischen Hauptfriedhofes (Martholzweg) im Blick – dies ist der vierte Anlauf ein Grundstück für den Kirchenbau zu finden. So bittet der amtierende Bürgermeister, vertreten durch den damaligen Bauamtsleiter, schon am 05. Oktober 1992 das Regierungspräsidium in Kassel um Zustimmung im Rahmen einer Einzelfallentscheidung für den Kirchenbau. Aus seiner Sicht sei dieser Standort ein „Durchbruch“ und „nicht nur von der Eigentümerstruktur her realisierbar, sondern dieser kann auch als städtebaulich integriert und für die Aufnahme einer derartigen Einrichtung geradezu prädestiniert angesehen werden“ (Nicht-öffentliches Dokument 1992b). Das Regierungspräsidium teilt daraufhin seine grundsätzliche Zustimmung⁸ mit, sofern von der Stadt Bebra die notwendige Bauleitplanung vorgenommen wird (vgl. Regierungspräsidium Kassel 1992). Daraufhin bespricht der Bauamtsleiter mit der Gemeinde das weitere Vorgehen und leitet die entsprechenden Verwaltungsschritte in die Wege. Die syr.-orth. Gemeinde tritt bald drauf mit einem Landwirt über den Verkauf eines Grundstückanteils in Verhandlung. In den Verhandlungen wird die Gemeinde insbesondere durch die evangelische Kirchgemeinde unterstützt, die sich bereit zeigt, ein Grundstück aus ihrem Besitz mit dem Landwirt zu tauschen⁹.

Eine erste Magistratsvorlage gab es zwar bereits im Januar 1993, doch nach Absprache der beiden großen Fraktionen, wird die Behandlung und Entscheidung dieses Themas auf einen Zeitpunkt nach der bevorstehenden Kommunalwahl vertagt. Unterdessen wird im Mai erstmals in einer Kirchenzeitschrift darüber informiert, dass etwa 800 ChristInnen aus der Türkei den Bau

⁶ Hierbei handelt es sich um den Bruder eines der Mitglieder der Kommunität Imshausen, der zwar in der Anfangsphase bei den Bauplänen beteiligt und hatte auch einmal einen Entwurf gemacht hatte. Die Gemeinde hatte sich aber bald einen anderen Architekten gesucht.

⁷ Die endgültige Rücknahme der Bauvoranfrage erfolgte erst am 04.03.93, zu diesem Zeitpunkt war die Planung für das Grundstück am Hauptfriedhof bereits im Gange.

⁸ Diese generelle Zustimmung besteht unter der Voraussetzung, dass „die Stadt Bebra das Vorhaben im Flächennutzungsplan entsprechend darstellt und parallel dazu die Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes beschließt“ und dass „das Vorhaben sich gestalterisch in die Landschaft einpaßt, so daß Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird“ (Regierungspräsidium Kassel 1992).

⁹ Der Landwirt verkauft das Grundstück schließlich am 19.04.95 an die syr.-orth. Gemeinde.

einer Kirche und eines Kulturzentrums planen, wofür die evangelische Landeskirche ihre Unterstützung zugesagt hat (vgl. Blick in die Kirche 1993).

Im Juni beschließen dann der Magistrat¹⁰, mit damaliger Mehrheit der SPD und unter Enthaltung der CDU¹¹ sowie Gegenstimmen der Freien Wählergemeinschaft (FWG), und auch die Stadtverordnetenversammlung¹² das notwendige Baurecht zu schaffen sowie den Verkauf des städtischen Grundstückes an die syr.-orth. Gemeinde, damit diese ein Gemeindezentrum errichten kann. Im dazugehörigen Erläuterungsbericht ist zu diesem Zeitpunkt die Rede von einer Kirche mit ca. 500 Plätzen, einem Saal mit 300 Plätzen sowie zwei Gruppen- und zwei Jugendräumen (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1992c). Daraufhin teilt die Stadt Bebra der Gemeinde mit, dass die SVV „die für die Durchführung von Bauleitplanverfahren erforderlichen Beschlüsse gefaßt hat“ (Nicht-öffentliches Dokument 1993) und dass die weitere Bauleitplanung in enger Abstimmung erfolgen wird.

Die syr.-orth. Gemeinde beauftragt daraufhin ein Architekturbüro und sammelt europaweit Spenden für den geplanten Bau. Ein Jahr später, im Juni 1994, verkauft die Stadt der Gemeinde das genannte Grundstück, u.a. unter der Bedingung, dass die Gemeinde binnen einer Vierjahresfrist das Gemeindezentrum fertigstellt; bei Nichteinhaltung sei das Grundstück an die Stadt zurückzugeben. Auch beinhaltet der Kaufvertrag vom 06. Juni 1994 die Möglichkeit von diesem Zurückzutreten, sofern bis zum 31. Dezember 1995 keine Baugenehmigung erteilt wird. Kurz darauf wird in einem Artikel eines evangelischen Pfarrers in einer Lokalzeitung geschrieben, dass die syr.-orth. ChristInnen vorhaben eine Kirche und ein Kulturzentrum zu errichten, was neben Spenden der Mitglieder auch den „Beistand der hiesigen Kirchen“ (Heimatinformationen 1994) bedarf.

Wahlkampf in Bebra

Nach einer Änderung der hessischen Gemeindeordnung findet im Sommer 1995 die erste Direktwahl des Bürgermeisters statt, in der die ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden und MigrantInnen, die die bundesdeutschen Diskurse seit Ende der 1980er Jahre prägen, auch ihren Niederschlag findet. Da sich zu diesem Zeitpunkt in Bebra die einzige Unterkunft für Asylsuchende des Landkreises befindet, sind sich die drei WahlkandidatInnen von FWG, CDU und SPD einig, dass es „keine Zunahme an Asylbewerbern in Bebra“ (HNA 1995) geben solle, denn nur so sei „ein friedliches Zusammenleben in der Stadt“ (ebd.) möglich, so der damalige CDU-Kandidat. Er konstatierte daher „[d]er Ausländeranteil von 13 Prozent ist in unserer Stadt zu hoch“ und man dürfe „auf keinen Fall eine weitere Überfremdung der Stadt herbeiführen“ (CDU Bürgermeisterkandidat, 1995). In seiner Wahlwerbung forderte er daher:

¹⁰ Annahme der Beschlussvorlage bei fünf Zustimmungen und drei Gegenstimmen.

¹¹ Nach Meinung der CDU-Fraktion solle vor einer Entscheidung zunächst eine BürgerInnenversammlung zu dem Thema stattfinden

¹² Annahme der Beschlussvorlage bei 19 Zustimmungen, 12 Enthaltungen und fünf Gegenstimmen.

„Alle Möglichkeiten [...] um einen weiteren Zuzug von Ausländern zu stoppen, müssen genutzt werden. Kriminelle Elemente, Rauschgift Händler und andere Extremisten müssen wir mit der ganzen Härte des Gesetzes entgegentreten. [...] Ausländische Mitbürger in unserer Stadt sollen sich integrieren, sollen am Vereinsleben teilnehmen und unsere Veranstaltungen besuchen. Für eine Moschee¹³ ist kein Platz in Bebra“ (ebd.).

Hinsichtlich der Verbindung der Themen „Ausländer“ und Kriminalität steht er jedoch nicht alleine da, auch die anderen beiden KandidatInnen kontextuali-

sieren das Thema in ähnlicher Weise. In späteren Presseberichten und Erzählungen wird jedoch vor allem der Vertreter der CDU mit diesen Positionen in Verbindung gebracht (Das Sonntagsblatt 1996). Am 8. Oktober gewinnt dieser schließlich die Wahl.

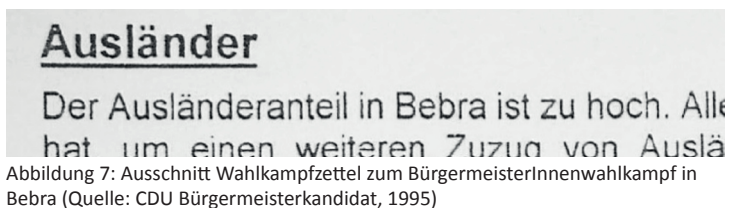


Abbildung 7: Ausschnitt Wahlkampfbroschüre zum BürgermeisterInnenwahlkampf in Bebra (Quelle: CDU Bürgermeisterkandidat, 1995)

Bauleitplanung

Ungeachtet dieser Entwicklung laufen im Hintergrund die Planungen und Verwaltungsschritte hinsichtlich des geplanten Kirchenbaus am Friedhof weiter. Es wird ein Bauantrag (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1995) durch den Architekten¹⁴ gestellt, woraufhin die Bauaufsichtsbehörde der Stadt mitteilt, dass zur Genehmigung des Projektes im Außenbereich eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes unter Beteiligung der betroffenen Träger öffentlicher Belange benötigt wird (vgl. Stadt Bebra 1995a). Unterdessen treffen die Stellungnahmen der verschiedenen Behörden ein. Fast alle kommen zu dem Schluss, dass es keine Bedenken hinsichtlich des Bauvorhabens gibt¹⁵. Am 03. November '95 weist die Kreisbaubehörde darauf hin, dass weiterhin kein Bebauungsplan vorliegt, der aber für eine Entscheidung der Stadt und die weitere Bearbeitung notwendig ist.

Ende des Jahres 1995 wird in der nichtöffentlichen Sitzung des Magistrats die Vorlage zur notwendigen Bauleitplanung unter der Voraussetzung angenommen, dass vor der Sitzung der SVV ein gemeinsames Gespräch mit den Bauherren stattfindet. Die Vorlage wird daraufhin an die Ausschüsse und das Stadtparlament zum Beschluss weitergeleitet. Der noch amtierende Bürgermeister erklärt zudem, das weitere „Aufklärung nötig sei und diese auch erfolgen sollte“

¹³ In der Vergangenheit stand die Errichtung eines Gebetshauses durch den türkisch-muslimischen Kulturverein zur Debatte, hierbei standen mehrere mögliche Standorte im Raum. Zunächst ein Grundstück in der Annastraße, später dann im Göttinger Bogen (In der Heidau). Hier wurden die Pläne im Sommer 1995 aus unbekanntem Gründen nicht fortgeführt. Später war kurzzeitig ein Gebäude in der Eisenacher Straße im Gespräch. Hier regte sich jedoch auch Widerstand und es wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die mutmaßlich auch von AramäerInnen initiiert wurde.

¹⁴ Mit der konkreten Umsetzung des Vorhabens wurde inzwischen ein neuer Architekt betraut, der insbesondere mit Sakralbauten ausreichende Erfahrung hat.

¹⁵ Lediglich das Umweltamt sieht die Pflanzmaßnahmen als nicht ausreichend in die Umgebung eingebunden und die Flächenbilanzierung als nicht korrekt an (vgl. Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Hersfeld-Rotenburg 1996) und dem zuständigen Schornsteinfeger fehlen noch Angaben für eine abschließende Beurteilung.

(Stadt Bebra 1995b). Der Architekt und die syrisch-orthodoxe Gemeinde werden anschließend durch den Bauamtsleiter auf die Notwendigkeit der zeitnahen Vorstellung der Gemeinde und des Projektes hingewiesen (vgl. Stadt Bebra 1995c), da sonst die Verfahrensbeschlüsse nicht zur Sitzung zugelassen werden. Außerdem sei im Januar eine Bürgerbeteiligung in Form einer öffentlichen Veranstaltung durchzuführen.

Ursprünglich sollte die Vorlage am 28. November im Bau- und Planungsausschuss und am 07. Dezember '95 in der SVV beschieden werden. Die Vorlage wurde jedoch zurückgezogen, vermutlich, weil die Vorstellung des Projektes nicht zeitnah stattfinden konnte. Die Information wird dann schließlich am 14. Dezember, vermutlich im Magistrat, durchgeführt. Im Nachgang werden der Architekt und die Gemeinde darauf hingewiesen, dass die Vorstellung in der SVV sich weniger auf die Hintergründe der Gemeinde und stärker auf eine visuelle Darstellung des Vorhabens sowie bautechnische Aspekte, wie etwa Stellplätze und mögliche Verkehrsprobleme, beziehen sollte (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996b).

Noch Ende des Jahres schreibt der Bauamtsleiter in seiner Funktion als Mitglied des evangelischen Kirchenvorstandes einen Artikel im Gemeindebrief für Januar, in dem er freudig die Projektvorstellung und auch die Realisierung für das kommende Jahr ankündigt und bewirbt. Er beschreibt das Projekt in seiner Planung als „kulturelles und religiöses Zentrum“ (Evangelischer Kirchenverband 1996: 7), dessen Standort nicht besser hätte gewählt sein können. Er sieht es als „Stätte der Begegnung“ – nicht nur für die syrisch-orthodoxen Gemeindemitglieder – und somit als „Beitrag zur wechselseitigen Verständigung und Integration“ (ebd.: 8). Daher appelliert er auch, „diese Menschen nicht [zu] enttäuschen und uns [zu] öffnen für ein intensives Miteinander“ (ebd.). Dem geplanten Bau scheint zu diesem Punkt aus seiner Perspektive scheinbar nichts mehr im Wege zu stehen.

Hierbei handelt es sich jedoch um einen Trugschluss, wie spätestens am 16. Januar 1996 deutlich wird, als die Entsprechende Vorlage im Bau- und Planungsausschuss mit einem Unentschieden von vier Stimmen der SPD gegenüber vier Stimmen von CDU und FWG abgelehnt wird. Als Gründe werden im Protokoll der Sitzung vor allem Verkehrs- und Parkschwierigkeiten genannt. Dass in der Debatte noch weitere Aspekte eine Rolle spielten, lässt ein Brief der syr.-orth. Gemeinde an die CDU vermuten. In diesem bieten sie der Fraktion nach der Ablehnung an, sich noch einmal zusammzusetzen, da aus ihrer Sicht „doch noch viel Aufklärungs- und Informationsbedarf bestehe“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996c) und sie den Bau einer Kirche und nicht einer Moschee beabsichtigten. Sie weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, „daß die Hälfte unserer Gemeindemitglieder deutsche Staatsbürger sind – mit allen Pflichten und mit allen Rechten“ (Herv. i. Orig., ebd.).

Schon kurz darauf wird am 25. Januar die Vorlage auch in der SVV verhandelt. Zwar werden auch hier Aspekte wie Parkplatzprobleme bei Beerdigungen und Durchfahrtsprobleme für die Landwirtschaft thematisiert, dass die Ablehnung des Bauprojektes aber auch auf anderer Ebene konfliktbehaftet ist, wird in einer Rede eines Stadtverordneten der CDU-Fraktion deutlich. Sein Aufhänger ist die geplante Gesamtzahl von 1.200 Sitzplätzen¹⁶ in dem Gemeindezentrum, diese

¹⁶ In manchen Argumentationen ist von einer Größe der Kirche für bis zu 1300 Menschen die Rede. Die ursprüngliche

zeigt seiner Ansicht nach, dass das Gemeindezentrum „geographisch und religiös als Zentrum auch für nicht in Bebra Ansässige“ (Stadt Bebra 1996a) dienen soll und schildert ein bedrohliches Szenario. Dieses begründet er damit, dass in Bebra auch die Anzahl der MuslimInnen und KurdInnen steige, so bestünde die Gefahr, dass diese aufeinandertreffen. Er kommt zu dem Schluss: „[D]ie stattfindenden Ansammlungen von mehreren 1000 Menschen mit ihren Religionsgegensätzen wirken sich auf unsere Stadt negativ aus“ und daher sei „die einheimische Bevölkerung mit so viel Kultur- und Religionsgegensätzen überfordert“ (Stadt Bebra 1996a). Weiterhin bezieht er sich auf das Interesse des muslimischen Kulturvereins an einem Grundstück im Göttinger Bogen¹⁷ und dass es doch naheliegend sei, nach einer Zustimmung zum Kirchenbau auch dem Bau einer Moschee zuzustimmen. Es ginge ihm hierbei „um die Sorge und die Zukunft unserer Mitbürger und somit unserer Stadt“, daher könne er keine Zustimmung für den Bau geben. Da der noch amtierende Bürgermeister (SPD) nun eine ablehnende Entscheidung befürchtet, zieht er den Tagesordnungspunkt zurück. Ein Mitglied der Kommunität Imshausen formuliert im Nachgang an den ev. Pfarrer: „Dabei sind die Zahlen unrichtig oder mißverstanden. Zu vermuten ist, daß weitere Gründe verdeckt gehalten und nicht ausgesprochen werden“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996d). Weiterhin wird gefragt, „ob durch eine BürgerInnenversammlung, durch weitere Aufklärung, durch Überzeugungsarbeit und durch Stellungnahmen von außen eine Änderung der ablehnenden Haltung erreicht werden kann?“ (ebd.)

Mobilisierung kirchlicher Netzwerke

Nach diesem Verlauf der Sitzung schreibt ein Mitglied der Kommunität Imshausen über die syr.-orth. ChristInnen, dass diese „von der Verweigerung der Gastfreundschaft und des Rechts auf Ausübung der Religionsfreiheit aufs tiefste enttäuscht, verbittert und verunsichert“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996e) sind. Aber auch man selbst zeigt sich bewegt („Etwas Schlimmes ist passiert“, ebd.) und enttäuscht. Es wird befürchtet, dass man „das Problem in Bebra allein nicht [wird] lösen können, zumal der kommende Kommunalwahlkampf hineinspielt“ (ebd.). Die Mitglieder der Kommunität beginnen daraufhin mit einer Information über die „ungute Entwicklung in Bebra“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996f) sowie einer Mobilisierung kirchlicher Amtsträger und Netzwerke, die in den darauffolgenden Wochen anhalten wird. Es werden lokale Institutionen wie der Internationale Runde Tisch¹⁸ und der Ökumenische Arbeitskreis, aber auch

Planung des Gemeindezentrums sah 600 Sitzplätze in der Kirche und 600 Sitzplätze im Gemeindehaus mit Teestube und Jugendraum vor. Tatsächlich war jedoch eine Pendelnutzung der Räumlichkeiten durch maximal 600 BesucherInnen vorgesehen. Nach mehrmaligen Neuberechnungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bauvorschriften zeigte sich, dass die Kirche eine tatsächliche Kapazität von nur 420, bzw. 320 Sitzplätzen bietet.

¹⁷ Seit 1991 ist der Türkisch Islamische Kulturverein e.V. in Bebra auf der Suche nach einem Grundstück für den Bau eines neuen Gebets- und Vereinsgebäudes. Hier standen ebenfalls das Grundstück in der der Anna-/Arndtstraße sowie eines im Göttinger Bogen zur Debatte. Für letzteres wurde 1992 auch eine Bauvoranfrage gestellt und die Verkaufsbedingungen wurden 1993 im Magistrat diskutiert. Aus unbekanntem Gründen wurden die Planungen nicht fortgeführt und erst im Jahr 1999 schließlich die Sanierung und der teilweise Neubau des bisher genutzten Fachwerkgebäudes beantragt und im Jahr 2001 genehmigt.

¹⁸ Dem Internationalen Runden Tisch gehören VertreterInnen der Fraktionen, der christlichen Kirchen, des Ausländerbeirates sowie interessierte BürgerInnen an. Er wurde im Januar 1994 vom Ökumenischen Arbeitskreis initiiert. Das Ziel ist „das Gegenseitige Kennenlernen von Einheimischen und Fremden, die Förderung des Verständnisses füreinander und der Abbau von fremdenfeindlichen Stimmungen in und um Bebra“, denn das „gute Miteinander“ sei „täglich gefährdet“

überregionale kirchliche Institutionen, wie der Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen (RCKiN), der Bischof und das Landeskirchenamt adressiert und um Stellungnahme gebeten. Während der RCKiN mitteilt, dass sich der Vorstand einschalten und Gespräche mit den Kirchen, dem Bürgermeister und den Fraktionen der Stadt suchen wird, antwortet das Landeskirchenamt, dass die Anfang Februar erbetene „entschiedene Stellungnahme“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996g) nicht möglich sei. Weiterhin informiert man sich über die rechtlichen Grundlagen des Bauleitverfahrens und es gibt eine Sitzung des ev. Kirchenvorstandes mit dem Stadtbauamtsleiter im Beisein eines Lokaljournalisten, der in den kommenden Monaten das Thema umfangreich begleiten und mit Artikeln und Kommentaren thematisieren wird (vgl. Nicht-öffentliches Dokument o.J.).

Erste öffentliche Aufmerksamkeit und Ablehnung

Bald darauf erscheint erstmals ein Artikel in der Lokalzeitung zu dem konfliktbehafteten Thema. In diesem wird auf die Einladung des ev. Pfarrers zum Internationalen Runden Tisch am 21. Februar hingewiesen. Der Pfarrer ist der Hoffnung, dass ein Gespräch zum gegenseitigen Verständnis und zum Aufweichen der Fronten beiträgt“ und dass so die „fremdenfeindliche Stimmung in Bebra abgebaut wird“ (HNA 1996a). Denn die „Ereignisse um die Stadtverordnetenversammlung haben gezeigt, dass ein Gespräch über den Antrag „unbedingt erforderlich sei“ (ebd.).

In der folgenden Woche erscheinen die ersten Artikel, die über den Plan der syr.-orth. Gemeinde und den Stand des Planungsverfahrens informieren und vor allem die in der SVV vorgebrachten Argumente wiedergeben (vgl. HNA 1996b, HNA 1996c). Neben der vielfach befürchteten „Sogwirkung“ (HR-4 regional 1996) ist ein erneut zentrales Argument, dass man bei einer Zustimmung zu dem Bauprojekt, zukünftig auch einem Antrag der muslimischen Gemeinde zum Bau einer Moschee zustimmen müsste. Eine Argumentationslinie, wie sie in den kommenden Monaten noch häufiger angeführt werden wird.

Auch werden nun zahlreiche weitere Stellungnahmen der Stadtverordneten und Fraktionen veröffentlicht (vgl. Kreisanzeiger 1996) und kritisch aufeinander und auf die Positionen der Gegenseite in Bezug genommen. Nur wenige Tage später erscheint dann der erste Artikel mit einer Positionierung der syr.-orth. Gemeinde zu der Kontroverse, die das Verhalten der CDU als „Diskriminierung und Verletzung der Menschenrechte“ (HNA 1996d) bezeichnet und Unverständnis dafür zeigt, „daß Christdemokraten eine Kirche ablehnen, die als Gotteshaus und Mittelpunkt des Friedens diene“. Man kenne seine Rechte, würde diese auf „legalem und juristischem Wege suchen“ (ebd.). Am selben Tag erscheint auch der erste LeserInnenbrief zu diesem Thema, auf den bis zum Ende der Debatte noch mindestens 124 weitere folgen werden. Die verschiedenen Stellungnahmen und der bisherige Verlauf der Debatte lassen eine deutliche und vor allem rasche Emotionalisierung und Politisierung auf beiden Seiten erkennen, wie auch aus dem ersten Kommentar des Lokaljournalisten zu diesem Thema hervorgeht, der unter dem Titel „Toleranz gefragt“ bereits jetzt zu erahnen scheint, welche Entwicklungen diese Auseinandersetzung noch nehmen wird:

(Blickpunkt Bebra 1996).

„In einem Jahr ist Kommunalwahl. Das Thema syrisch-orthodoxes Gemeindezentrum darf nicht in den Wahlkampf hineingezogen werden. Es darf, und da kann ich die Meinung des scheidenden Bürgermeisters [...] nur voll unterstützen, nicht politisiert werden. Aber nun besteht die Gefahr, daß Bebra bundesweit in die Schlagzeilen gerät. Das wäre der schlechteste Dienst für Bebra und die hier lebenden Menschen“ (HNA 1996e).

Öffentliche Information und Verschärfung der Debatte

Am 21. Februar¹⁹ trifft sich auf Einladung des Pfarrers der sogenannte „Internationale Runde Tisch“. Der Saal im ev. Gemeindezentrum ist voll besetzt. VertreterInnen aller Parteien und christlichen Kirchen, der noch amtierende und der zukünftige Bürgermeister sowie eine große Anzahl an BürgerInnen sind anwesend und das Projekt zum Bau des Gemeindezentrums wird erstmals einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Das öffentliche Interesse ist bei dieser Veranstaltung bereits groß.

Gleich zu Beginn weist der moderierende ev. Pfarrer auf die Gesprächsregeln hin und mahnt Objektivität in den Beiträgen an. Nach einer Vorstellung der syr.-orth. Gemeinde und ihrer Geschichte, wird das Projekt durch den Architekten vorgestellt. Er versucht sich dabei an einer Richtigstellung und Versachlichung der Debatte, in dem er darauf hinweist, dass eine pendelnde Nutzung zwischen Kirche und Gemeindehaus vorgesehen ist und daher tatsächlich von maximal 500-600 BesucherInnen auszugehen ist.

Die anschließende Diskussion dreht sich dabei erneut vor allem um die Größe des Objektes. Ein FWG-Vertreter greift die „Das Boot ist voll-Rhetorik“ auf und betont Bebra sei „überbevölkert“ (HNA 1996f). Wie auch die CDU, spricht er von der Gefahr einer vermeintlichen Sogwirkung und fordert, eine BürgerInnenbefragung zu diesem Thema durchzuführen. Ein Zuschauer der Versammlung äußert im weiteren Verlauf Bedenken, das von ihm als „Riesenobjekt“ bezeichnete Gemeindezentrum, fördere eher „Ausgrenzung als Integration“ (ebd.) und knüpft dabei an verbreitete Diskurse um sogenannte Parallelgesellschaften an.

Während die syr.-orth. Gemeinde und auch der scheidende Bürgermeister diese Argumente aufgreifen und versuchen zu entkräften, nimmt der SPD-Fraktionsvorsitzende grundsätzlicher auf die Debatte Bezug und betont, man müsse nach Recht und Gesetz handeln und dürfe hierbei nicht politisieren. Eine eindeutige Positionierung des künftigen Bürgermeisters bleibt zunächst aus und er äußert, dass er erst einmal Informationen einholen möchte. Nach dem Ende der Veranstaltung kommt es zu einem Zwiegespräch zwischen ihm und Vertretern der syr.-orth. Gemeinde, in dem man ein weiteres Treffen für den kommenden Monat vereinbart. Er erbittet in diesem Zusammenhang Kontakte zu anderen syr.-orth. Gemeinden in Deutschland. In den folgenden Wochen wird er sich bei den dortigen Bürgermeistern zur jeweiligen Situation erkundigen.

¹⁹ Nur zwei Tage zuvor gibt es bereits ein erstes Treffen von einer Pröpstin, zwei Fraktionsmitgliedern der CDU, dem künftigen Bürgermeister, einer der syr.-orth. nahestehenden Sozialarbeiterin der Diakonie und einem Mitglied der Kommunität Imshausen.

In Folge der Veranstaltung erscheinen zahlreiche Artikel und LeserInnenbriefe²⁰, die die Emotionalität der Debatte erkennen lassen. Es wird immer wieder betont, man müsse die Ängste und Sorgen der Bebraer Bevölkerung ernst nehmen. Gleichzeitig werden erstmals Parallelen zur NS-Vergangenheit gezogen, was wiederum zu empörten Reaktionen bei den ProjektgegnerInnen führt, die sich immer wieder gegen den Vorwurf der „Fremdenfeindlichkeit“ erwehren.

Das Ziel des Internationalen Runden Tisches war es, die syrisch-orthodoxe Gemeinde vorzustellen und die Bebraer Bevölkerung über das Bauvorhaben aufzuklären. Dass sich die Debatte auch nach dieser Veranstaltung weiter aufheizt und radikalisiert, zeigt sich auch an den Vorwürfen gegenüber dem Pfarrer, der die Veranstaltung moderierte. Im Nachgang des Abends wird ihm die Eignung für die Rolle der neutralen Diskussionsleitung abgesprochen und vorgeworfen, er hätte sich gegenüber den GegnerInnen in unfairer Weise „polemisch, emotional belastet und undifferenziert“ (HNA 1996g) verhalten. Es kommt ihm gegenüber auch zu Beschimpfungen und Drohungen. Daraufhin tritt der Pfarrer aus Rücksicht auf seine Person und seine Familie von dem Vorsitz des Internationalen Runden Tisches zurück. In Folge dessen fordert der Ökumenische Arbeitskreis in einem öffentlichen Brief eine Rückkehr zu einem „angemessenen Stil“ (HNA 1996h).

Polarisierung und Emotionalisierung

Am 1. März tritt der neue Bürgermeister sein Amt an²¹ und wird sogleich in mehreren Presseanfragen um Stellungnahmen zu dem Konflikt gebeten. Während die CDU immer wieder betont, dass sie „solch einem Zentrum, das Ausgrenzung statt Integration bedeutet“ (HNA 1996i), nicht zustimmen und bei einem positiven Parlamentsbeschluss ein Bürgerbegehren anstreben wird, deutet sich in Hintergrundgesprächen auf Seiten des Bürgermeisters zu dieser Zeit bereits ein vorsichtiges Umdenken und damit eine grundsätzliche Offenheit gegenüber dem Vorhaben eines Kirchenbaus an. Innerhalb der CDU gibt es jedoch nach wie vor ablehnende Haltungen. Da sich dieser Widerspruch insbesondere auch an der Größe und Verhältnismäßigkeit des Projektes festmacht wird, empfiehlt der im Konflikt vermittelnde Bischof beim Runden Tisch in Imshausen anstatt von einem „Zentrum“, eher von „Kirche plus Gemeinderäume[n]“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996h) zu sprechen. Das Thema des Kirchenbaus bleibt auch weiterhin in der medialen Öffentlichkeit präsent. Verschiedene Führungspersonen lokaler Institutionen beziehen Stellung und die Lokalpresse berichtet. Vor allem kirchliche VertreterInnen setzen sich für die syrisch-orthodoxe Gemeinde ein (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996i).

Einen Monat nach der Debatte beim Internationalen Runden Tisch findet am 26. März 1996 schließlich die angekündigte BürgerInnenversammlung zur Vorstellung des geplanten Bauvorhabens statt. Das öffentliche Interesse an dieser ist sehr groß. Laut verschiedener Berichte, ver-

²⁰ Presseberichte und LeserInnenbriefe erscheinen u.a. in der HNA mit polarisierenden und emotionalisierten Inhalten: „Zuhause für Leidende Kirche“ (HNA 1996j) und daraufhin LeserInnenbriefe, die zeigen, wie ‚entsetzt‘ und ‚schockiert‘ die VerfasserInnen sind, dass ausgerechnet die CDU eine christliche Kirche verweigert. LeserInnen kommentieren mit den Worten, dass Angst „kein guter Ratgeber“ (HNA 1996k) sei, aber auch polemisch: „Wer Fremde will, soll sie bei sich aufnehmen“ (HNA 1996l).

²¹ Gleich zu Beginn seiner Amtszeit fragt er bei der AWO sowie verschiedenen Behörden Statistiken über die Anteile an AusländerInnen in der Bevölkerung sowie Einbürgerungsanträge an.

sammeln sich an diesem Abend 500-800 Personen in dem Veranstaltungssaal. Moderiert wird die mehrstündige Veranstaltung vom Stadtverordnetenvorsteher (SPD), der zunächst den späten Zeitpunkt der Versammlung verteidigt und auf Forderungen nach einem Bürgerbegehren, das vorgeschriebene Verfahren erläutert. Er erläutert, dass ein Bürgerbegehren erst nach einem entsprechenden Beschluss der SVV möglich ist.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende bekräftigt in der Veranstaltung noch einmal seine Positionen, dass der Anteil ausländischer Bevölkerung in Bebra zu hoch sei und bei weiterer Zuwanderung „ein großes Konfliktpotential nicht mehr zu verkraften“ wäre (epd 1996). Als Beleg zieht er hierfür die religiöse Dimension der Jugoslawienkriege heran. Auch hebt er auf die Größe des geplanten Zentrums ab und bezeichnet dieses als „Mammutprojekt“, welches als „Magnet“ in der ganzen Region wirken würde (ebd.). Er fordert daher die Planung einzustellen und in der Stadt bereits vorhandene Kirchengebäude für den syr.-orth. Gottesdienst zu nutzen.

Im weiteren Verlauf des Abends konstatiert ein Vertreter der syr.-orth. Gemeinde daher, dass man an der Sache vorbeiredet, denn zum Nachteil des Kirchenbaus würden „Ausländerprobleme auf den Tisch gebracht.“ (HNA 1996m) Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende äußert, dass das Thema „Ausländer“ nichts mit dem Kirchenbau zu tun hätte, woraufhin ein großer Teil des Publikums mit Rufen „Aufhören, aufhören“ reagiert. Er appelliert daher an die Anwesenden mitzuhelfen, „daß Toleranz, Weltoffenheit und die Achtung des Grundgesetzes weiterhin Bestand haben und in unserer Stadt zum friedlichen Zusammenleben aller bei[zu]tragen.“ (ebd.) Als weiteren Versuch der Gegenargumentation betont ein syr.-orth. Christ, dass die Hälfte der Gemeindeglieder in Bebra bereits deutsche StaatsbürgerInnen seien. Dem hält jedoch ein FWG-Vertreter völkisch-nationalistisch entgegen, dass „einer, der einen deutschen Paß hat, noch kein Deutscher“ (ebd.) sei.

Entgegen der grundsätzlich ablehnenden Forderung des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden deutet sich bei dem Bürgermeister bereits an diesem Abend eine Bereitschaft zur Kompromissfindung an. So stellt er zwar fest: „Die Stimmung in der Bevölkerung ist eindeutig gegen das Gemeindezentrum in der geplanten Größe und dem geplanten Standort“ (HNA 1996o), jedoch müsste man nach einer Ersatzlösung suchen, wenn das Projekt im Stadtparlament abgelehnt werden würde. Denn seiner Ansicht nach werde kein Bebraer Bürger dagegen erheben, wenn in einem „vernünftigen Rahmen“ geplant werde.

Mehrheitlich ist die BürgerInnenversammlung an diesem Abend von ablehnenden Positionierungen gekennzeichnet, wie die Lokalzeitung zusammenfasst: „Beifall für die Gegner, Buh- und „Aufhören“-Rufe für die Bewürferten“ (HNA 1996o). Wie angespannt und emotional die Projektvorstellung verlief, verdeutlicht im Nachgang der Leserbrief eines Teilnehmers der Versammlung:

„Als junger Mensch standen mir an diesem Abend die Tränen in den Augen. Befürworter des Gemeindezentrums wurden ausgebuht, ja, man fiel ihnen sogar ins Wort. Tobenden Applaus, mir lief es kalt de[n] Rücken runter, ernteten die Beiträge, die das Gemeindezentrum vehement ablehnten. Ein Blick in die Gesichter um mich

herum offenbarte eine solche Wut, einen solchen Zorn, wie ich es noch nie erlebt habe. Ich hätte nicht gedacht, daß heute noch Menschen so voller Fanatismus und Intoleranz stecken können“ (HNA 1996p).

Welche Wirkung diese Emotionalität der ganzen Debatte und die Betonung der Sorgen und Ängste der Bevölkerung von Bebra auch auf die aramäischen Bevölkerung Bebras hat, wird deutlich in dem Kommentar eines Schülers: „Ihr

sprecht immer von Angst (...), dabei müssen wir Angst haben, wenn wir Euch so reden hören“. Er fühle sich „manchmal schon wie im Dritten Reich“ (FR 1996). Wie sehr sich die Auseinandersetzung zu dieser Zeit polarisiert und radikalisiert, zeigt sich auch daran, dass BefürworterInnen vermehrt „öffentlich beschimpft und mit anonymen Drohanrufen belästigt werden“ (HNA 1996q).

Zudem erfährt der Konflikt im Nachgang der Versammlung vermehrt auch überregionale Aufmerksamkeit. Insbesondere die Feststellung „ausländerfeindlicher“ und „fremdenfeindlicher“ Positionen, der Vorwurf mangelnder Toleranz sowie die Bezugnahme auf die NS-Geschichte ruft in LeserInnenbriefen zum einen starke Abwehrhaltungen der GegnerInnen hervor, vor allem wenn sich Personen von außerhalb in die Debatte einbringen (u.a. HNA 1996r).

Starker Zuspruch ist zum anderen in LeserInnenbriefen, offenen Briefen und direkt an den Bürgermeister und Magistrat adressierten Stellungnahmen zu erkennen, so u.a. von kirchlichen Institutionen (wie bspw. der RCKiN, dem ev. Kirchenvorstand, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hersfeld-Rotenburg) und auch zivilgesellschaftlichen Institutionen, wie dem Stadtjugendring, der fordert sich um Lösung zu bemühen (vgl. HNA 1996s).

Im Zuge der aufgeheizten Situation, fordern insbesondere die BefürworterInnen immer wieder eine Versachlichung. Beispielsweise appellieren die Grünen: „das polemische Schüren von Emotionen muß aus dem Arsenal der politischen Auseinandersetzung gestrichen werden“ (HNA 1996t). Auch die SPD warnt vor einer „emotionalen Besetzung des Themas“ (Heimatknachrichten 1996). Dabei werfen sie dem amtierenden Bürgermeister vor, „von dem wesentlichen Problem der

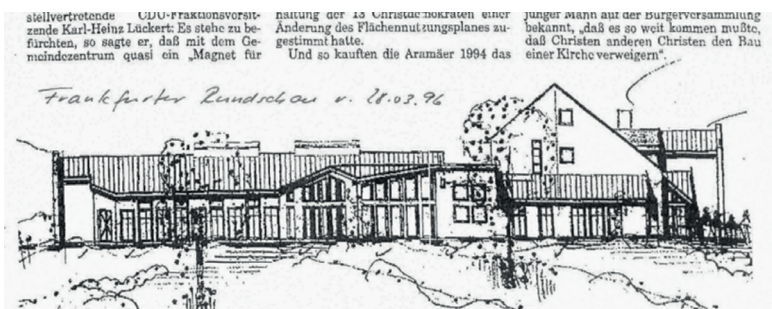


Abbildung 8: Entwurfszeichnung der Südsicht des geplanten Gemeindezentrums (Quelle: Frankfurter Rundschau, 28.03.1996)



Abbildung 9: „Christen verweigern Christen eine Kirche“ (Quelle: Frankfurter Rundschau, 28.03.1996)

Stadt Bebra – nämlich der Arbeitsmarktsituation – abzulenken“. Hierbei zeigt sich schon die Fokussierung und versuchte Einflussnahme beider Lager auf das Stadtoberhaupt, welches über den gesamten Verlauf hinweg als zentrale Figur im Konflikt angesehen wird.

Versuch der Versachlichung, Gegenargumentation und Vermittlung

Im Zuge der Auseinandersetzung streben insbesondere die BefürworterInnen immer wieder an, vor allem im Vorfeld von öffentlichen Veranstaltungen oder Gremiensitzungen, eine Versachlichung der Debatte an und eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien herbeizuführen sowie Argumente der ProjektgegnerInnen zu entkräften. Dafür geben Sie Stellungnahmen ab, positionieren sich in Versammlungen, schreiben LeserInnenbriefe oder Zeitungsartikel. So versucht beispielsweise der Zweckverband der Diakonie in einem Leserbrief das Argument der vermeintlichen „Sogwirkung“ eines solchen Projektes zu entkräften. Im Vorfeld der BürgerInnenversammlung veröffentlicht die SPD Fraktion eine großflächige Zeitungsanzeige (vgl. SPD 1996), in der sie zum einen auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung von 1993 eingeht und zum anderen Fragen bezüglich der geplanten Besucherkapazitäten des geplanten Bauvorhabens, der Finanzierung und Gerüchte zum Bau eines Kindergartens richtigstellt. Sie nehmen Bezug auf den Anteil der Mitglieder mit deutscher Staatsbürgerschaft und weisen zudem darauf hin, dass die syr.-orth. Gemeinde beabsichtigt, die Bauaufträge an Unternehmen in der Region zu vergeben, was auch als Antwort auf befürchtete Nachteile für die Region und befürwortendes Argument betrachtet werden kann.

Auch in der direkten Ansprache der EntscheidungsträgerInnen, wird u.a. von Seiten der aramäischen Gemeinde versucht auf Gegenargumente einzugehen. So schreibt die syr.-orth. Gemeinde im Vorfeld eines Gespräches mit dem Bürgermeister an diesen und den Magistrat einen mehrteiligen Brief, von dem sie sich erhofft, dass „bestehende Mißverständnisse“ ausgeräumt werden können und dass dies „zur Versachlichung des Gesprächs“ beiträgt (Nicht-öffentliches Dokument 1996j). In dem Brief reagieren sie auf all die ihnen bekanntgewordenen Argumente gegen das Gemeindezentrum und entkräften oder widerlegen diese. Darin nehmen sie Bezug auf das vermeintlich zu erwartende Verkehrschaos, die Gefahr für Ruhe und Ordnung, einen weiteren Zuzug von AramäerInnen, die Größe des Bauvorhabens, die empfohlenen Weiternutzung der katholischen Kirche, eine Störung der Totenruhe, den angeblichen Kindergarten und die Abkapselung der syrisch-orthodoxen Gemeinde von der Gesamtgesellschaft. Weiterhin erläutern sie ihr Verständnis des grundgesetzlich verbrieften Rechts auf freie Religionsausübung und stellen ihre erbrachten Vorleistungen dar (vgl. ebd.).

Einen weiteren Versuch der Vermittlung unternimmt die Jugendorganisation der SPD, als sie am Vorabend der bevorstehenden Stadtverordnetenversammlung eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Zwischen Integration und Intoleranz“ veranstaltet: „Damit sich die Fronten nicht noch weiter verhärten, ist es an der Zeit nach geeigneten Lösungen zu suchen“ (HNA 1996u). Geladen sind hier VertreterInnen der verschiedenen politischen Parteien und der syrisch-orthodoxen Gemeinde, sowie ein Anwalt für eine rechtliche Einordnung des Projektes, der Leiter des AWO-Wohnheimverbandes für eine „differenzierte Betrachtung über die Ausländersituation in Bebra“

und ein Mitglied des Stadtjugendringes.

Neben den öffentlichen Veranstaltungen gibt es aber auch Versuche der Vermittlung hinter verschlossenen Türen. Nachdem in der BürgerInnenversammlung deutlich wurde, dass der derzeit geplante Standort am Friedhof in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit finden wird, vereinbaren die syr.-orth. Gemeinde und der Bürgermeister ein vertrauliches Gespräch zur Verständigung und Lösungsfindung, welches am 14.04.1996 stattfindet. Statt zu einer Entspannung führt dieses allerdings vorübergehend eher zu einer Verschärfung des Konflikts.

Laut Aussage der Gemeinde werden in dem Gespräch durch den Bürgermeister Unterstützung angeboten und mögliche Alternativstandorte benannt. Als sie wenige Tage später in einem Brief an den Bürgermeister darauf Bezug nehmen und um Lagepläne für die genannten Standorten bitten, gerät diese Information an eine breitere Öffentlichkeit, woraufhin der Bürgermeister vehement abstreitet, jemals Alternativstandorte ins Gespräch gebracht zu haben²². Beide Seiten bezichtigen sich in Folge der Lüge. Später wird der Bürgermeister jedoch sagen, dass er die Grundstücke spontan genannt habe, ohne dass er dies „baurechtlich abgecheckt“ habe. (HNA 1996v) Aus heutiger Perspektive betrachtet der Bürgermeister die Veröffentlichung der Gesprächsinhalte als Vertrauensbruch (vgl. I2 42-46).

Das Bekanntwerden nimmt wiederum der damalige Stadtverordnetenvorsteher – ein Befürworter des Projektes – zum Anlass, die Tagesordnungspunkte zum Gemeindezentrum von der Tagesordnung der nächsten SVV zu nehmen, da es mit den alternativen Standorten nun eine neue Ausgangslage für den zu fällenden Beschluss gäbe. Es ist anzunehmen, dass er versucht, auf diesem Wege Zeit für eine Lösungsfindung zu gewinnen und einer abschließenden Ablehnung des Vorhabens, die zu diesem Zeitpunkt zu erwarten ist, vorzubeugen. Gegen dieses Vorgehen reicht der Bürgermeister allerdings Klage beim Verwaltungsgericht in Kassel ein (vgl. Stadt Bebra 1996b), was eine nunmehr entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit für diese Angelegenheit nach sich zieht. Daraufhin nimmt der Stadtverordnetenvorsteher die beiden Punkte wieder auf (vgl. Stadt Bebra 1996c). Daraufhin berufen die SPD-Mitglieder im Magistrat kurzfristig eine Dringlichkeits-sitzung ein und beschließen mit ihrer Mehrheit, die umstrittenen Punkte wieder von der Tagesordnung der SVV zu nehmen. Diesen Beschluss hebt der Bürgermeister jedoch kraft seines Amtes auf Grundlage des §74 HGO wieder auf. Somit muss das Thema in der bevorstehenden Sitzung der SVV behandelt werden.

Vertagung – Zeit für Lösungsfindung

Nachdem die Behandlung der Beschlussvorlage zur Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes zu Beginn des Jahres in der SVV zurückgezogen wurden, werden diese am 25. April 1996 erneut verhandelt. Von den BefürworterInnen wird nun befürchtet, dass der Antrag abgelehnt wird. Eine weitere Verzögerung der Entscheidung scheint jedoch möglich, da ihrer Ansicht nach die vermeintlich vom Bürgermeister genannten Alternativstandorte und damit signalisierte Gesprächsbereitschaft im Raum stehen, und so versucht die SPD-Fraktion per Antrag erneut den Punkt wieder von der Tagesordnung zu nehmen. Als dieser Antrag

²² Die CDU-Fraktion steht dem Bau zu diesem Zeitpunkt noch ablehnend gegenüber.

scheitert, stellt überraschenderweise ein fraktionsloser Stadtverordneter (ehem. SPD) einen Abänderungsantrag, der vorsieht die Vorlage in die Ausschüsse zur weiteren Beratung zurückzuverweisen. Mit den Stimmen der SPD wird dieser angenommen. Der Stadtverordnete, ursprünglich ein Gegner des Bauprojektes sagt dazu, er hätte sich zwischenzeitlich über das Vorhaben informiert und daraufhin seine Meinung geändert (vgl. Frankfurter Rundschau 1996b).

Dieser Beschluss wird von BefürworterInnen wie bspw. dem RCKiN begrüßt, da das Stadtparlament mit der Verschiebung der Entscheidung „den Beratungsprozeß noch einmal eröffnet hat“ (RCKiN 1996). Auch die syr.-orth. Gemeinde zeigt sich nach der Rückverweisung gesprächs- und kompromissbereit. Sie schlägt in einem Schreiben an den Ältestenrat der Stadt Bebra einerseits vor, entweder den Bau am Friedhof konkret zu beauftragen und geht damit auf Bedenken hinsichtlich der Größe, Störung der Totenruhe und Parkplätze ein. Andererseits bringt sie aber auch die Möglichkeit des Tausches gegen ein für das „Vorhaben geeignetes und gleichwertiges Grundstück an anderer Stelle“ ins Gespräch (Nicht-öffentliches Dokument 1996k). Der Ältestenrat bittet nach seiner Sitzung den Bürgermeister um die Suche nach einem Kompromiss (vgl. HNA 1996w).

Da das Kreisbauamt weiterhin auf eine Entscheidung drängt, bittet der Bürgermeister dieses nun um eine weitere Fristverlängerung bis nach Abschluss des Bauleitverfahrens oder einem „anderweitigen richtungsweisenden Beschluß“, denn es handele „sich bei der Bauleitplanung in diesem Bereich um eine politische und sehr emotionell geführte Diskussion, deren Ausgang im Moment noch nicht vorauszusehen ist.“ (Kreisbauamt Bebra 1996) Falls das nicht möglich sei, solle der Landkreis Gespräche mit der syr.-orth. Gemeinde über eine Rückziehung des Bauantrages führen.

Auf der Suche nach einem Kompromiss

Nach der Rückverweisung der Vorlage in die Ausschüsse beginnt auf Anraten der ev. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996l) und unter Leitung und Moderation des Bischofs nun eine weitere Beratung und Verhandlung zwischen den VertreterInnen der Stadt Bebra und der syr.-orth. Gemeinde²³ unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein sogenannter „Runder Tisch“ wird sich in den folgenden Monaten insgesamt vier Mal treffen. Der Runde Tisch findet ohne Beteiligung der FWG statt. Die Fraktion hält „eine weitere Beteiligung an solchen Gesprächsrunden für nicht sinnvoll“, da sie „im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung [...] keinerlei weiteren Erörterungsbedarf erkennen“ (HNA 1996x) könne. Wichtig ist den teilnehmenden Vertretern der CDU das Thema aus dem Wahlkampf der anstehenden Kommunalwahl im September rauszuhalten.

Bereits im Laufe des ersten Treffens kristallisiert sich die zunehmende Kompromissbereitschaft aller Beteiligten heraus. Nachdem die Nutzung vorhandener Kirchen und auch der Standort am Friedhof noch einmal diskutiert wurde, scheinen diese Optionen vom Tisch zu sein, da die

²³ Die syr.-orth. Gemeinde bittet den Bürgermeister und den Magistrat im Vorfeld auch schon um die Einrichtung eines Runden Tisches (05.05.1996), wird zu dem ersten Treffen jedoch nicht eingeladen. Dies sorgte bei dem Gemeindevorstand für Verwunderung und den Eindruck: „Es wird über uns ohne uns verhandelt“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996g).

Weiternutzung der anderen Kirchen nicht als Option gesehen wird und die CDU weiterhin gegen den bisher geplanten Standort ist. Daraufhin werden Alternativen und Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich Größe und Standort der Kirche mit Gemeinderäumen besprochen. Neben der gemeinsamen Suche nach einem alternativen Standort, der nicht die „Isolierung und Abkapselung fördert“ (HNA 1996x), einigt man sich darauf von einer „Kirche und Gemeinderäumen“ anstatt von einem „Zentrum“ zu sprechen (Nicht-öffentliches Dokument 1996m). Der Hintergrund ist hier vermutlich, dass sich der Begriff in der Auseinandersetzung als unvoreteilhaft herausgestellt hat, da er von den GegnerInnen immer wieder mit der Konnotation des zunehmenden Zuzugs von MigrantInnen verwendet wurde.

Insgesamt stehen acht alternative Standorte zur Debatte. Konkret wird es bei der dritten Sitzung des Runden Tisches. Intensiv wird hierbei ein möglicher Standort im Gewerbegebiet (Kerchensteiner Straße) diskutiert. Eine Bauleitplanung für das Areal ist bereits angeschoben, aber noch nicht abgeschlossen. Für dieses Grundstück wird von einigen BefürworterInnen ein Tausch gegen das Grundstück am Friedhof in Erwägung gezogen, allerdings deutet sich schon an, dass es hierfür keine Mehrheit geben wird (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996n). Auch wenn die syr-orth. Gemeinde sich mit dem möglichen Kompromiss und dem Tausch einverstanden zeigt, wird dieser in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. In diesem Fall sind es jedoch vor allem BefürworterInnen des bisherigen Standortes die sich gegen diesen Vorschlag wehren und fordern, dass man die syr-orth. ChristInnen „[n]icht ins Gewerbegebiet abschieben“ (HNA 1996u) dürfe, da dies zur Isolation führen würde; stattdessen halten sie am bisherig geplanten Standort fest (vgl. ebd).

Bezüglich der Größe des Bauwerkes legt die syr-orth. Gemeinde in diesem Vermittlungsprozess neue Pläne vor, die eine Verkleinerung des Gesamtvorhabens vorsehen. Der Grundriss des Kirchengebäudes bleibt hierbei allerdings gleich. Die Kirche würde nach einer Neuberechnung auf Grundlage der Bauverordnungen 320 Sitzplätze aufweisen und weitere insgesamt 330 Sitzplätze würden im Gemeindehaus und der Teestube entstehen (vgl. Stadt Bebra 1996d). Diese neuen Pläne werden durch die Bauaufsicht Hersfeld-Rotenburg²⁴ geprüft. Die Verringerung der Sitzplatzanzahl ohne eine Verkleinerung des Grundrisses, die vermutlich auf eine vorherige Fehlkalkulation des Architekten zurückzuführen ist, stellt sich in der weiteren Verhandlung als problematisch heraus, da insbesondere die CDU-Fraktion, dieser Verringerung der Anzahl möglicher BesucherInnen nicht Glauben schenken mag und diese auch als öffentlich nicht glaubwürdig vermittelbar betrachtet.

Die CDU-Fraktion sagt schließlich im August die Teilnahme am vierten und letzten Runden Tisch ab und teilt mit, dass die Fraktion beschlossen habe auszusteigen, „Ruhe zu halten“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996n) und das Thema bis nach den Kommunalwahlen zu vertagen (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996o). Entgegen der Entscheidung seiner Fraktion nicht mehr am

²⁴ Kurz nach dem dritten Runden Tisch schreibt der Magistrat an die syr-orth. Gemeinde bzgl. der neuen Sitzplatzzahl (12.07.96). Die Bauaufsicht könne nicht die gewünschte, mögliche oder rechtlich zulässige Zahl bestimmen, da ihnen die technischen Informationen fehlten. Diese sollen durch den Architekten nachgeliefert werden, es bestehe sonst die Gefahr einer kostenpflichtigen Ablehnung. Die entsprechenden Auskünfte seien auch nach erneuter Übermittlung für die Bauaufsicht nicht nachvollziehbar und daher unglaubwürdig. Vermutlich waren erste Berechnungen des Architekten bezüglich der Bestuhlung fehlerhaft.

Runden Tisch teilzunehmen, erscheint der Bürgermeister auch zur letzten Sitzung am 19. August 1996. Die ablehnende Haltung der CDU gegenüber der weiteren Teilnahme und dem zwischenzeitlich angestrebten Kompromiss begründet er mit der Unmöglichkeit des Grundstückstausches aufgrund der unterschiedlichen Wertigkeit, der Größe der Kirche, der Unglaubwürdigkeit der Sitzplatzverringering. Letztere bezeichnet er als „Mogelpackung“, da sich die Kubatur des Entwurfes sich nicht geändert hätte. Ein weiteres, vermutlich zentrales Motiv sei außerdem, dass die CDU so kurz vor der Kommunalwahl kein Bürgerbegehren riskieren könne, welches insbesondere von der FWG gefordert wird. Der Bürgermeister erläutert allerdings auch, dass er nicht unbedingt mit der Fraktionsposition übereinstimme. In jetziger Form des Kompromissvorschlages könne die Fraktion bei der nächsten SVV jedoch nicht zustimmen (vgl. Nicht-öffentliches Dokument 1996n).

Die syr.-orth. Gemeinde hat kein Verständnis für die Position, da sie die zuvor geforderten Änderungen hinsichtlich der Größe des Projektes vorgenommen hat und ist zunehmend aufgebracht. Der aramäische Pfarrer fordert bei rechtlichen Einwänden gegen das Vorhaben die schriftliche Bestätigung und ein Vorstandsmitglied, soll in aggressiver Art geäußert haben: „Wir werden Wege finden (in Genf) uns zu wehren!“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996p) Aber auch alle anderen dem Kirchenbau gegenüber positiv eingestellten Beteiligten zeigen sich enttäuscht von dem Scheitern der Gespräche – ein Kompromiss zwischen den Parteien schien nicht unmöglich. Der ev. Pfarrer fürchtet sogar um den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung: „Es darf doch nicht wahr sein, daß jetzt Mittel der Straßendemokratie benutzt werden. Ich habe furchtbare Angst.“ (Nicht-öffentliches Dokument 1996n) Der moderierende Kirchenrat der hessischen Landeskirche beendet daraufhin die Gespräche mit der Aufforderung an den Bürgermeister weiter das Gespräch zwischen den Fraktionen zu suchen und schließt mit den Worten: „Es hört ernster auf, als

es angefangen hat“ (ebd.) und gibt damit einen Ausblick auf derzeitige Situation und Stimmung in der Stadt.

Während sich auf der einen Seite in dieser Zeit eine schrittweise Annäherung im Konflikt abzeichnet, besteht auf der anderen Seite weiterhin eine starke Polarisierung, Emotionalität und auch Radikalität in der Kontroverse. Dies wird auch durch den Rücktritt des damaligen Stadtverordnetenvertreters deutlich. Nur wenige Tage nach dem Scheitern des Runden Tisches verkündet er seinen Rücktritt mit



Abbildung 10: Artikel im Spiegel über den Konflikt um den Kirchenbau (Quelle: Spiegel 06.05.1996)

den Worten, dass die CDU nie einen Kompromiss angestrebt hätte und durch „die arglistige Täuschung der CDU-Fraktion gegenüber den Teilnehmern des Runden Tisches“ (HNA 1996y) eine weitere Zusammenarbeit mit der CDU unmöglich sei. Weiterhin wirft er dem Magistrat pauschal Rassismus vor. Diese Vorwürfe werden durch die verschiedenen Parteien deutlich zurückgewiesen und mit einer Klage gedroht, sollte er sich nicht erklären und entschuldigen. Dass jedoch nicht nur das Verhalten oder die Positionen der PolitikerInnen für diese Entscheidung eine Rolle gespielt haben, geht aus seiner heutigen Erzählung hervor, in der er berichtet, dass der akute Auslöser eine telefonische Bedrohung gewesen sei, als sein Sohn einen Anruf entgegengenommen hat (vgl. 17: 102-105). Bereits in den Monaten zuvor wurde er wie auch andere BefürworterInnen des Kirchenbauprojektes immer wieder Ziel solcher Drohanrufe, mit Aussagen wie „Wir stecken deine Hütte an“ (Der Spiegel 1996).

Nichtsdestotrotz nimmt die SPD nach dem Ende der Vermittlungsgespräche den Standortvorschlag im Gewerbegebiet wieder auf und fordert das erforderliche Baurecht zu schaffen, den Tausch gegen das Grundstück am Friedhof zu beschließen (vgl. SPD-Fraktion Bebra 1996) und in diesem Zusammenhang die Beschlüsse zur Durchführung einer Bauleitplanung am Friedhof aufzuheben. Im selben Zeitraum beauftragt der Bürgermeister den Magistrat die weiteren vom Bauverwaltungsamt vorgeschlagenen Standorte zu prüfen²⁵. Diese acht Standorte werden in der folgenden Magistratssitzung diskutiert. Hierbei wird der Kirchenneubau nunmehr mit nur noch 320 Sitzplätzen bei weiterhin gleichbleibender Größe geplant (vgl. Stadt Bebra 1996b).

Scheitern der Kompromissfindung und Endgültige Ablehnung

Ende August wird der Kompromissvorschlag zunächst in einer Magistratssitzung verhandelt. Zwar enthält sich der Bürgermeister der Abstimmung, doch durch urlaubsbedingte Abwesenheit von SPD-Mitgliedern und damit fehlende Stimmmehrheit wird der Antrag abgelehnt. Auch in der darauffolgenden SVV am 12.09.96 werden mit Mehrheit von CDU, FWG und einem Fraktionslosen (ehem. SPD) sowohl die Vorlage zum Standort am Friedhof als auch der Antrag zur Baurechtsschaffung und Grundstückstausch im Gewerbegebiet abgelehnt. Begründet wird die Ablehnung mit der vermeintlich unglaubwürdigen Verringerung der Sitzplatzzahl sowie der ungleichen Wertigkeit der Grundstücke, was einen Tausch unmöglich mache (vgl. HNA 1996z).

Die evangelische Gemeinde zeigt sich enttäuscht von dem Ergebnis: „Wir wissen zurzeit nicht, wie es weitergehen soll [...] wir sind in einer Sackgasse“ (Blick in die Kirche 1996). Ihrer Ansicht nach sei eine Lösung auch deshalb nicht in Sicht, weil der Kirchenbau „zum Mittel der Auseinandersetzung im Machtkampf der Parteien und zu einem Objekt der Kommunalpolitik geworden ist.“ (Hessisches Pfarrblatt 1997) Betroffene und UnterstützerInnen haben auf diesen scheinbar jedoch kaum Einflussmöglichkeiten. In LeserInnenbriefen zwischen den BefürworterInnen sowie Artikeln und Kommentaren in der Lokalzeitung wird das Scheitern gleichzeitig aber auch als „Chance für einen Neubeginn“ und neue Verhandlungen angesehen und thematisiert (vgl. HNA 1996aa).

²⁵ Die acht zu prüfenden Grundstücke: Tromaggelände, Robert-Bunsen-Straße, Industriegebiet Bebra-Nord, Eisenacherstraße, Gewerbegebiet Süd, Kerschensteinerstraße, ein Gärtneiregelände, Heidau.

Was ab diesem Zeitpunkt jedoch an weiteren Aushandlungen und Vermittlungen geschieht ist für die Öffentlichkeit zunächst nicht mehr sichtbar und auch aus heutiger Sicht nur schwer rekonstruierbar, denn nach außen scheinen die Verhandlungen unterbrochen. Nach unserem Wissensstand laufen die Gespräche zwischen dem Bürgermeister und der syr.-orth. Gemeinde in den nächsten beiden Jahren im Hintergrund weiter, doch keine der beiden Seiten äußert sich diesbezüglich gegenüber Presse und der Öffentlichkeit.

Überregionaler Druck

Unterdessen wirken die hessische CDU-Führung, der Bundesminister des Inneren sowie der hessische Ministerpräsident auf den Bürgermeister ein und beziehen sich argumentativ u. a. auf die Religionsfreiheit und Christlichkeit und bitten um die schnelle Findung eines Kompromisses. Auch im hessischen Landtag wird einstimmig mit Unterstützung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine Resolution verabschiedet, in der betont wird, man „bringe Verständnis auf für die Ängste und Besorgnisse der Bürgerinnen und Bürger Bebras [...], dennoch sei das Vorhaben „von einer Diskussion über den Umgang mit Ausländern sowie einer Auseinandersetzung über Chancen und Probleme einer multikulturellen Gesellschaft zu trennen“ (Hessischer Landtag 1996). Man fordert die Stadt Bebra daher auf, die „Voraussetzungen für den Bau eines syrisch-orthodoxen Gemeindehauses“ (ebd.) zu schaffen. Im November wird dann auch im Kreistag mit Mehrheitsbeschluss eine ähnlich lautende Resolution verabschiedet. Dieses erneute Einwirken von den übergeordneten politischen Ebenen ruft insbesondere bei den KirchengegnerInnen eine Abwehrhaltung hervor, die in zahlreichen Lesebriefen und politischen Stellungnahmen zu Ausdruck gebracht wird. Ihrer Ansicht nach hätten die BefürworterInnen von außerhalb nicht genügend Kenntnis der Situation vor Ort (vgl. HNA 1996ab, HNA 1996ac, HNA 1996ad), weshalb die Forderungen als „Einmischung von außen“ empfunden wird, die zu unterlassen sei: „Und jeglicher Druck vom Kreistag und Landtag hat zu unterbleiben, wenn er nicht den Beigeschmack von Diktatur haben soll. Doch was dem einen die Religionsfreiheit ist, muß dem anderen die Meinungsfreiheit sein“ (HNA 1996ad).

Da keine konkreten weiteren Entscheidungen hinsichtlich des Gemeindezentrums anstehen, findet diesbezüglich nun kaum noch eine öffentliche Debatte statt. Auch dominieren zunehmend andere Kontroversen die öffentliche Aufmerksamkeit, wie etwa der parteiinterne Streitigkeiten und Diskussionen um Windkraftanlagen und den Anbau von genetisch verändertem Raps in der Region. Dennoch scheinen hinter verschlossenen Türen die Verhandlungen um den Kirchenbau weitergeführt zu werden. So äußert sich der Bürgermeister zu möglichen Gesprächen: „Wir bemühen uns, gemeinsam eine Lösung zu finden. Das geht nur mit Kompromissen“ (HNA 1996ae).

Versuch der Instrumentalisierung

Obwohl das aramäische Gemeindezentrum medial kaum noch präsent war, wird im Rahmen des Wahlkampfes für die im März 1997 bevorstehende Kommunalwahl von politischer Seite nochmals auf das Bauvorhaben Bezug genommen und versucht den geplanten Kirchenbau zu instru-

mentalisieren. Insbesondere die FWG greift das Thema wieder auf und versucht in populistischer Art und Weise die Stimmung anzuheizen. Sie vermuten die „stillschweigende Abseignung des Kulturzentrums durch SPD und CDU“, die sie als „herrschende Altparteien“ bezeichnen und ihnen „totale Unfähigkeit in der Ausländerfrage“ attestieren (HNA 1997a). Eine „Zustimmung“ zu einer Kirche würde „das längst durch Überfremdung überforderte Bebra in seiner Eigenart gefährden“, eine „Orientalisierung Bebras“ stünde bevor. Die Positionen sind nicht neu und wurden bereits in der BürgerInnenversammlung ein Jahr zuvor hervorgebracht. Die FWG thematisiert weiter die vermeintliche Abwanderung der Deutschen, angeblich „orientalische“ Mehrheiten, kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang, wachsende Kriminalität, gewaltsame Konflikte. Sie schalten großflächige Anzeigen in der Lokalpresse. Fraglich bleibt dabei, ob die FWG zu diesem Zeitpunkt die einzige Partei ist, die diese Bezüge noch herstellt. Die klar rassistischen und völkisch-nationalistischen Positionen stellen sich hierbei gegen diejenigen, die sie als „Multi-Kulti-Befürworter“ bezeichnen. Man solle die FWG wählen „um den Aramäertempel und in dessen Gefolge eine islamische Moschee zu verhindern“, „um die Wischi-Waschi-Politik und den multikulturellen Trend der sog. Etablierten in unserer Stadt zu beenden“, „um den hohen Ausländeranteil in unserer Stadt mit allen legalen Mitteln zurückzuführen und die damit zusammenhängende Kriminalität, die unsere Bürgerinnen und Bürger immer stärker verängstigt, weitestgehend zu unterbinden“ (Blickpunkt Bebra 1997). Der Dachverband der FWG bemüht sich um Distanzierung zur Bebraer Wählergemeinschaft (vgl. HNA 1997b). Aber auch die anderen Parteien reagieren ablehnend auf diese Veröffentlichungen der FWG. So prangern die Grünen „sittenwidrige[n] Stimmenfang“ (Heimatchrichten 1997) an. Die CDU spricht von „nationalistischen und rechtsextremen Parolen“, von denen sie sich trotz der Ablehnung des Gemeindezentrums distanziert und befürchtet Nachteile für Bebra auf Grund dieser „politischen Hetzkampagne“ (CDU Bebra o.D.).

Ein Kompromiss der alle zufrieden stellt

Mit Ende des Kommunalwahlkampfes legt sich das öffentliche Interesse jedoch wieder und es kehrt erneut Ruhe ein. Im Hintergrund wird in den kommenden Monaten jedoch zwischen Stadt und syr.-orth. Gemeinde ein alternativer Standort verhandelt. Dies geschieht jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Erst Ende des Jahres 1997 wird öffentlich bekannt, dass der Umbau der ehemaligen Bundesbahnschule im Gespräch ist und auch die CDU, die seit der Kommunalwahl auch die Mehrheit im Stadtparlament hat, zustimmen würde (vgl. HNA 1997c). Zwar ist zu diesem Zeitpunkt die Frage der Finanzierung noch ungeklärt, doch setzt sich der Bürgermeister als Vermittler zwischen Bundesbahn und der syr.-orth. Gemeinde ein und betont hierbei, dass es nicht im Interesse der Stadt sei, dass „das Gebäude eine Bauruine werde“ (ebd.). In einer Stellungnahme der CDU wird zudem hervorgehoben, dieser Standort sei auch für die Gemeinde ideal, da er zentral in der Stadt liege. Außerdem handele es sich im Gegensatz zu einem „Zentrum“ um eine von den BürgerInnen akzeptierte und im Verhältnis zu den Bedürfnissen stehenden Lösung (vgl. HNA 1997d, HNA 1997e). Auf kritische Fragen nach seinem Meinungswandel betont der Bürgermeister wie auch schon im Zusammenhang mit dem inzwischen genehmigten muslimischen Gemeindehaus (vgl. HNA 1997f), dass er nie etwas gegen eine Kirche gehabt hätte. Es ging ihm nur darum, dass es kein Neubau ist und dies ja ein Umbau sei (vgl. HNA 1997c).



Abbildung 11: Entwurfsskizze Umbau Eisenbahnschule (Quelle: HNA, 21.10.1998)

Dass der Umbau sich aus Perspektive der AramäerInnen als faktischer Neubau darstellt, bei dem die Behörde unkomplizierte und pragmatische Lösungen gesucht hat, scheint inzwischen keine Aufmerksamkeit mehr zu finden. Neben dem Rückhalt der Stadt, erhält die syr.-orth. Gemeinde Unterstützung von den anderen christlichen Kirchen in der Region, insbesondere in finanzieller Form. Auch die Kommunität Imshausen unterstützt die

Gemeinde mit ihren Netzwerken weiterhin.

Die SPD begrüßt die offensichtlich veränderte CDU Haltung in der Auseinandersetzung um den Kirchenbau und sieht die Veränderung auch im Zusammenhang mit der im Mai 1997 in der SVV getroffenen Entscheidung²⁶, „dem türkisch-islamischen Verein bei der Renovierung seiner Moschee an der Pfarrstraße [...] unter die Arme zu greifen“ (HNA 1997g), denn man könne ja nicht Bau eine christlichen Kirche verweigern und gleichzeitig eine Moschee unterstützen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses wurde dies durch die SPD lautstark kritisiert. Dies bestreitet der Bürgermeister jedoch und wehrt sich gegen den Vorwurf, er hätte den Kirchenbau abgelehnt. Vielmehr sei er nie gegen eine Kirche und auch nicht gegen eine Moschee gewesen, sondern jeweils nur gegen einen Neubau, er hätte dies möglicherweise nur missverständlich formuliert. An seiner Grundhaltung – „kein Neubau und kein Zentrum“ (HNA 1997h) – hätte sich jedoch nichts geändert.

Ein Jahr später sind die Kaufverhandlungen abgeschlossen und die Öffentlichkeit wird bei einer Pressekonferenz über die Pläne informiert, die Bundesbahnschule zu einem Gemeindehaus mit Andachtsraum mit Platz für 290 Personen umzubauen. Zu der Pressekonferenz hatte auf Biten der syr.-orth. ChristInnen der CDU-Stadtvorsitzende, einer der ehemals lautesten Gegner aus den Reihen der CDU, eingeladen. Dieser erklärt dort: „Das wird ein Schmuckstück“ (HNA 1998a). Auch wird erneut mehrfach betont, dass es nicht im Interesse der Stadt sei, die ehemalige Bundesbahnschule, an der kein anderes Kaufinteresse bestand, zu einer Bauruine werden zu lassen²⁷. Der Bürgermeister freut sich über den Kompromiss, „der alle zufriedenstellt“ (ebd.). Gleichzeitig weist er den AramäerInnen indirekt die Verantwortung für das vorherige Scheitern zu: „Wenn

²⁶ Mit der Genehmigung des Umbaus des bisher genutzten Fachwerkhäuses (An der Bebra 8) und dem Beschluss dem Verein ein Zinsfreies Darlehen zukommen zu lassen, steht auch kein Neubau eines muslimischen Gebetshauses mehr zur Debatte.

²⁷ Mit einer ähnlichen Argumentation begründet man zuvor auch den Umbau des muslimischen Gebetshauses und die dafür notwendige finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Der Umbau und die Renovierung würden nämlich die Sanierung des letzten unsanierten Gebäudes im Sanierungsgebiet ermöglichen (vgl. HNA 1997i, Kreisanzeiger 1997).

die Gespräche auch damals mit dieser Offenheit und Ehrlichkeit aller Beteiligten geführt worden wären, dann hätte der Schaden abgewendet und viel früher eine konstruktive Lösung gefunden werden können“ (Heimatsnachrichten 1998).



Nach dieser öffentlichen Vorstellung beantragt die FWG eine BürgerInnenversammlung zu diesem Thema. Hierbei argumentiert sie, dass im Endausbau

Abbildung 12: „Alte DB-Schule wird zum Andachtsraum umgebaut. Lösung, die alle Seiten mehr als zufrieden stellt“ (Quelle: HN, 27.10. 1998)

angeblich Platz für 400²⁸ Personen sei. Deshalb müssten „unter anderem so wichtige Fragen wie die nach den notwendigen Stellplätzen gestellt und beantwortet werden“ (HNA 1998b). Zudem werden erneut Fragen nach der vermeintlichen „Sogwirkung“ und nach der öffentlichen Finanzierung gestellt. Der Bürgermeister befürchtete hierbei, dass die FWG „eine BürgerInnenversammlung wieder [für] ihre Politik gegen die Einrichtung der Syrisch-Orthodoxen nutzen wolle“ (HNA 1998c). Die SVV lehnte mit Mehrheit der CDU den Antrag ab, auch wenn sich die SPD ebenfalls für eine öffentliche Informationsveranstaltung im Sinne eines demokratischen Verfahrens aussprach. Lediglich zwei LeserInnenbriefe äußerten sich kritisch über die ausbleibende BürgerInnenversammlung und das Handeln der CDU in Bezug auf das Bauvorhaben. Davon abgesehen war ab diesem Zeitpunkt der Kirchenbau bis zur Einweihung der Mutter Maria Kirche im Jahr 2002 in der medialen Debatte kein Thema mehr.

Vom „Schandfleck“ zum „Schmuckstück“

Als im September 2002 der Umbau der Bundesbahnschule zur Kirche und Gemeindehaus schließlich abgeschlossen ist, wird die Kirche feierlich eingeweiht und nochmal ein Thema in der Lokalzeitung. Wie schon bei der Projektvorstellung dominieren auch hier die Positivdarstellungen in der Presse und auch in den Aussagen der politischen Entscheidungsträger. So beschreibt ein Journalist den Kirchenbau als „städtebaulichen Akzent [der] zugleich eine Aufwertung für Bebra ist“ (HNA 2002a). Sein Leitartikel zum Kirchenbau beginnt mit folgendem Absatz:

„Die Fenster und Türen waren zertrümmert, das Dach kaputt – ein Schandfleck inmitten Bebras. Die ehemalige Bundesbahnschule an der Eisenacher Straße in Bebra drohte zur ewigen Bauruine zu werden. Doch dank des Engagements des syrisch-orthodoxen Kirchen- und Kulturvereins ist ein Schmuckstück aus dem Gebäude geworden“ (HNA 2002b).

Auch der Bürgermeister freut sich über die „gute Lösung“, denn „[h]eute würde das Gebäude zu einer Bauruine verkommen sein und keinen Nutzungsträger mehr finden.“ (HNA 2002c)

²⁸ Der Bürgermeister erklärt daraufhin, dass ihm nicht klar sei, woher diese Zahl komme, mit der die FWG argumentiert (vgl. HNA 1998c).

So gebe das Gebäude aber ein harmonisches Bild ab. Erneut sieht er die Verantwortung für das vorherige Scheitern des Projektes bei anderen und betont dabei die nunmehr vernünftigen Gespräche mit dem neuen syr.-orth. Gemeindevorstand, die die Erarbeitung „gute[r] Lösungsvorschläge“ ermöglichten. Das Handeln der politischen Entscheidungsträger, und damit letztlich auch sein eigenes, bewertet er im Rückblick auf den Konflikt positiv: „Sind im Vorfeld auch die Emotionen hochgeschlagen, so war es von den politischen Verantwortlichen richtig, Ruhe zu bewahren und dem öffentlichen Druck standzuhalten“ (ebd.).

Aber auch die syr.-orth. ChristInnen zeigen sich mit der Kompromisslösung zufrieden: „Unser Freude ist so groß, dass man sie gar nicht in Worten ausdrücken kann“ (HNA 2002b). Der vorausgegangene Streit sei laut Aussage eines Vorstandsmitglieds inzwischen vergessen: „Wir suchen ja keinen Streit. Wir leben schon seit Jahrzehnten friedlich in dieser Stadt. Und so soll es auch bleiben“ (ebd.). Wie deutlich wird, scheint niemand mehr ein Interesse daran zu haben, die alten Wunden wieder aufzureißen. Die Auseinandersetzungen der Vergangenheit werden zumindest in den Presseartikeln nur oberflächlich angesprochen und alle scheinen um eine Darstellung des Kompromisses bemüht, in der alle Beteiligten zufrieden und ohne Gesichtsverlust hervorgehen.

Die nachfolgende Abbildung (Abb. 14) bietet einen zusammenfassenden Überblick über den zeitlichen Verlauf des Konfliktes. Während der obere Abschnitt bedeutsame Ereignisse des kompletten Zeitraumes von 1990 bis 2002 darstellt, zeigt die untere Darstellung eine Detailansicht zentraler Ereignisse und Wendepunkte des Jahres 1996, der Hochphase der öffentlichen Konfliktaushandlung.



Abbildung 13: Maria Mutter Gottes Kirche in Bebra (Foto: Maria Izgin)

Zeitlicher Ablauf des Kirchenbaukonfliktes

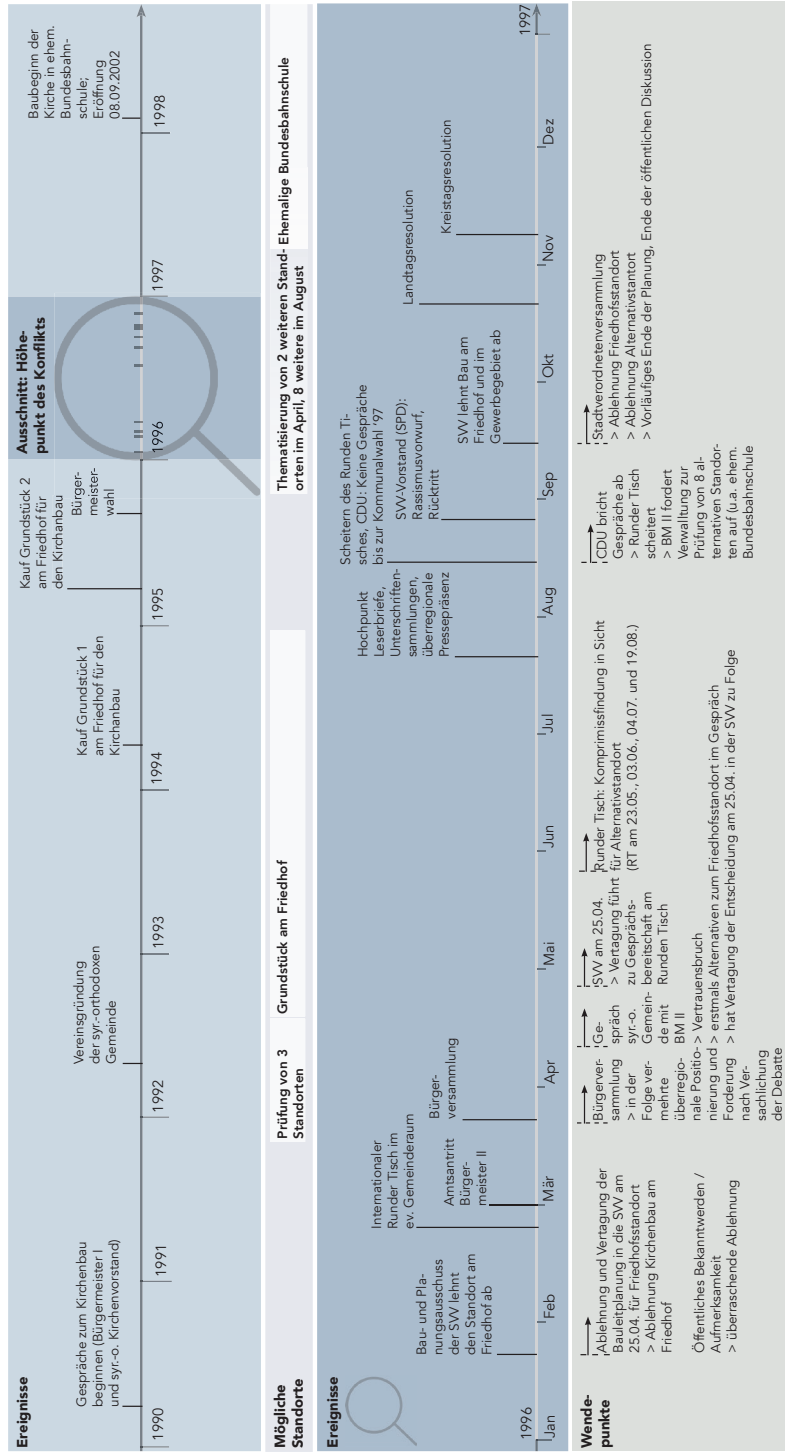


Abbildung 14: Zeitlicher Ablauf des Kirchenbauprozesses (Eigene Darstellung)

Ein Konflikt, vier Perspektiven

Die nachfolgend dargestellten Perspektiven ergänzen die zuvor vorgestellte Chronologie, wohlwissend, dass keinem der damaligen AkteurInnen alle diese Informationen vollumfänglich zugänglich waren. Ihr Handeln erfolgte auf Basis des ihnen zum damaligen Zeitpunkt Bekannten und der jeweiligen Interpretation dessen. Dennoch geben uns die Perspektiven einen Einblick in die jeweiligen Handlungslogiken und Aufschluss darüber, wie der Konflikt sich ausgewirkt hat und welche Narrative sich durchgesetzt haben.

Perspektive I – Wir haben auch viele Fehler gemacht

Die befragten Mitglieder der syrisch-orthodoxen Gemeinde erinnern sich genau. Der Anstoß der Bemühungen um eine eigene Kirche sei auf eine Begegnung vor der katholischen Kirche zurückzuführen. Die syrisch-orthodoxen ChristInnen hatten diese Kirche 16 Jahre lang, seit Mitte der 1970er Jahre, für ihre Gottesdienste genutzt. Eines Tages sei ein Mann zu der Gruppe gekommen und sprach sie an:

„Wenn ihr Stolz gehabt hättet, würdet ihr jetzt nicht vor dieser Tür von dieser Kirche bleiben.‘ Auf einmal war ich wütend. Wirklich, geladen. Und ich war so geladen, dass ich meinen Kopf hoch streckte, und in diesem Moment das Kreuz von der Glocke sah. Und ich war einfach erlöst. Ich habe gesagt ‚He Gott, das ist ein Zeichen.‘ Ich bin reingegangen mit Tränen im Auge. [...] Ich habe gesagt: ‚Bitte hilf mir, dass wir auch eine Kirche wie diese haben‘“ (I4: 72-86).

Die Gründung des syrisch-orthodoxen Kirchenvereins im Jahr 1993 sei auf diese Begegnung zurückzuführen. Nach der Renovierung der Räumlichkeiten, richtete die syrisch-orthodoxe Gemeinde ihre ersten Vereinsräume in einem einfachen Lagerraum eines Pelzmantelverkäufers ein. Dort blieb die Gemeinde für einige Jahre und hätte die Idee konkretisiert eine eigene Kirche zu errichten (vgl. ebd.: 116-117). Mit Hilfe der evangelischen und katholischen Kirchen wäre dann das 850.000qm große Grundstück am Hauptfriedhof gekauft worden. Die syrisch-orthodoxe Gemeinde habe frühzeitig den damaligen Bürgermeister bezüglich des Vorhabens kontaktiert, der dem nichts entgegensetzte. Nun schien der Weg geebnet zu sein, um den Kirchenbau zu beginnen. „Wir haben das Grundstück gekauft, dann haben wir eine Zeichnung gemacht, von der Stadt Bebra eine mündliche [Zusage] bekommen ‚Ja, wir geben ihnen die Genehmigung.‘ Eine Mündliche!“ (ebd.: 160-162).

„Aber wir haben leider Gottes einen so unglücklichen Zeitpunkt erwischt. Es war Wahl und Wechselzeit. Und damals haben wir einen einzigen Fehler gemacht, ob dieses Grundstück einen Bebauungsplan hatte oder nicht. Das war ein Ackerland und hat keinen Bebauungsplan gehabt. Und von der Stadt Bebra hat niemand gesagt, ‚Sie können hier nicht bauen‘ oder irgendwie. Sie haben gesagt: ‚Findet ihr ein Grundstück, geben wir euch für die Kirche eine Genehmigung‘“ (ebd.: 120-125).

Zu diesem Zeitpunkt hätte ihnen das Verständnis gefehlt, was es bedeutet, ein Grundstück ohne Bebauungsplan zu erwerben. Zudem sei der Fehler des damaligen Architekten gewesen von einem „Zentrum für Aramäer“ zu schreiben, was die politische und gesellschaftliche Debatte angeheizt habe. Wegen diesem Wort wären die Dinge aus dem Ruder gelaufen (vgl. ebd.: 10-13).

Als Wendepunkt wird in der Darstellung die BürgermeisterInnenwahl 1995 genannt. Der neu gewählte Bürgermeister habe sich zunächst nicht für das Vorhaben eingesetzt. Zeitgleich zu ihrem eigenen Anliegen hätte auch die muslimische Gemeinde einen Bauantrag zum Bau einer Moschee eingereicht. Nach seinem Amtsantritt sei klar geworden, dass der neue Bürgermeister weder vom Bau einer Moschee, noch vom Bau einer syrisch-orthodoxen Kirche überzeugt gewesen sei und sprach sich gegen die Vorhaben aus. „Keine Kirche, keine Moschee. Beides wird nicht gebaut“ (ebd.: 169-171).

Die Zeit nach dieser überraschenden Zurückweisung wird von den Syrisch-Orthodoxen als Konflikthöhepunkt beschrieben. Im Interview wurde deutlich, dass die Gemeinde ungern über die Zeit der Eskalation spricht. Als Konflikthöhepunkte werden die Ereignisse des Jahres 1996 mit der BürgerInnenversammlung, der Medienberichterstattung, aber auch der bundesweiten Unterstützung, die sie in der Zeit erfahren haben, hervorgehoben. Neben der kirchlichen Unterstützung hätten überregionale AkteurInnen in der Phase der Eskalation eine Rolle gespielt. Die Erinnerung an die (vermeintliche) Unterstützung durch das Außen- und Innenministerium, den hessischen Ministerpräsidenten und auch „Bundeskanzler Kohl“ (ebd.: 189) wird jedoch weniger stark betont. Präziser ist die Erfahrung der Auseinandersetzung mit den GegnerInnen des Vorhabens, die mit eher schmerzhaften Bildern beschrieben wird, wie der Vergleich mit einer nahezu ertrinkenden Ente zeigt.

„Wir waren ehrlich gesagt unerfahren. Wie zum Beispiel eine kleine Ente ins Wasser rein geht und nicht vernünftig schwimmen kann und – ich will dieses Wort so nicht bezeichnen – von einem Feind gegriffen wird. Ich will es nicht Krokodil nennen – aber von einem Feind. Aber sie will versuchen zu schwimmen und zum Ufer zu kommen und lebendig zu ihrer Mama zu kommen. Wir wollten nur die Kirche haben. Wir wollten wirklich mit niemandem irgendwie kämpfen oder streiten. Wir wollten nur unser Gotteshaus haben“ (ebd.:181-194).

Bezüglich der AkteurInnenbeziehungen werden in dem Interview Brüche zwischen MigrantInnen und der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund auf lokaler Ebene anhand der BürgerInnenversammlung verdeutlicht. Die Stimmung sei aufgeladen gewesen. Auch die AramäerInnen hätten sich zunehmend deutlich in der Auseinandersetzung positioniert. Die Mitglieder der syrisch-orthodoxen Gemeinde hätten die Ablehnung nicht verstanden und waren ihrerseits „auch richtig wütend“. Unverständnis habe vor allem die Tatsache hervorgerufen, dass trotz der Gemeinsamkeit des christlichen Glaubens die Ablehnung durch die Mehrheitsbevölkerung überwog. Die polarisierte Stimmung sei von den Medien aufgenommen worden und hätte zur Verhärtung des Konfliktes geführt. „Ja, natürlich jeder hat seine Wut rausgelassen und die Zeitungen haben gut damit gespielt“ (ebd.: 273-275).

Ein weiterer Wendepunkt setzte in der Darstellung der syrisch-orthodoxen Gemeinde mit der Ablehnung des Kirchenbauvorhabens am Friedhof im September 1996 ein. Im Anschluss an die Ablehnung habe die Stadt weitere Gespräche abgelehnt und eine einjährige Sperrfrist eingesetzt. Mit der Ablehnung hätten sie nun keine Möglichkeit gehabt, einen neuen Antrag einzureichen und aus ihrer Perspektive gab es rechtlich keine Möglichkeit, Widerspruch einzulegen. Im Verlauf dieses Jahres trat der Vorstandsvorsitzende der syrisch-orthodoxen Gemeinde aus beruflichen Gründen zurück. Der neue Vorstand habe die Gespräche zum Bürgermeister wieder aufgenommen. Mit dem zeitlichen Abstand sei es nun für beide möglich gewesen „vernünftig miteinander“ zu reden. Die AramäerInnen hätten deutlich gemacht, dass die Entscheidung der Stadt Bebra akzeptiert würde, „aber wir wollten auch, dass wir weiterkommen“ (ebd.: 287-289). Zuletzt sei von der Stadt Bebra vorgeschlagen worden, die ehemalige Bundesbahnschule zu nutzen.

Als unmittelbare Konfliktfolge wurde die hohe finanzielle Belastung für die syr-orth. Gemeinde genannt. Durch die bundes- und europaweite Vernetzung mit anderen aramäischen Gemeinden, sowie die Unterstützung durch die evangelische und katholische Kirche Bebras und ihrer jeweiligen Kirchenleitungen, sei die Umsetzung letztlich möglich gemacht worden. So hätte die Kommunität Imshausen einen Architekten organisiert, der die Pläne für den Umbau kostenlos übernommen habe.

Was diese Perspektive charakterisiert, ist die Beschreibung der Verletzungen im Konfliktprozess. Das betrifft zum einen die stadtpolitische Ablehnung zum Zeitpunkt der Bauanfrage und zum anderen die polarisierte Haltung in der Bevölkerung. Ebenso ist auffällig, dass die Syrisch-Orthodoxen auch nach Fehlern bei sich und ihren UnterstützerInnen suchen, während gleichzeitig die enorme Unterstützung durch kirchliche VertreterInnen betont wird. Die Perspektive zeichnet sich ebenfalls durch die moralische Argumentation, die auf geteilte Werte und Normen der christlichen Mehrheitsgesellschaft und dem eigenen Glauben abzielt, aus. Kennzeichnend ist daher auch die überraschte Feststellung, dass die Einigkeit im Glauben noch keine Einigkeit im Handeln impliziert.

Perspektive II – Anbahnung und Hilfestellung

Die folgende Rekonstruktion ist charakteristisch für die AkteurInnen aus dem deutschen kirchlichen Spektrum, die bereits vor Beginn der Planung der Kirche in engem Kontakt zur syrisch-orthodoxen Gemeinde standen (vgl. Kapitel 3.2). Das Hauptaugenmerk der Berichte der kirchlichen VertreterInnen liegt in der geleisteten Überzeugungsarbeit gegenüber der Mehrheitsbevölkerung. In den Erinnerungen der Befragten werden nicht so sehr die Spannungen, die den Konflikt erzeugt haben, hervorgehoben, sondern eher die breite Unterstützerarbeit für das Vorhaben verdeutlicht.

Schon 1993 – Jahre bevor der Bau überhaupt öffentlich kritisiert worden sei – habe die Landeskirche Unterstützung für die „800 syrischen Christen aus der Türkei“ zugesagt (I13: 476). Die Kommunität Imshausen hätte die finanzielle Beteiligung des Fuldaer Bischofs ersucht, der die Anfrage positiv beantwortet hatte. Zunächst sei versucht worden, das Vorhaben in Bebra be-

kannt zu machen. So wäre u.a. in der methodistischen Kirche ein Abendvortrag über die Kultur und Geschichte der AramäerInnen von einem syrisch-orthodoxen Pfarrer gehalten worden. Die syrisch-orthodoxe Gemeinde sei zu dem Zeitpunkt die einzige innerhalb der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gewesen, weshalb der evangelische Bischof die Etablierung dieser Gemeinde so stark unterstützt habe (vgl. ebd.: 592-595). Mit dem Kaufvertrag für das Grundstück am Friedhof „hat DAS²⁹ dann angefangen“ (ebd.: 426-433).

Als die syrisch-orthodoxe Gemeinde mit der Stadt ins Gespräch kam, habe sie zunächst Gehör gefunden. Der damalige Bauamtsleiter sei zu dem Zeitpunkt im Kirchenvorstand der evangelischen Gemeinde gewesen und habe für das Anliegen ein offenes Ohr gehabt. Zu diesem Zeitpunkt hätten der amtierende Bürgermeister der SPD und der Bauamtsleiter an einem Strang für die Verwirklichung des Projektes gezogen (vgl. ebd.: 318).

Als Wendepunkt wird die erste direkte BürgermeisterInnenwahl in Bebra im September 1995 dargestellt, die zu einem Bürgermeisterwechsel führte. Die Stimmung habe sich in diesem Wahlkampf gegen einen weiteren Zuzug von AusländerInnen gewendet. Eine kleine Gruppe von AramäerInnen hatte jedoch selbst auch Anteil an der öffentlichen Meinungsmache gehabt. So hätten diese „etwas initiiert“ (ebd.: 395), das mit dem Wunsch der Muslime zusammenhing, eine Moschee einzurichten. Diese kleine Gruppe AramäerInnen habe sich (auch öffentlich) gegen einen Moscheebau positioniert.

„Und diese Initiative³⁰ von so ein paar syrisch-orthodoxen Leuten, ja, nicht alle – die ist dann sozusagen nach hinten losgegangen. Da gab es eine fremdenfeindliche Stimmung – wollte man machen – um die Muslime klein zu halten. Aber nachher hieß es, dass der Kirchenbau, dass das ‚ne Moschee werden sollte oder so was. Diese Christen, die aus der Türkei kommen, wurden verbunden mit den Muslimen. Das war so ‚ne dumme Stimmung“ (ebd.: 398-402).

In der Öffentlichkeit vermischten sich die Begrifflichkeiten Moschee-Kirche-Gemeindezentrum zunehmend und so sei nach kurzer Zeit von einem orientalischen Tempel oder Moscheebau im Zusammenhang mit der Kirche die Rede gewesen. Vor allem die FWG hätte an diese Termini angeschlossen. Dass die syr.-orth. ChristInnen demnach „einen Tempel bauen wollen“ (ebd.: 664) könne als Beitrag zu diesem Wortgebrauch interpretiert werden.

Im Konflikthöhepunkt des Jahres 1996 leisteten die Kirchen weiterhin Überzeugungsarbeit für das Vorhaben der syr.-orth. Gemeinde. In dieser Zeit war die Einbindung überregionaler AkteurInnen bewusster Teil dieser Arbeit, indem außenstehende, ranghohe christliche FürsprecherInnen für Stellungnahmen mobilisiert worden wären. Um die ablehnende Haltung in der Bevölkerung „aufzulockern“ (ebd.: 544) habe die Kommunität sowie andere christliche Gemeinden verschiedene Veranstaltungsformate organisiert, die den Austausch zwischen Orthodoxen und Alteingesessenen ermöglichen sollten. Auch die AramäerInnen betonten in Briefen an die Stadt-

²⁹ Großschreibung wird in Zitaten verwendet, um Betonungen hervorzuheben.

³⁰ Im Vorfeld hatte es eine Petition gegen einen Moscheebau in Bebra gegeben, mutmaßlich initiiert durch einzelne Mitglieder der syr.-orth. Gemeinde.

verwaltung, „dass die Hälfte unserer Gemeindeglieder deutsche Staatsbürger“ wären und der Bau einer Kirche und nicht der Bau einer Moschee beabsichtigt sei (ebd.: 510).

In der Perspektive der kirchlichen VertreterInnen wird zudem die gespaltene Öffentlichkeit und die Emotionalität des Konflikthöhepunkts hervorgehoben, die sich z.B. auf der BürgerInnenversammlung im März 1996 gezeigt habe. Es wird weiter berichtet, dass zugunsten der Unterstützung der syr-orth. Gemeinde eine Reihe von Institutionalisierungen, wie etwa der Ökumenische Arbeitskreis, angeschoben wurde. Auf Initiative des baptistischen Pfarrers wurde im Arbeitskreis anlässlich der Polarisierung der Bevölkerung beschlossen, gemeinsam ein Friedensgebet für den „Friedensprozess“ (ebd.: 559) zu halten.

Als wichtiges Moment der Konflikteinhegung wird in dieser Rekonstruktion die Person des Bürgermeisters hervorgehoben. Nachdem das Vorhaben am Friedhof im September 1996 endgültig abgelehnt worden war, hätte sich der Bürgermeister zunehmend für die Belange der Gemeinde eingesetzt. „Er war eben umgänglich und hat sich dann irgendwie DOCH mit den Leuten, auch mit den Syrisch-Orthodoxen, befreundet“ (ebd.: 673-674). Dieser Richtungswechsel sei zudem auf den Druck von außen durch Kirchen, Medien und Parteien zurückzuführen. Die CDU-Fraktion habe sich daraufhin nicht mehr gegen die Kirche, sondern „die Größe und gegen die Parkplätze“ ausgesprochen (ebd.: 687-688).

Für die kirchlichen VertreterInnen wurde derweil deutlich, dass die eigentlichen Bedenken das Zusammenleben betrafen. Der gesamte Prozess könne als Lernprozess begriffen werden, der das Zusammenleben in einer „bunten Gesellschaft“ betrifft (ebd.: 676-692). Die Anwesenheit der syr-orth. ChristInnen müsse als gesamtgesellschaftliche Chance verstanden werden und „dieses Abgrenzen und nur ‚wir‘ und ‚die Anderen‘ weg. Nein, das ist kein Zukunftsprojekt. Das ist rückwärtsgewandt“ (ebd.: 770-772).

Mit der Realisierung des Umbaus in der Eisenbahnerschule ging ein Kapitel zu Ende, dessen Ausgang letztlich positiv beurteilt werden könne.

„Vielleicht musste das Ganze so sein. Vielleicht musste das durch diese emotionale Phase durch, um dann wirklich – ich meine jetzt, die letzten Zeitungsartikel sind voller Lob und Bewunderung für dieses schöne Gebäude – ‚Das ist ein Kleinod von Bebra!‘. Das musste aber erst durch die andere Phase durch“ (ebd.: 891-894).

Was diese Perspektive charakterisiert, ist die Betonung der Allianz des christlichen Glaubens. Diese Allianz vertritt Werte einer „offenen Weltgesellschaft“ und präsentiert Bebra als Lernort für diese moralische Auseinandersetzung. Rechtliche Fragen werden in dieser Darstellung genauso ausgeblendet, wie die gesamtstädtische Entwicklung. Die stadtpolitische Situation wird zur Hintergrundfolie, wodurch die Eskalation zustande kommen konnte. Jedoch ist diese Perspektive frei von persönlichen Schuldzuweisungen. Eher zeichnet sie sich durch ihre differenzierte Betrachtung der Konfliktbeteiligten, wie der syr-orth. Gemeinde und des Bürgermeisters, aus.

Perspektive III – Es ist gut so wie es ist

Eine weitere Perspektive ist gewissermaßen charakteristisch für die gesamtstädtische Erzählung, die den guten Ausgang des Konfliktes für alle Beteiligten betont. Gleichzeitig ist diese Perspektive einmalig, weil sie die des damaligen CDU-Bürgermeisters darstellt. Dessen Rückblick betont zwei zentrale Konfliktgegenstände: Erstens, die gesamtgesellschaftlichen lokalen Herausforderungen im Zuge der Eisenbahnreform nach der Grenzöffnung 1990. Wichtige Momente der Darstellung sind diesbezüglich der Bedeutungsverlust Bebras als Bahnstandort sowie die Abwanderung weiterer Betriebe aus der Region nach der Wende. Zweitens, die Standortsuche für den Kirchenbau und der damit zusammenhängende Gebäudeleerstand. Beide Herausforderungen werden im Rückblick als Erfolgsgeschichte erzählt.

Die Darstellung der eigenen Rolle im Konflikt ist von Lösungsorientierung geprägt. GegnerInnen werden als fehlinformiert beschrieben. Das betreffe mal die rechtlichen Grundlagen, das städtebauliche Gesamtbild, den Willen der Bevölkerung oder auch seine eigene Position in diesem Konflikt. Der Bürgermeister a. D. hätte zudem die Stimmung in der Stadt völlig falsch eingeschätzt. Die Darstellung ist weiterhin geprägt von Begründungen für die Ablehnung des Vorhabens, genauso wie vom überregionalen Druck, der auf ihn als Bürgermeister eingewirkt hätte. Zentral ist zudem die Betonung der AkteurInnenbeziehungen mit Phasen von Beziehungsabbrüchen zu verschiedenen AkteurInnen. Insgesamt spielen die Beziehungen zu den GegnerInnen eine größere Rolle als eingegangene Allianzen. Insbesondere die belastende Beziehung zur überregionalen Presse wird hervorgehoben. Hierin ähnelt sich die Perspektive mit Darstellungen von Vertretern der lokalen Presse.

Im Konfliktvordergrund hätte die Größe der geplanten Kirche gestanden, mit der auch die Sorge der Bevölkerung einher gegangen wäre. Diese hätte Sorge vor einem großen regionalen Zentrum und fehlenden Parkplätzen gehabt. Das Vorhaben hätte in keinem Verhältnis zu den 130 bis 140 Syrisch-Orthodoxen³¹ gestanden. Daher sei den BebraerInnen bewusst gewesen, dass die in den umliegenden Gemeinden lebenden syr.-orth. ChristInnen ebenfalls nach Bebra kommen würden. So sei die Angst vor Überfremdung gestiegen (vgl. ebd.: 300-316).

„Überlegen Sie, ich sag einfach mal, die älteren Leute, die ja nun jeden Tag auf den Friedhof gehen und so, haben natürlich auch Angst – sag ich einfach. Da kam auch die Angst auf. Da oben sind die ganzen Ausländer“ (ebd.: 52).

In dieser Perspektive wird die Bedeutung der Herkunft der Minderheiten stark betont. Die Rolle des gemeinsamen Glaubens wird hingegen eher als ein Argument der gegnerischen Konfliktparteien aufgefasst. So sei es „natürlich noch ein richtiger Hammerpunkt [gewesen]. Christen wird 'ne Kirche verweigert, jahaha (lacht)“ (ebd.: 611-613). Dieser Punkt sei durch die öffentliche Medienberichterstattung aufgenommen worden. Diese hätte erheblich zur Eskalation des Konfliktes beigetragen. Die Stimmung sei seinerseits gegenüber der Presse stark angespannt

³¹ Die Zahlenangabe schwankt je nach Quelle.

gewesen und hätte im Konfliktverlauf zum Abbruch der Kommunikation geführt.

„[...] und abends wurden die Fragen aneinandergereiht, genau falsch rum und da hat sich ein ganz anderes Bild ergeben. [...] Da habe ich gesagt: Sind die bescheuert? Und der Spiegel, der kam hier her hat vier Seiten geschrieben. AUCH mit dem habe ich zusammengesessen. Hab ihnen erklärt und dann kam der Spiegel raus. Tja, da war ich der GANZ BÖSE BURSCHE, ach du LIEBE Zeit, nee, was hab ich da auf die Nüsse gekriegt. Und da hab ich gesagt, nee, das tu' ich mir nicht mehr an“ (ebd.: 765-775).

Gleichzeitig wäre die Gesprächsbereitschaft zu den beteiligten lokalen AkteurlInnen aber bestehen geblieben. Als Wendepunkt kann die Aussicht auf Umbau der ehemalige Bundesbahnschule betrachtet werden. Diese Idee hätte er selbst hervorgebracht. Die Lösung hätte auch bei der Bevölkerung und der Stadtpolitik Anklang finden können „[...] denn man muss überlegen, diese Bundesbahnschule dort hinten, die wäre eigentlich im Moment dem Zerfall gewidmet gewesen“ (I2: 329-334). In dieser Perspektive wird die Kompromissuche durch die städtebauliche Entwicklung der Stadt begünstigt. Mit der Bundesbahnschule sei der gesamtgesellschaftliche Kompromiss eingeleitet worden.

„Nein, da gab es keinen Protest mehr. Ich mein', ich habe natürlich dann – es musste ja auch politisch abgeseget werden und ich musste ja zumindest die Stadtverordnetenversammlung davon überzeugen. [...] gut es war damals der Vorteil, die CDU hatte die Mehrheit und ich war CDU-Bürgermeister. [...] Ich habe mit ALLEN gesprochen“ (ebd.: 689-702).

In dieser Perspektive wird die Rolle als Vermittler betont, der die früheren Konfliktparteien zu einem Kompromiss führt. Als wichtiger stadtgeschichtlicher Bezug wäre der Verlust der Bedeutung als Eisenbahnerstadt hervorzuheben, um zu erklären, in welchem Zustand sich die Stadt nach der Grenzöffnung befunden hätte. Bei der Bahn wären ehemals 3.000 bis 4.000 Leute angestellt gewesen „[...] und jetzt plötzlich waren nur noch 300 da. Die Gebäude standen leer und das war dann natürlich auch schon eine Herausforderung“ (ebd.: 118-119). Jedoch sei die städtebauliche Entwicklung aus heutiger Perspektive [2019] positiv zu bewerten, denn „das hat sich nun jetzt alles, Vieles erneuert“ (ebd.:117-126). Die Entwicklungen hätten sogar dazu geführt, dass der Blick auf Bebra auch von den Nachbarstädten heute positiv geworden sei. Bebra genieße jetzt Ansehen auch in der Region (vgl. ebd.: 126-128). Das Gefühl der Stigmatisierung sei dem Stolz gewichen: „Und da ist man auch ein bisschen stolz drauf, dass alles so eigentlich gekommen ist hier und heute wird man anerkannt auch in der Region. Viele Besucher und [..., Bebra hat] egal aus welchen Bereichen auch den Nachbarkommunen so ein bisschen den Rang abgelaufen“ (ebd.: 133-136).

„Und wie gesagt die ist ANERKANNT die Kirche, da gibt's überhaupt nichts – die haben die JUGENDRÄUME da hinten drin und da spricht man gar nicht mehr drüber

und das ist eigentlich ein SCHMUCKSTÜCK, wenn man da vorbeifährt. AUCH VON AUßEN und so sind alle auch zufrieden“ (ebd.: 674-677).

Zentral für diese Perspektive ist die Betonung des Konfliktendes und die Überzeugung, dass nun für alle die richtige Lösung gefunden sei, wobei auch hier die eigene Rolle besonders hervorgehoben wird. „Heute, muss ich aber sagen, ist man froh, dass man damals meinem Vorschlag gefolgt ist und dort hinten diese Kirche gebaut hat und die passt auch schön da hinten rein. Es sieht noch nicht mal so aus wie 'ne Kirche“ (ebd.: 224-227). Die heutige allgemeine Stimmung gegenüber der Kirche wird weiterhin beschrieben als „och ist ja schön und ist gut“ (ebd.: 28).

Perspektive IV – Es war von einem orientalischen Tempelbau die Rede

Die folgende Perspektive ist charakteristisch für die Seite der lokalen UnterstützerInnen des Friedhof-Vorhabens. Der Fokus der Erzählung liegt auf der Stimmungsmache durch die GegnerInnen sowie der emotionalen Belastung für die FürsprecherInnen.

Der Beginn des Konfliktes um den Kirchenbau wird zunächst als eine rein sachlich zu diskutierende Gremienhandlung dargestellt. Aus dieser Perspektive ging es zunächst nicht um eine Positionierung gegenüber dem Kirchenbau, sondern es musste schlicht ein Bebauungsplan geändert werden. Die benötigte Zustimmung zur Änderung des Bebauungsplanes durch die SVV ist für den Befragten entscheidend für die Konfliktodynamik und den Verlauf der Ereignisse. Bei einem Grundstückskauf innerhalb der Stadt hätte durch die SVV und den Magistrat kein Beschluss gefasst werden müssen, denn im innerstädtischen Bereich gäbe es Bebauungspläne, die den Bau einer Kirche ermöglichen. „Nur das war eben ein Gelände außerhalb. Es war ein Gelände außerhalb und es war ein Gelände genau gegenüber vom Friedhof“ (17: 45). Hier werden zwei Dinge betont, die uns auch in den anderen Darstellungen begegnen. Erstens, die politische Dimension, zweitens, wird mit der Lage am Friedhof ein weit verbreitetes Argument gegen das Vorhaben angesprochen. Sowohl für PolitikerInnen als auch die Bevölkerung, die ihre Ansichten dazu häufig über LeserInnenbriefe den Lokalzeitungen mitteilt, sei die Lage am Friedhof nicht zumutbar.

Der Kauf des Grundstücks sei zunächst problemlos zwischen syr.-orth. Gemeinde und Stadtverwaltung über die Bühne gegangen. Diesbezüglich hätte keine Entscheidung getroffen werden müssen, sondern es handelte sich um einen ‚einfachen‘ Kaufvertrag³². Der entscheidende Zeitpunkt für die ersten Auseinandersetzungen sei demnach der Moment, als die ersten Beschlussvorlagen in die Gremien zur Änderung des besagten Bebauungsplanes kamen (vgl. ebd.: 181-187). Die Argumentation hätte sich dabei um Aspekte rund um den Standort, die Größe sowie die Sogwirkung des Vorhabens gedreht. Die Befürchtung der GegnerInnen bezüglich der Anziehungskraft hätte sich argumentativ an den Zahlen der tatsächlich in Bebra lebenden syr.-orth. ChristInnen orientiert, die vergleichsweise gering sei. Es wären außerdem finanzielle Argumente und somit der Darstellung eines Verteilungskonfliktes Vorschub geleistet worden. Tatsächlich wären sämtliche Kosten durch die syr.-orth. Gemeinde gezahlt worden (vgl. ebd.: 220).

³² Wie aus dem Kaufvertrag hervorgeht, war vertraglich bereits festgeschrieben, dass das Grundstück zum Bau einer Kirche erworben werden sollte.

Zudem wäre der Kirchenbau in der Öffentlichkeit oft mit dem Bau einer Moschee in Verbindung gebracht worden. So hätten die Ortsvereine der CDU und FWG Fehlinformationen gestreut, indem wiederholt von einer Moschee oder einem orientalischen Tempelbau gesprochen worden sei (vgl. ebd.: 290- 302, I11: 62-77). Das Vorhaben sei zum Teil „überhaupt nicht als Kirchenbau erlebt [worden], sondern als Moscheebau. Also das war das was mir gesagt worden ist, also das ist ganz klar, das sollte eine Moschee werden“ (I11: 63-65).

Bezüglich der Beziehungen zwischen den AkteurInnen werden in dieser Perspektive die Spannungen zwischen lokalen und überregionalen AkteurInnen im Konflikthöhepunkt betont. So sei die Zustimmung zu dem Vorhaben im Raum Hessen auch auf politischer Ebene im Kreistag und im Landtag vorhanden gewesen. Lokal wäre eine Polarisierung intensiv zu spüren gewesen (vgl. I7: 374-387).

Als Konfliktfolgen der Eskalation wird die Belastung für die Konfliktparteien hervorgehoben. So sei u.a. ein Pfarrer „psychisch dann auch mit am Rande“ (I11: 70) gewesen. Auch ein ehemaliger Stadtverordneter beginnt im Gespräch seine Darstellung der Ereignisse ausgehend vom Zeitpunkt der höchsten Emotionalität, der Amtsniederlegung wegen privater Drohanrufe. Im Konfliktverlauf hätten sich zunehmend politische und private Dimensionen verknüpft. Diese „Riesenspannungen“ (I7: 65) hätten zu Belastungen vor allem auf Seiten der fürsprechenden Konfliktparteien geführt.

Im Konfliktvordergrund hätte die widersprüchliche Haltung der lokalen CDU gestanden, die trotz ihres christlichen Hintergrundes gegen das Vorhaben positioniert gewesen sei. Nicht nur die Irrelevanz dieser Gemeinsamkeit hätte dabei Unverständnis ausgelöst, sondern auch, dass die meisten der AramäerInnen „oder zu 99%“ (I7: 318) zu dem Zeitpunkt bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besessen hätten. Die Stimmung hätte sich daher auch am Thema „Überfremdung“ entzündet („Das war für mich Rassismus“, ebd.: 732) und sei durch den Kontext der Stadt Anfang der 1990er Jahre zu betrachten. „Der Nährboden hat sich darauf entwickelt, dass es in Bebra vor dieser Zeit ein Asylantenheim gab und dass immer mehr Asylanten nach Bebra kamen“ (ebd.: 403-404). Und jetzt „kamen die Aramäer mit der Kirche – uff, die nächsten Ausländer“ (ebd.: 420-427).

In dieser Darstellung wird die SPD zur Zeit der BürgermeisterInnenwahl als „die Asylantenpartei“ (ebd.: 410) beschrieben. Die Partei sei eng mit der AWO verbunden gewesen, die in Bebra Flüchtlingsheime betrieben hätte, die „immer größer und größer“ wurden. „Und das hat man natürlich in der Bevölkerung nicht getrennt“ (ebd. 420-426). Daher sei die Abwahl des SPD- zugunsten eines CDU-Bürgermeisters nur folgerichtig.

Eine Konfliktlösung hätte sich mit Schließung der Bundesbahnschule ergeben. Die Argumente seien wohlwollender und Vorteile für die Stadtgesellschaft gesehen worden, denn nun –

„[...] stand da ein Gebäude, wenn man es nicht nutzt, dann wird es zur Bauruine. Und es stand an einem Ort, der nicht sehr optimal war – aus meiner Sicht – vorn die Straße, hinten die Eisenbahn. Es ist alles etwas gestaucht, mit Sicherheit schwierig irgendwen zu bekommen und die aramäische Kirche oder die aramäische Gemeinde

suchte etwas. Und wie soll ich das jetzt sagen, Sie haben ja mit dem [Bürgermeister] geredet. Wenn der [...] als Bürgermeister etwas KANN, dann ist es Menschen zusammenführen. Das kann er!“ (ebd.: 247-255).

Als Wendepunkt wird der beginnende Einsatz des Bürgermeisters für das Vorhaben betont. Mit dessen Fürsprache für den neuen Standort hätte sich das Blatt zügig gewendet. Auch die AramäerInnen hätten sich kompromissfähig gezeigt. Die GegnerInnen des Friedhof-Vorhabens hätten „vielleicht doch ein bisschen ein schlechtes Gewissen [gehabt]“ (ebd.: 622). Da der ursprüngliche Standort abgelehnt worden wäre, hätte nun eine Lösung gefunden werden müssen. In dieser Perspektive ist mit der Ablehnung des ursprünglichen Standortes die Kooperation bezüglich eines alternativen Standortes erst möglich. Die AramäerInnen seien froh gewesen, „dass sie was finden konnten“ (ebd.: 275-276). Mit der Lösung sei die Stimmung dann ruhig gewesen, „gegen den Standort dahinten gab’s nichts. Diese Eskalation war eigentlich mit der Tatsache – die Kirche wird nicht an diesem Ort gebaut – beendet! [...] Das Thema war erledigt“ (ebd.: 632-640).

Was diese Perspektive charakterisiert, ist die Betonung der stadtpolitischen Auseinandersetzung und die Polarisierung der Bevölkerung. Es werden verschiedene gesamtstädtische Rahmenbedingungen für die Eskalation des Konfliktes hervorgehoben, wobei der christliche Glaube der AramäerInnen sowie die deutsche Staatsangehörigkeit als zentrale Argumente für die klare Positionierung für das Vorhaben hervorgehoben werden. Weniger zentral sind die Allianzen von zivilgesellschaftlichen und kirchlichen AkteurInnen für den Konflikt. Gemeinsam ist dieser Perspektive mit den anderen jedoch die herausragende Relevanz von einzelnen Personen für die Lösungsfindung. In der Einschätzung der Bedeutung des Bürgermeisters für die Eskalation des Konflikts und gleichzeitig für die Lösungsfindung zeigen die vier vorgestellten Perspektiven deutliche Gemeinsamkeit.

Analyse

Die folgende Analyse orientiert sich an verschiedenen Kategorien, die wir fallübergreifend im Projekt MigraChance für eine systematische Untersuchung als relevant erachten. Dabei ist es unser Anliegen, die untersuchten Konflikte in ihrem Kontext und entlang ihrer Dynamik zu verstehen. Sie beginnt mit der Darstellung der sogenannten Konflikt Hintergründe, also dem zeitgeschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext. Nachfolgend werden die Konfliktvordergründe, also die in der Auseinandersetzung verhandelten Themen, ausgeführt. Diese Unterscheidung nehmen wir vor, da in allen von uns untersuchten Konflikten der eigentliche Konfliktgegenstand nicht eindeutig zu benennen ist, sondern davon abhängt, wie eng oder weit man die Analyse fasst. Weiterhin werden die am Konflikt beteiligten AkteurInnen und deren Beziehungen beschrieben, bevor abschließend auf die im Verlauf erkennbare Dynamik eingegangen wird. Hier liegt der Fokus auf dem Verständnis von Wendepunkten, also den Wendungen im Konfliktgeschehen. Mit der Bestimmung der zu beobachtenden Konflikttypen nehmen wir einen Rückbezug zur soziologischen Konflikttheorie vor.

Konflikthintergründe

Im Vordergrund des Konfliktes stand das Vorhaben der syrisch-orthodoxen ChristInnen in Bebra eine eigene Kirche mit Gemeindezentrum in der Stadt zu errichten. Doch es sind mehrere Lagen des Kontexts wichtig, ähnlich wie Zwiebelschalen, um zu verstehen, warum dieses Ansinnen zur Eskalation eines Konflikts geführt hat, der bundesweit Wellen geschlagen hat. So kristallisierten sich an dem Vorhaben des Kirchenbaus gesamtgesellschaftliche Verwerfungen und Krisenmomente, die Mitte der 1990er Jahre die Stadtgesellschaft bewegten. Der Kirchenbau wurde so nach unserer Interpretation zu einem Kristallisationspunkt verschiedener Spannungen, die sich im Lokalen zu einem offenen Konflikt zuspitzten. Diese Zusammenhänge mit dem räumlichen und zeitlichen Kontext und deren Komplexität sind zum Verständnis des Konfliktes unerlässlich. Diese Auswahl an Kontext-Ereignissen umfasst all das, was in den Diskussionen um den Kirchenbau argumentativ eingebracht wurde (siehe Abb. 15).

Bebra befand sich Mitte der 1990er Jahre in einer multiplen Krisen- bzw. Umbruchsituation. Die Stadt gehört zu den „Wendeverlierern“, da sie durch die deutsche Wiedervereinigung tausende Arbeitsplätze und damit nicht zuletzt den wichtigsten Anker für die lokale Identität verlor: die Bedeutung als überregionaler Bahnknotenpunkt und zentralem Bahnübergang zwischen DDR und BRD. Mit dem Wegfall der Zonenrandförderung, dem Niedergang als Bahnstandort und weiteren Industriebetrieben in der Region setzten Bevölkerungsrückgang und Leerstand ein. Bebra wurde zur schrumpfenden Stadt in der innerdeutschen Peripherie.

Bebra hatte aufgrund seiner Geschichte als Eisenbahn- und Industriestandort schon viele Jahre einen für Kleinstädte und die Region vergleichsweise hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationsgeschichte, weshalb die Stadt seit den 1970ern in der Umgebung auch als „Türkenstadt“ oder „Kanakenstadt“ stigmatisiert und abgewertet wurde. Die Bahn und andere große Betriebe boten bis zur Wende eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen, so dass die berufliche Einbettung über Jahrzehnte die Grundlage eines zwar nie konfliktfreien, trotzdem weitgehend unauf-geregten alltäglichen Mit- und Nebeneinanders von alteingesessener Bevölkerung und Zugewanderten dargestellt hatte. Mit der Wiedervereinigung brachen dann somit nicht nur die sozioökonomischen Sicherheiten, sondern auch eine Basis des „organisierten“ Zusammenlebens weg. Herkunftsbezogene Ablehnung und Abwertung wurden zunehmend offener artikuliert und MigrantInnen vermehrt als KonkurrentInnen wahrgenommen. Im Kirchenbaukonflikt zeigten sich dann verschiedene Ansichten über den Status der (nun schon seit mehreren Jahrzehnten) Zugewanderten. Während sich die AramäerInnen als zu großen Teilen bereits eingebürgerte Deutsche mit kultureller und religiöser Spezifik wahrnahmen, wurden sie von Teilen der Bebraer Stadtgesellschaft noch immer als Gäste auf Zeit wahrgenommen und vor allem nicht als Deutsche, sondern als Teil einer Gruppe von Fremden, die man nicht beherbergen könne und die schon gar nicht wachsen dürfe.

Von Bedeutung für den zeitgeschichtlichen Kontext waren auch die deutschlandweiten rassistischen Diskurse, Ausschreitungen und Mobilisierungen gegen MigrantInnen Anfang der 1990er Jahre, als es mit dem Ende der Blockteilung Europas und dem Jugoslawienkrieg zu einer deutlich erhöhten (Flucht-)Migration nach Deutschland kam. Bereits seit Jahren wurde auf natio-

naler Ebene eine kontroverse öffentliche und politische Debatte um internationale Zuwanderung nach Deutschland, um Anerkennung der Einwanderungsrealität der Nachkriegszeit und über den Zustand und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft geführt. Es kam zu rassistischen Mobilisierungen, die durch die Auseinandersetzungen zwischen KurdInnen und türkischen NationalistInnen in Deutschland noch einmal verschärft wurden. Anfang der 1990er Jahre stieg auch in Bebra die Zahl der Asylsuchenden an, stärker als in den umliegenden Kommunen, da sich in der Stadt die zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende des Landkreises befand. Die AWO, deren Vorsitzender auch SPD-Politiker war, richtete etwa sieben Unterkünfte in der Kernstadt ein. Die SPD wurde zu dieser Zeit stark mit der internationalen Zuwanderung in Verbindung gebracht bzw. für diese verantwortlich gemacht. Die bundesweiten Auseinandersetzungen um Zuwanderung hatten ein Echo vor Ort, wie die Kommunalwahl 1993 und die erste BürgermeisterInnen-direktwahl 1995 zeigte. So wurde 1993 eine Thematisierung der Bauvorhaben der syr.-orth. und der muslimischen Gemeinde in der Stadtverordnetenversammlung von den großen Parteien auf einen Zeitpunkt nach der Kommunalwahl verschoben. Im Wahlkampf des Jahres 1995 war die Ablehnung weiteren Zuzugs von MigrantInnen sowie des geplanten Baus einer Moschee in Bebra ein präsent Thema.

Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung des Kirchenbaus auch als Zeichen der Ablehnung der Einwanderungsrealität und damit verbundenen gesellschaftlichen Wandels zu verstehen. Der Kirchenbau galt als Anliegen von häufig zu Gästen abgewerteten BebraerInnen mit Migrationsgeschichte, die mit dem Kirchenbau ein manifestes physisches Symbol der Langfristigkeit und der Zugehörigkeit geschaffen hätten, während vermeintlich „einheimische“ Interessen missachtet wurden.

Konfliktvordergrund

Auf den Kontext multipler, sich überlagernder Krisenerfahrungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft traf Anfang der 1990er Jahre der Anspruch der syrisch-orthodoxen Gemeinde nach einem repräsentativen Bau für ihre Religionsausübung. Die Mehrheitsgesellschaft reagierte ablehnend, in den Debatten wurden thematisch sehr unterschiedliche Argumente vorgebracht. Auch innerhalb der polarisierten Lager unterschieden sich die Argumentationslinien und Streitgegenstände, sie wurden zudem im Laufe der Zeit verändert bzw. strategisch angepasst. Auch deshalb lassen sich zwar drei thematische Schwerpunkte in den Argumentationen herausarbeiten, die analytisch aber nicht unbedingt klar voneinander zu trennen, sondern vielmehr miteinander verflochten sind.

Erstens, wurde argumentativ Bezug genommen auf räumliche und städtebauliche Aspekte. Die Bedrohung des Stadtbildes wurde durch die Größe und Lage des Vorhabens, den befürchteten Mangel an Parkplätzen und erwartete verkehrstechnische Probleme sowie die Lage direkt am städtischen Friedhof durch die GegnerInnen argumentativ frühzeitig einbezogen. Aber auch von den BefürworterInnen wurde auf diese Aspekte Bezug genommen, indem das geplante Gemeindezentrum als Bereicherung für das Stadtbild gewertet wurde. Damit waren die städtebaulichen Aspekte gewissermaßen sowohl Ausgangspunkt für den Konflikt als auch entscheidend

für die Konfliktbeilegung. Im Umbau der alten Bundesbahnschule betonte man nun, dass das leerstehende Gebäude „gerettet“ wurde. Mit der Wertung als „Schmuckstück“ wurde der beiderseitige Gewinn des Kompromisses markiert.

Zweitens zeigen die Argumentationen auch ethnisch-kulturelle und religiöse Aspekte. Dabei wurde auf Seiten der GegnerInnen in Deutsche und AusländerInnen unterschieden, auf Seiten der BefürworterInnen wurde die Gemeinsamkeit der deutschen Nationalität und der christlichen Religion betont. Auf Seiten der GegnerInnen wurden den AusländerInnen Haltungen, Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben, etwa dass die „ausländischen Mitbürger ein anderes Verhältnis wie wir zur Einheit Kirche-Staat-Kultur mit sich bringen und somit auch andere Formen des Zusammenlebens“ (Stadt Bebra 1996e) aufwiesen. Sie würden sich zudem in ihre Gemeinschaften zurückziehen und nicht genügend in die deutsche Gesellschaft integrieren, es käme zu einer Ghettobildung. Weiterhin wurde die gestiegene Kriminalitätsrate, Rauschgifthandel und Arbeitslosigkeit in der Region mit dem wachsenden Anteil an MigrantInnen argumentativ verknüpft. Das syr.-orth. Gemeindezentrum wurde so zum „Synonym für das Thema ‚Ausländer in Bebra‘“ (HNA 1996af). Der Konfliktgegenstand wird hier verändert: Von baurechtlichen Fragen hin zur Frage nach der Belastbarkeit einer – wie auch immer definierten – einheimischen Stadtgesellschaft durch internationalen Zuzug, mit dem teilweise rassistische Annahmen und Vorurteile verbunden werden. Dies zeigt sich in der Diskussion um die Größe des geplanten Bauvorhabens, dem eine ‚Sogwirkung‘ nachgesagt wurde, die zu einer ‚Überfremdung‘ oder ‚Orientalisierung‘ führen würde. Für die GegnerInnen spielte es keine Rolle, dass es sich um ChristInnen handelte. Die „trennende“ herkunftsbezogene Dimension hatte stärkeres Gewicht als die „einende“ religionsbezogene. Die Haltung gegenüber ethnisch-kulturellen „Außenstehern“ stärkte die Ablehnung eines religiösen Baus – sei es eine Kirche oder eine Moschee. Wurde die Kirche abgelehnt, so konnte der zeitgleich geplante Moscheebau mit Hilfe ähnlicher Argumente ebenfalls abgelehnt werden. Nicht zuletzt wurde auch ein ethnisch-religiös-bezogener Großkonflikt auf das Lokale projiziert, den man durch das Aufeinandertreffen großer Gruppen türkischer MuslimInnen auf die türkischen ChristInnen in Bebra befürchtete und Parallelen zur damaligen Kriegssituation in Jugoslawien oder Konflikten in Nordirland zog.

Auch von befürwortender Seite wurde auf ethnisch-kulturelle und religiöse Aspekte Bezug genommen. Für das Gemeindezentrum spreche die religiöse und kulturelle Bereicherung sowie der christliche Hintergrund. In den Argumenten wurde auf die jahrtausendealte Geschichte der in ihrer Herkunftsregion verfolgten Syrisch-Orthodoxen verwiesen, denen deshalb kein Kirchenbau zu verwehren sei, erst recht nicht von einer christlichen Partei. Teilweise argumentierte man sogar damit, dass in Zeiten, in denen zahlreiche Moscheen in Deutschland errichtet würden, man den Bau einer christlichen Kirche umso mehr unterstützen müsste.

Drittens finden sich in den Argumentationslinien verschiedene Aspekte der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft Bebras. Während die GegnerInnen des Kirchenbaus die AramäerInnen stellvertretend für alle ‚AusländerInnen‘ den Platz von Gästen zuwies, betonten die BefürworterInnen die in großen Teilen bereits erlangte deutsche Staatsbürgerschaft und damit das Recht auf

Zugehörigkeit, gleichberechtigte Teilhabe und freie Religionsausübung. Hierbei wird deutlich, dass es sich in dem Konflikt um grundsätzliche Fragen der Anerkennung und Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft handelte, in der sich argumentativ die überregionalen Debatten um die „multikulturelle“ Gesellschaft und deren Scheitern niederschlugen. Während die AramäerInnen die Kirche errichten wollten, um die eigene Identität zu bewahren, sorgten sich die GegnerInnen vor dem Verlust der eigenen Identität. Vor dem Hintergrund der lang bestehenden Stigmatisierung als „Kanacken-“ oder „Türkenstadt“, die u. a. dem Narrativ der „Eisenbahnerstadt“ entgegenstand und auf Grund des befürchteten ökonomischen und städtebaulichen Niedergangs durch den gestiegenen MigrantInnenanteil, positionierten sich GegnerInnen gegen den Kirchenneubau. Darin zeigt sich ein Selbstbild, dass ihnen als VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft das Recht gibt, der Minderheit der MigrantInnen ihren Platz in der Gesellschaft zuzuweisen, sowohl im räumlichen als auch im sozialen Sinne. So wurde später betont, dass man nie gegen einen Kirchenbau gewesen sei, sondern nur gegen den vorgesehenen Umfang und den Standort am Friedhof. In diesem Kontext sind auch die im Konflikt vorgebrachten Äußerungen zu verstehen, dass sich die AramäerInnen in den lokalen Vereinen engagieren sollten. Darin spiegelt sich das assimilatorische Integrationsnarrativ wider, welches von einer einseitigen Anpassungsleistung der MigrantInnen aus geht.

KonfliktakteurInnen

Zentrale AkteurInnen waren auf BefürworterInnen-Seite die syrisch-orthodoxe Gemeinde und die Kommunität Imshausen. Letztere nahm von Beginn an, über den gesamten Konflikt hinweg, eine bedeutende Netzwerkfunktion zwischen syr.-orth. Gemeinde, evangelischer und katholischer Kirche ein, trat anwaltschaftlich und fürsprechend auf und mobilisierte weitere Netzwerke und AkteurInnen. Alle diese kirchlichen AkteurInnen, auch überlokal, unterstützten das Vorhaben. Auf Seiten der öffentlichen AkteurInnen waren der damalige SPD-Bürgermeister vor allem aber der Bauamtsleiter involviert, der von Beginn Kontakt mit der syr.-orth. Gemeinde hatte und sich sehr für den Kirchenbau (und auch den Moscheebau) einsetzte.

Waren in den ersten Jahren von 1990 bis 1995 vergleichsweise wenige Institutionen und Personen in den Planungsprozess involviert, änderte sich dies zügig nach Bekanntwerden des Vorhabens zu Beginn des Jahres 1996. Wie in den nachfolgenden Abbildungen (ab S. 50) deutlich wird, kam es binnen weniger Wochen zu einem sprunghaften Anstieg der am Konflikt beteiligten AkteurInnen. Zum Zeitpunkt des Konflikthöhepunktes waren zahlreiche mediale und private AkteurInnen involviert (siehe Abb. 15-17). AkteurInnen die nah am Zentrum des Konfliktes angeordnet oder fett hervorgehoben sind, nahmen im Konflikt eine bedeutende Rolle ein. Die Abbildung zeigt zudem die Beziehungen zwischen diesen AkteurInnen. Die Gruppe der kirchlichen AkteurInnen (Abb. 15-17, oben links) war von Anfang an involviert, stark vernetzt und hatte belastbare, stabile und dauerhafte Verbindungen, die bis auf die überregionale Ebene reichten. Sie bildeten eine einflussreiche, ressourcenstarke und solidarische Allianz im Konflikt. Durch lokale und überregionale Mobilisierung von FürsprecherInnen, öffentliche Stellungnahmen und Vermittlungsarbeit nahmen sie von Beginn an und langfristig Einfluss auf den Bürgermeister und

den Verlauf des Konfliktgeschehens. Hervorzuheben ist hierbei die Rolle der Kommunität Imshausen, deren Beziehung zur syr.-orth. Gemeinde bereits mehrere Jahrzehnte gepflegt wurde. So organisierten sie mit dem Ökumenischen Arbeitskreis eine Informationsveranstaltung mit Vortrag in der methodistischen Gemeinde. Die syr.-orth. Gemeinde war kontinuierlich aktiv. So suchte sie bundesweit um Unterstützung ihres Vorhabens, bot immer wieder den Dialog mit dem Bürgermeister und den ProjektgegnerInnen an, bemühte sich um Aufklärung und Entkräftung der ablehnenden Argumente und machte später umfangreiche Zugeständnisse hinsichtlich der in der Kritik stehenden Größe und Lage des geplanten Gemeindezentrums.

Auf Seiten der politischen und anderen öffentlichen AkteurInnen (Abb. 15-17, oben rechts) zeigte sich, dass die Position des Bürgermeisters von Beginn an im Zentrum der Auseinandersetzungen standen und die meisten AkteurInnenbeziehungen bei ihm zusammenliefen, auch wenn die Position mit der BürgermeisterInnenwahl 1995 neu besetzt wurde. Eine Vielzahl an langfristigen und kurzfristigen Einflussnahmen wirkte nach 1995 auf den neuen Bürgermeister, der in eine doppelte Druck-Situation geriet. Einerseits war das Wahlkampfversprechen seiner Partei einzulösen, Zuwanderung zu begrenzen und die Kirche nicht zu genehmigen, andererseits wurde besonders der überregionale Druck größer, den Konflikt beizulegen. Dieser Druck kam zum einen von den Kirchenverbänden, zum zweiten von den überregionalen Medien, die allesamt die Ablehnung der Kirche anprangerten, und zum dritten auch aus der Landesführung der eigenen Partei, der CDU. Damit wurde dem Bürgermeister von Dritten direkt die Rolle des Entscheiders und Vermittlers zugeschrieben, er beansprucht diese zentrale Rolle aber auch in der Rekonstruktion für sich selbst.

Der Konflikt involvierte alle etablierten Parteien in Bebra und später auch auf Kreis- und Landesebene. Deren Beziehungen waren von Konkurrenz und vielfachen Spannungen geprägt, die sich im Konfliktverlauf zusehends verschärften. Die CDU und SPD in Bebra polarisierten die Positionen im Streit um die Deutungshoheit einer offenen oder geschlossenen Stadtgesellschaft, die im Rassismusvorwurf des SVV-Vorstehers an den Magistrat gipfelte. Doch auch zwischen dem CDU-Bürgermeister und seiner Fraktion gab es Spannungen. Die Fraktion versagte teilweise die Bemühungen des Bürgermeisters um einen Kompromiss und zog sich aus dem vermittelnden Gremium des Runden Tisches zurück. Die Landes- und Bundesebene dagegen betonte, dass ein christlicher Kirchenbau nicht verhindert werden darf, nicht zuletzt auch auf Grund des WählerInnenpotentials, welches die eingebürgerten MigrantInnen inzwischen stellen würden (Nicht-öffentliches Dokument 1996q). Abschließend ist die lokale Freie Wählergemeinschaft – mit offen rassistischen und völkisch-nationalistischen Haltungen – als Akteurin auf dem Extrempol der Ablehnung zu nennen, die den Konflikt durch polemische und verzerrende Stellungnahmen zusätzlich anheizte.

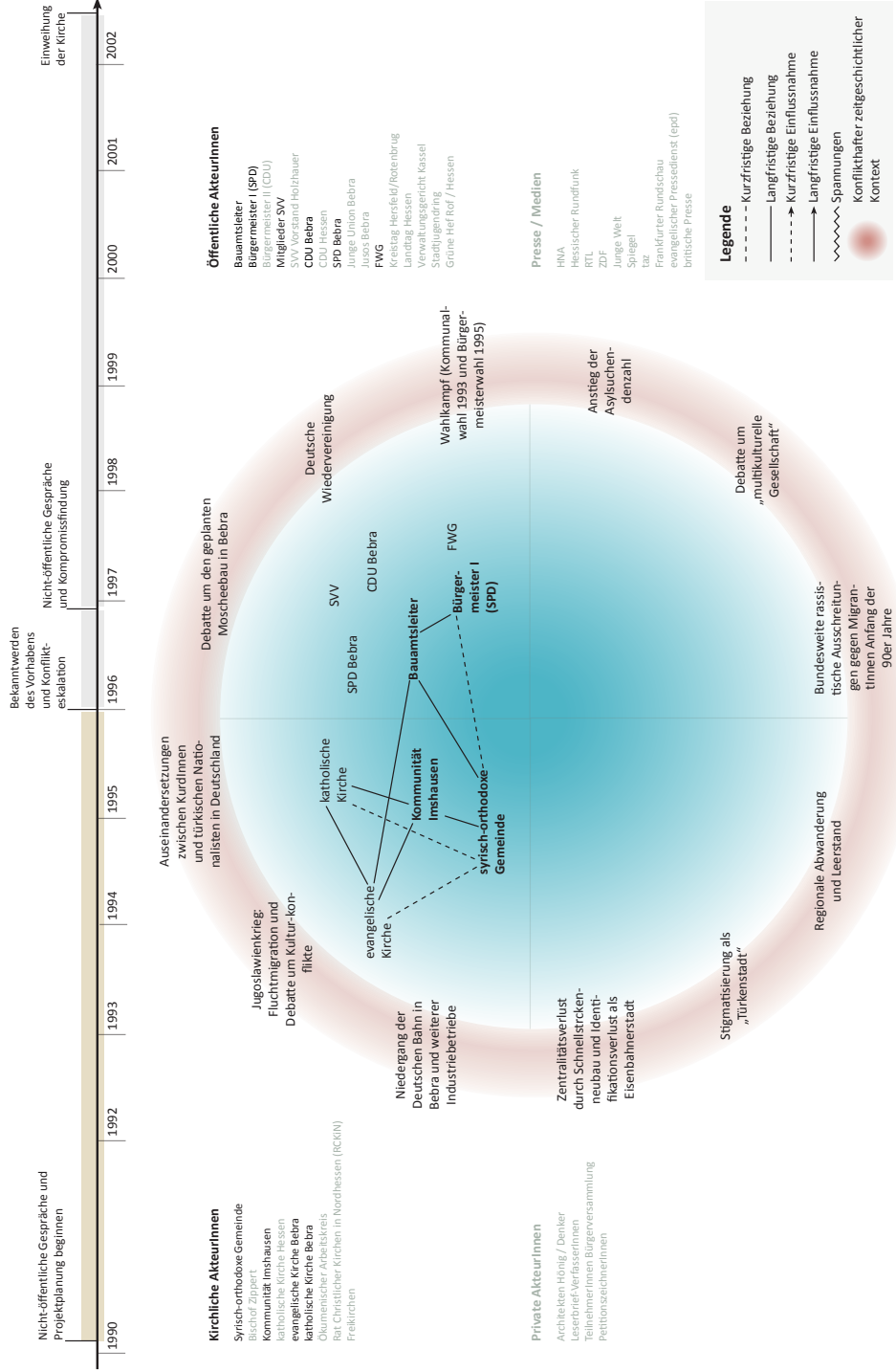
Bei den medialen AkteurInnen (Abb. 15-17, unten rechts) ist neben den oben erwähnten überlokalen Medien die Lokalzeitung Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA) zu erwähnen, die mit Abstand für die meiste mediale Öffentlichkeit sorgte. Die Berichterstattung war kontinuierlicher und differenzierter und lag mehrheitlich in der Hand eines Journalisten, der im engen Kontakt zum Bürgermeister stand. In zahlreichen Artikeln berichtete er über den Verlauf, lies

die unterschiedlichen Positionen zu Wort kommen, druckte eine große Anzahl an LeserInnen-briefen ab und nahm in Kommentaren auch selbst Stellung, wobei er moderierend aber auch befürwortend auftrat. Die teilweise als reißerisch und verfälschend wahrgenommene überlokale Berichterstattung sorgte wiederum für einen Konflikt zwischen verschiedenen AkteurInnen und der Presse, die im Fall des Bürgermeisters und der syr.-orth. Gemeinde zu einer Verweigerung der weiteren Zusammenarbeit mit der Presse führte. Dass auch private AkteurInnen der Stadtgesellschaft in den Konflikt einbezogen waren, zeigen die befürwortenden, ablehnenden oder schlichtenden Positionierungen in LeserInnenbriefen oder auf Informationsveranstaltungen. Selbst von Jugendlichen wurden Petitionen für und gegen den Kirchenbau initiiert. Nicht zuletzt kam es durch Unbekannte auch zu Bedrohungen und Einschüchterungen der Befürwortenden. Waren anfänglich vor allem Personen aus der Region aktiv, positionierten sich mit zunehmender Konfliktintensität und medialer Aufmerksamkeit auch vermehrt überregional Privatpersonen.

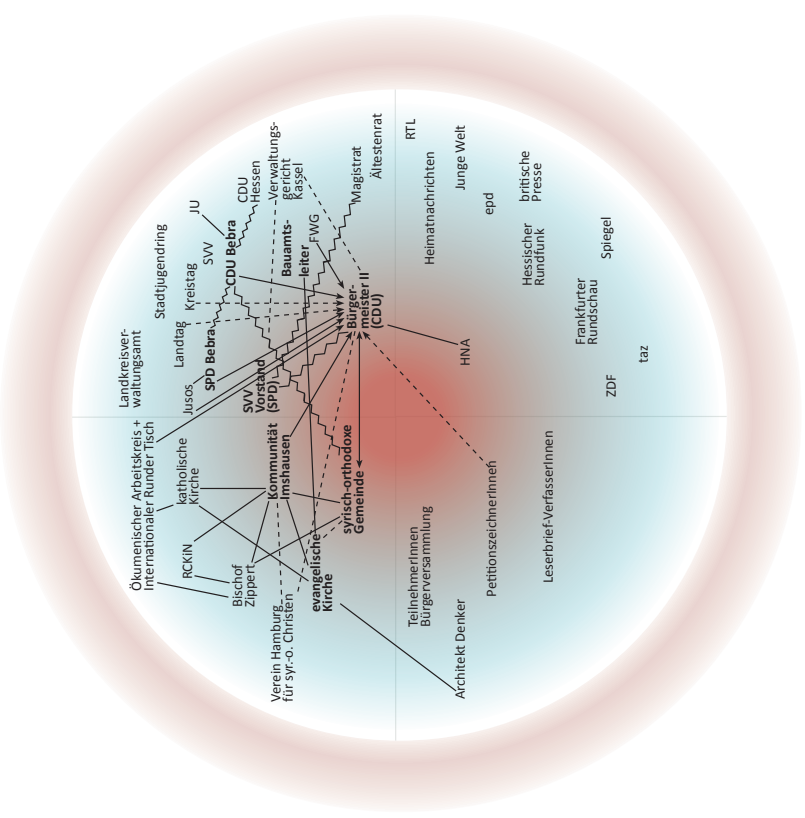
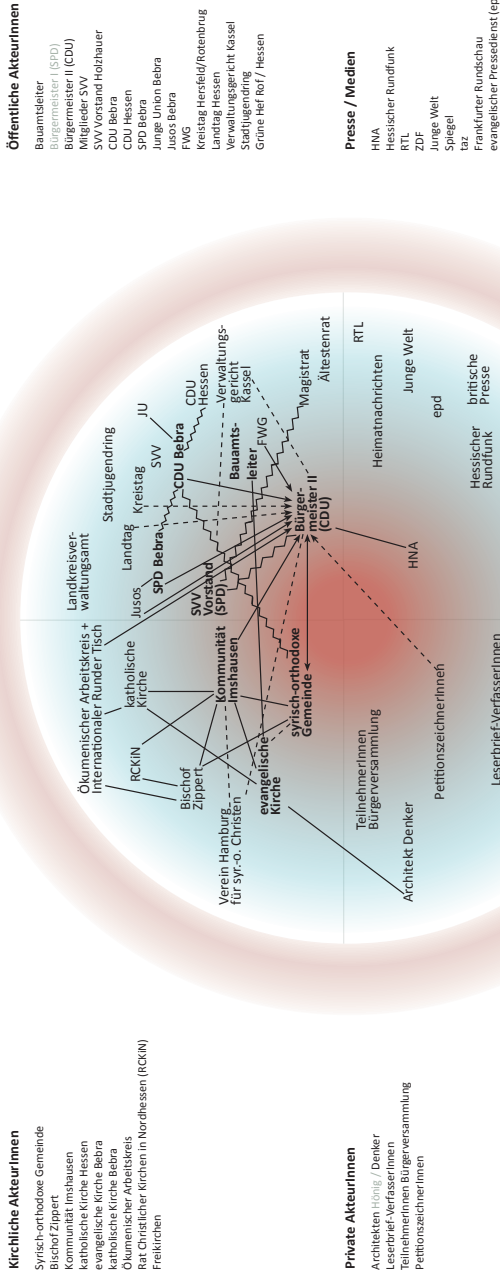
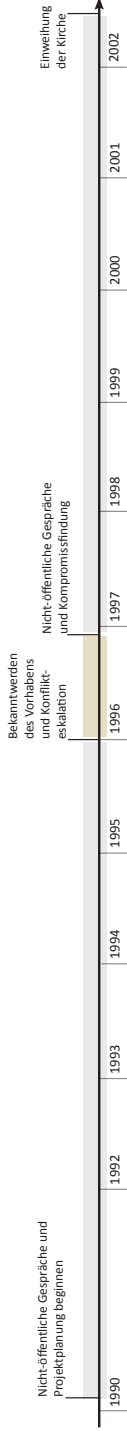
Bei der Gesamtbetrachtung der Konstellation der vielen beteiligten AkteurInnen fallen mehrere interessante Punkte auf. Während überregionale AkteurInnen den Kirchenbau überwiegend unterstützen, sind die ablehnenden Stimmen vor Ort zunächst lauter gewesen. Eine Erhebung der tatsächlichen Positionsverteilung wurde in der Kleinstadt nie durchgeführt. Letztlich ist zu fragen, welche AkteurInnen im Konflikt nicht auftraten. Auffällig ist, dass sich bis auf die syr.-orth. Zusammenschlüsse in Bebra und auf Bundesebene keine anderen lokalen oder überregionalen MigrantInnenorganisationen zu Wort meldeten und an der Auseinandersetzung beteiligten, und falls doch, zumindest nicht öffentlich wahrgenommen wurden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die meisten der am Konflikt beteiligten Personen männlich waren. Zwar äußerten sich in privaten und in LeserInnenbriefen auch Frauen, in den zentralen Verhandlungspositionen waren jedoch mehrheitlich Männer vertreten.

Abschließend ist festzustellen, dass die Konfliktallianzen in diesem Konflikt quer durch die Gesellschaft und ihre Institutionen verliefen. Während zwar noch einige Teile der Mehrheitsbevölkerung gedanklich weiterhin die Grenze zwischen Deutschen und ‚AusländerInnen‘ zogen, war es vielmehr ein Gegenüber von AkteurInnen, die in unterschiedlichem Grad die zunehmend internationaler werdende Gesellschaft befürworteten oder ablehnten. Weiterhin bildeten sich Allianzen, die sich auf den einenden christlichen Glauben bezugnahmen und versuchten, so die bisherige homogenisierende Grenzziehung auf Grund nationaler Herkunft zu überwinden.

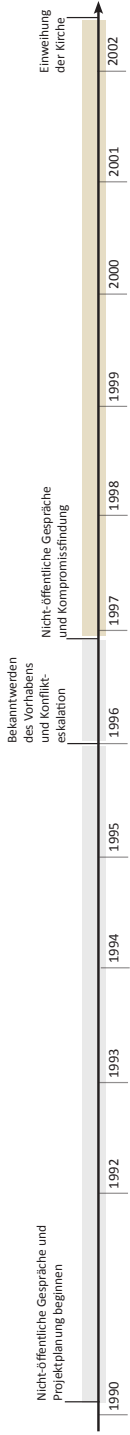
AkteurInnenkonstellation und Konfliktintergründe: syrisch-orthodoxer Kirchenbau am Friedhof



Akteurinnenkonstellation: syrisch-orthodoxer Kirchenbau am Friedhof



AkteurInnenkonstellation: syrisch-orthodoxer Kirchenbau in der Bundesbahnschule

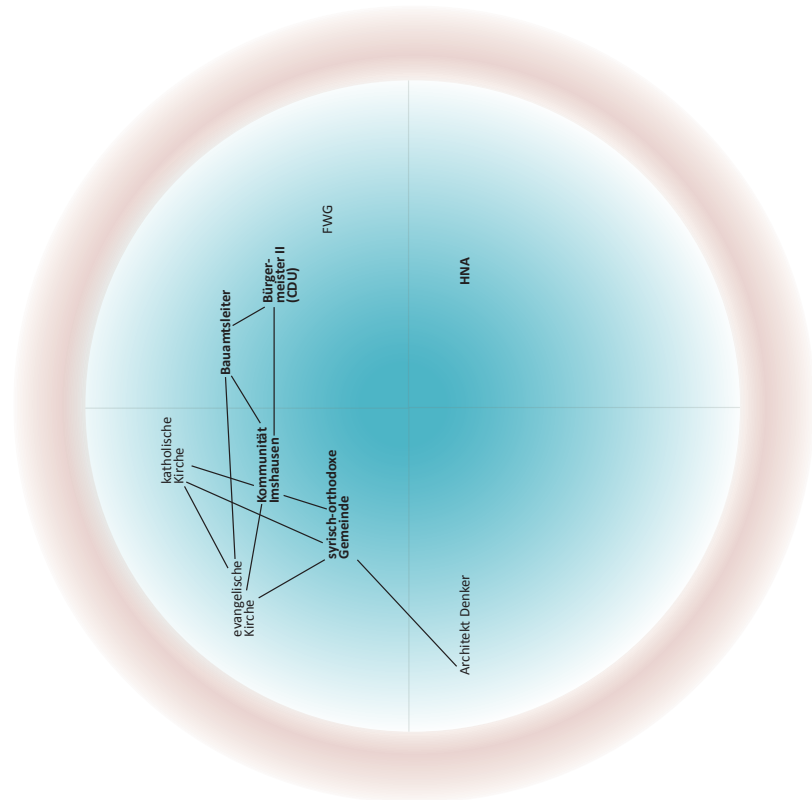


- Kirchliche AkteurInnen**
- Syrisch-orthodoxe Gemeinde
 - bischöfliche Diözese
 - Kommunität Imshausen
 - evangelische Kirche Bebra
 - katholische Kirche Bebra
 - Ökumenischer Arbeitskreis
 - Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen (RCK(N))
 - Freikirchen

- Öffentliche AkteurInnen**
- Bauamtsleiter
 - Bürgermeister I (SPD)
 - Bürgermeister II (CDU)
 - Landrat
 - SVU/Vorstand Holzhauer
 - CDU Bebra
 - CDU Hessen
 - SPD Bebra
 - Junge Union Bebra
 - Justos Bebra
 - FWG
 - Kreislag-Hiersfeld/Notenbrug
 - Landtag Hessen
 - Verwaltungsgericht Kassel
 - Stadtlagerung
 - Grüne Herbor/Hessen

- Private AkteurInnen**
- Architekten König / Denker
 - Keseler-Verfassungen
 - Tischlermeister
 - TrägerInnen
 - PrebiterInnen

- Presse / Medien**
- HNA
 - Klassischer Rundfunk
 - RTS
 - BRUNNEN
 - ZDF
 - Junge Welt
 - Spiegel
 - taz
 - Frankfurter Rundschau
 - evangelischer Pressedienst (epd)
 - britische Presse



Legende

- Kurzfristige Beziehung
- Langfristige Beziehung
- - - - - Kurzfristige Einflussnahme
- > Langfristige Einflussnahme
- ~~~~~ Spannungen
- Konflikte

Abbildung 15: AkteurInnenkonstellation und Konflikthintergründe 1990-1995 (Eigene Darstellung)

Abbildung 16: AkteurInnenkonstellation 1996: syrisch-orthodoxer Kirchenbau am Friedhof (Eigene Darstellung)

Abbildung 17: AkteurInnenkonstellation Bundesbahnschule ab 1997 (Eigene Darstellung)

Konfliktdynamik

Mit dem öffentlichen Bekanntwerden des Bauvorhabens wurde aus verschiedenen latenten Spannungen ein manifester Konflikt. Er entwickelte sich im Laufe des Jahres 1996 sehr dynamisch, welches als Hochphase des Konfliktes angesehen werden kann. Der Höhepunkt ist erreicht, als die Diskussionen der Öffentlichkeit entzogen werden, u.a. durch einen Abbruch der Gespräche mit der Presse.

Die Anbahnung des Kirchenbaus in den Jahren bis 1996 war gleichwohl mit Grundstückssuche, rechtlichen Rahmenbedingungen und Finanzierung nicht unkompliziert, aber ein Konflikt war für die AkteurInnen nicht am Horizont. Zwar lehnte die Freie Wählergemeinschaft den Beschluss 1993 in der Stadtverordnetenversammlung ab, die CDU enthielt sich und forderte stattdessen eine Befragung der BürgerInnen, doch mit der Stimmenmehrheit der SPD wurde die notwendige Änderung der Bauleitplanung beauftragt. In den kommenden zweieinhalb Jahren bis Anfang 1996 war das Bauvorhaben der syr.-orth. ChristInnen kein Thema in den politischen Gremien und der Öffentlichkeit.

In der öffentlichen Debatte stand im Jahr vor der Eskalation zum einen der Wunsch der muslimischen Gemeinde, eine Moschee zu eröffnen und zum anderen ein BürgermeisterInnenwahlkampf, in dem einige Parteien mit rassistischen Argumenten gegen weitere Zuwanderung mobilisierten. Diesen gewann ein Kandidat, der versprach weitere Zuwanderung einzudämmen. Als dann Anfang des Jahres 1996 die zu beschließende Änderung der Bauleitplanung abgelehnt wurde, traten die zu Grunde liegenden Spannungen offen zutage. Während im Bau- und Planungsausschuss noch vor allem Konfliktgegenstände planerischer Natur thematisiert wurden, erfolgte in der SVV seitens der ProjektgegnerInnen bereits eine deutliche Ausweitung der Themen, bspw. auf Aspekte interethnischer/-religiöser Konflikte und Befürchtungen hinsichtlich des Zusammenlebens in Bebra. Dies führte zu einer Generalisierung des Konfliktes und Polarisierung in der Auseinandersetzung. Die Entscheidung wurde vertagt, die Stimmung heizte sich auf. Durch die öffentliche Berichterstattung und die Mobilisierung von Netzwerken weitete sich der Kreis der beteiligten Personen rasch aus. Auch das Spektrum der adressierten Konfliktthemen wurde ausgeweitet, nun auch von befürwortender Seite.

Mit der Ausweitung der Debatte kam es auch zu einer Polarisierung weiter Teile der Stadtgesellschaft. Diese Polarisierung zeigte sich einen Monat nach der Debatte in der Stadtverordnetenversammlung auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung zu dem Bauvorhaben. Der Abend war geprägt von einer emotionalen und teilweise polemisierenden Debatte, bei der erneut mehr Themen als nur der geplante Kirchenbau eine Bühne bekamen. Entgegen der ursprünglichen Ziele hatte die Informationsveranstaltung weitere Verhärtung der Fronten und gegenseitige Vor-

würfe zur Folge. In dieser eskalativen Dynamik wurde nicht nur verbal gestritten, sondern es kam auch vermehrt zu Bedrohungen und Einschüchterungen insbesondere gegenüber BefürworterInnen des Kirchenbaus, die man so zum Nachgeben bewegen wollte. Einen Monat später fand schließlich eine städtische Informationsveranstaltung zu dem Thema statt. Die Moderation bat explizit darum, dass die Themen ‚Kurdenproblematik‘, ‚Ausländer‘ und ‚Asyl‘ nicht Gegenstand der Debatte sein sollten. Trotzdem wurden neben bauhabenbezogenen Aspekten wie Verkehrsbelastung und Stellplatzverordnung genau diese und andere Konfliktthemen angesprochen, so etwa Arbeitslosigkeit und ‚Überfremdung‘, aber auch Fragen hinsichtlich der Zugehörigkeit eingebürgerter MigrantInnen und das Recht auf freie Ausübung der Religion. Das Themenspektrum wurde zunehmend unübersichtlicher. Die Veranstaltung war dabei von einer solchen Emotionalität geprägt, dass im Nachgang über einen so noch nie erlebten Zorn gesprochen wurde und Vergleiche zum Nationalsozialismus gezogen wurden.

Nun nahmen die öffentlichen Stellungnahmen von PolitikerInnen, Privatpersonen und Institutionen deutlich zu, wie etwa in LeserInnenbriefen, öffentlichen Briefen und in einer befürwortenden sowie einer ablehnenden Petition. Weiterhin stiegen zu dieser Zeit auch die öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Positionierungen an, wie etwa in persönlichen Briefen an den Bürgermeister und im privaten Austausch. Darüber hinaus wuchs auch die mediale Aufmerksamkeit³³ und die Auseinandersetzung wurde nun zunehmend überregional wahrgenommen, wodurch sich auch die Anzahl überregionaler Einflussnahmen erhöhte. Der Konflikt um den Kirchenbau am Friedhof in Bebra wurde nun nicht mehr nur auf lokaler Ebene verhandelt.

Durch die Ausweitung der AkteurInnen stiegen nicht nur die Menge an Perspektiven, adressierten Themen und Konflikthandlungen, sondern auch der Druck auf die AkteurInnen vor Ort, die den Konflikt und seinen Verlauf immer weniger unter Kontrolle hatten. Auf der einen Seite wurde durch den nun über die Kleinstadt hinausgehenden Kreis an Beteiligten das Verhältnis zwischen allen zunehmend unpersönlicher, auf der anderen Seite zeigte sich bei allen Konfliktparteien – BefürworterInnen und GegnerInnen – eine besondere Fokussierung und Einwirkung auf die Person des neu angetretenen Bürgermeisters, an den verstärkt Handlungserwartungen formuliert wurden. Auch wenn dieser den Kirchenbau am Friedhof ebenfalls ablehnte, war er kurz nach Amtsantritt bereits an Vermittlungsgesprächen beteiligt und versuchte eine Kompromisslösung zu finden. Das war durch seine Position im politischen Gefüge und damit einhergehenden konkurrierenden Interessen und zum anderen durch die vorangeschrittene Eskalation des Konfliktes jedoch schwierig.

Wie sensibel die beteiligten Konfliktparteien zu diesem Zeitpunkt bereits waren, zeigte sich an einer Auseinandersetzung um vermeintlich vom Bürgermeister genannte Alternativstandorte. Die syr.-orth. Gemeinde bat den Bürgermeister nach einem als vertraulich vereinbarten Gespräch schriftlich um die entsprechenden Pläne und Auskünfte zu den vermeintlich von ihm genannten Alternativstandorten, denn auf mündliche Zusagen, das hatten die Ereignisse gezeigt, konnte man sich nicht verlassen. Der Inhalt des Gespräches wurde so auch anderen Stadträten

³³ Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1996 wurden etwa die Hälfte aller Zeitungsartikel und LeserInnenbriefe veröffentlicht.

und damit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Der Bürgermeister, politisch noch wenig erfahren und unter Druck der Fraktion und seiner WählerInnen, die den Kirchenbau deutlich ablehnten, wies daraufhin die Darstellung zurück, er hätte Alternativstandorte genannt. Gegenseitige Vorwürfe folgten, das Vertrauensverhältnis war nunmehr zerrüttet. In der Rückschau betonte der Bürgermeister noch bei der Einweihung der Kirche viele Jahre später, dass erst mit dem neuen Vorstand der syr.-orth. Gemeinde eine Lösung möglich wurde. Unterdessen führten vermutlich der weiterhin zunehmende öffentliche Druck, die wahrgenommene Rufschädigung der Stadt, Vorwürfe der ‚Ausländerfeindlichkeit‘ und der verweigerten Religionsfreiheit, sowie der Vorwurf der Verweigerung einer christlichen Kirche durch eine christliche Partei, und die Bezugnahmen auf die nationalsozialistische Vergangenheit Bebras, zu zunehmender Verhärtung auf Seiten der Ablehnenden. Auf politischer Ebene wurde gegen den Kirchenbau im Wesentlichen nur noch auf Grundlage des geplanten Standortes und der Größe argumentiert. Bei einer erneuten Verhandlung des Themas in der SVV wurde die Entscheidung schließlich wieder vertagt und somit der Raum für erneute Verhandlungen und Lösungs- oder Kompromissfindung geöffnet.

Dies markierte in zweierlei Hinsicht einen Wendepunkt. Zum einen versuchte man nun das Thema aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, da der bisherige Verlauf gezeigt hatte, dass die öffentliche Debatte sich in einer eskalativen Spirale befand, die eine Lösungs- oder Kompromissfindung erschwerte. Deshalb fanden die weiteren Verhandlungen bei dem vom evangelischen Bischof initiierten Runden Tisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch einigte man sich darauf, dass Mitteilungen über Entwicklungen und Verhandlungsstand nur noch vom Moderator an die Presse gegeben werden sollen. Zum anderen erfolgten die weiteren Verhandlungen nun abseits der etablierten politischen Institution SVV. Unter Beteiligung der VertreterInnen der beiden großen politischen Parteien (die FWG lehnte eine Beteiligung ab) und der vermittelnden Kirchen machte die syr.-orth. Gemeinde erneute Zugeständnisse hinsichtlich der Größe und auch der Lage des Kirchenbaues. Man suchte nun gemeinsam nach Alternativstandorten. Als es in diesem Prozess konkret wurde und ein anderer Standort und Grundstückstausch zur Debatte standen, stieg die CDU aus den Verhandlungen aus und begründete dies mit der Unglaubwürdigkeit der von der syr.-orth. Gemeinde gemachten Zugeständnisse. Die BefürworterInnen warfen der CDU daraufhin vor, nie ein ehrliches Interesse an einem Kompromiss gehabt zu haben. Vermutlich spielte aber auch die bevorstehende Kommunalwahl eine Rolle, auch da die FWG im Falle eines positiven Beschlusses ein BürgerInnenbegehren forderte. Der Bürgermeister hatte sich in den Verhandlungen zwar verhandlungs- und kompromissbereit gezeigt, jedoch fehlte ihm schlussendlich der Rückhalt seiner Fraktion für weitere Verhandlungen und die Kompromissfindung. Der Runde Tisch wurde daraufhin als gescheitert erklärt. Die folgende SVV im September 1996 lehnte sowohl den ursprünglichen Standort am Friedhof als auch die sich zwischenzeitlich abzeichnende Alternativlösung ab. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Erregung legten sich. Eine weitere Thematisierung des Vorhabens im anstehenden Kommunalwahlkampf wurde von fast allen Parteien vermieden und somit eine weitere Eskalationsdynamik unterbrochen. Allein die FWG versuchte erfolglos das Thema erneut zu setzen. Unterdessen wurden – jedoch ohne Kenntnis der Öffentlichkeit – weitere Gespräche geführt und verwaltungsintern Alternativstand-

orte geprüft. Im November 1997, knapp zwei Jahre nach der Eskalation des Konflikts, wurde der Öffentlichkeit schließlich ein Kompromiss für den umstrittenen Kirchenbau präsentiert: ein leerstehendes Gebäude sollte umgebaut werden. Aufgrund der Lage im städtischen Innenbereich war keine Zustimmung der politischen Parteien im Stadtparlament von Nöten, wodurch keine Bühne für eine erneute Debatte eröffnet wurde. Zum einen wurde ein Versuch der FWG eine BürgerInnenversammlung zu diesem Thema durchzuführen und damit den Kompromiss erneut zu politisieren, vor allem durch die CDU geblockt. Zum anderen wurde der Kompromiss von den EntscheidungsträgerInnen, allen voran dem Bürgermeister, von vornherein als „gute Lösung für alle“ dargestellt und gerahmt. Hierbei wurden insbesondere die städtebaulichen Vorteile für die Stadt hervorgehoben und die Wahrscheinlichkeit für ein Aufkommen weiterer Konflikte minimiert.

Konflikttypen

Konflikttheoretische Arbeiten³⁴ haben häufig zum Ziel, den Charakter von Konflikten zu kategorisieren. In der Literatur ist das Angebot an Typologisierungsversuchen sozialer Konflikte dementsprechend groß (vgl. Glasl 2013). So werden bspw. Interessen- von Wertkonflikten (vgl. Aubert 1963/1973), Rang- oder Ressourcenkonflikten (vgl. Giesen 1993) sowie Anerkennungskonflikten unterschieden (vgl. Honneth 1992), um nur einige Beispiele zu nennen. In der Praxis sind diese oftmals idealtypischen Kategorien durch Überlagerungen, Vielschichtigkeit und Uneindeutigkeiten gekennzeichnet (vgl. Glasl 2013).

Eine konflikttypologische Einordnung lässt nichtsdestotrotz einige Schlüsse auf Ausprägungsformen des Konfliktes zu und ermöglicht ein Verständnis dafür, welche Dimensionen ein Konflikt betrifft. So scheinen Anerkennungs- und Wertkonflikte in migrationsbezogenen Konflikten eine besondere Rolle zu spielen. Der beschriebene Konflikt zeichnete sich durch seine Vielschichtigkeit bezüglich der verhandelten Werte, Normen und Interessen aus, wie wir anhand der verschiedenen Konflikthintergründe und Streitgegenstände verdeutlicht haben. Durch die hohe Intensität wurde der Konflikt in der gesamten Stadtgesellschaft sichtbar und polarisierte diese. Er wurde also manifest³⁵. Als politischer Konflikt wurden Machtfragen³⁶ im Zuge der Positionierung gegenüber dem Kirchenbau ausgefochten. Als Beispiel kann hier die Rücktrittsforderung an den Stadtverordnetenvorsteher im Rahmen seiner Rassismuskritik an den Magistrat gelten. Im Zuge eines eigentlich baurechtlichen Verfahrens wurden Fragen der Zugehörigkeit von Zugewanderten thematisiert und der Konflikt ‚migrantisert‘³⁷. Daher ist er auch als umgelenkter Konflikt zu werten, in dem Span-

³⁴ Für eine ausführliche Darstellung konflikttheoretischer Ansätze siehe auch MigraChance Working Paper 1a (Budnik, Krahmer 2019).

³⁵ In konflikttheoretischen Arbeiten gibt es unterschiedliche Verständnisse zum Begriff des Manifesten. Er steht aber immer in Abgrenzung zu latenten Konflikten, die laut Dahrendorf (1972) bereits mit der sozialen Ausgangsposition in Form von „latenten Interessen“ angelegt sind. Pondy (1967) wiederum sieht manifeste Konflikte in Zusammenhang mit direktem Konflikt handeln (vgl. dazu auch Glasl 2010). Verschiedene Autoren sehen die Grundlage für die Latenz eines Konfliktes in der Beendigung eines vorangegangenen Konfliktes und haben somit ein zyklisches Verständnis von Konflikten (Pondy 1967, Glasl 2010, Weber, Coser).

³⁶ Konflikttheoretische Autoren wie etwa Weber und Dahrendorf betrachten Konflikte im allgemeinen als Kämpfe um Macht sowie Herrschaft (Weber 1922, Dahrendorf 1967).

³⁷ In Forschungen zum Thema Migrantisierung oder auch Ethnisierung von Konflikten vgl. auch Heitmeyer (1997, 1998) sowie Hüttermann (2018).

nungen aus einem Bereich auf einen scheinbar anderen Konfliktgegenstand umgelenkt werden.

Der Migrationsbezug wurde im Konflikt von den Beteiligten auf verschiedene Weise hergestellt. Zunächst wurde eine baurechtliche Abwägung mit den auf Grund internationaler Zuwanderung erwarteten ethnisch-kulturellen und religionsbezogenen Konflikten in Zusammenhang gebracht. In der Debatte wurden gesellschaftliche (Groß-)Konflikte thematisiert (bspw. die Jugoslawienkriege oder die Auseinandersetzungen zwischen TürklInnen und KurdInnen), die auf Herkunft, Religion und vermeintlicher Kultur beruhen. So wurden die christlichen und muslimischen MigrantInnen in Bebra als RepräsentantInnen für die sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Konfliktparteien gesehen. Die Existenz symbolischer, überregional sichtbarer Symbole, wie etwa die syr.-orth. Kirche oder eine Moschee, übertrage diese globalen Konflikte ins Lokale. Über die Ablehnung einer religiösen Einrichtung wird der Konflikt von einer sachlichen Bebauungsplanung hin zu vermeintlich ethnisch-kulturellen Konflikten umgelenkt³⁸. Der Großkonflikt wird auf die Kleinstadt projiziert, in deren Folge es zu Bedrohungsszenarien kommen könne. Auf der anderen Seite wurde der Konflikt auf einen Normen- und Wertekonflikt verlagert. So wurde in der Betonung der verfassungsrechtlichen Religionsfreiheit das Grundgesetz als Wertekanon in die Debatte eingebracht.

Für die syrisch-orthodoxen ChristInnen war es neben der Auseinandersetzung um die Errichtung eines Gebetshauses, vor allem auch ein Konflikt um die Anerkennung als Teil der (Stadt-) Gesellschaft mit entsprechenden Rechten (Anerkennungskonflikt³⁹). Teile des Stadtrats und der Mehrheitsbevölkerung sahen sich durch dieses Streben nach Anerkennung und Teilhabe selbst in einer krisenhaften Situation. Der zeitgeschichtliche lokale und überregionale Kontext Mitte der 1990er Jahre kann als Hintergrund für einen Identitätskonflikt gesehen werden. Daher ist die Rolle des Raumes, bzw. der symbolisch aufgeladenen Lage des geplanten Neubaus am Hauptfriedhof auch bedeutend für die Konfliktintensität. So hätte die Sichtbarkeit einer syr.-orth. Kirche als überregionales Symbol für Zuwanderung den besagten Identitätskonflikt der ehemaligen Eisenbahnerstadt verstärken können. Die benannten Anerkennungs- und Identitätskonflikte sind auch als Rangordnungskonflikte (Giesen 1993) interpretierbar, die die Aushandlung um soziale Positionen in der Zeit des Umbruchs nach der deutschen Wiedervereinigung betreffen.

³⁸ Als umgelenkte Konflikte werden jene verstanden, die nicht den eigentlichen Widerspruch adressieren, sondern mit einem anderen Bezug ausgetragen werden (Coser 1956).

³⁹ Für weitere Ausführungen zum diesem Thema siehe auch „Kampf um Anerkennung“ (Honneth 1992).

4. Die Unsichtbarkeit der Kommunalen Ausländervertretung

In Analogie zu unseren weiteren Fallstudien in Gelsenkirchen und Leipzig beschäftigten wir uns auch in Bebra mit der institutionell verfassten Interessenvertretung für Menschen mit Migrationsgeschichte auf kommunaler Ebene, der Kommunalen Ausländervertretung (KAV). Den Hintergrund hierfür bildete das Forschungsinteresse an dem Zusammenhang von migrationsbezogenen Konflikten und institutionellem Wandel. Aus dieser Motivation heraus versuchten wir nicht nur anhand eines Konfliktes institutionelle Veränderungen zu untersuchen, sondern auch vice versa am Beispiel eines erfolgten institutionellen Wandels zu überprüfen, ob und welche Konflikte zu eben diesem geführt haben. Zum anderen war dieses Interesse von der Beobachtung geleitet, dass in den beiden Partnerstudien in Gelsenkirchen und Leipzig die Einrichtung und Etablierung der Integrations- bzw. Migrantenbeiräte von wiederkehrenden manifesten Konflikten begleitet wurden. Da es sich bei der KAV um ein Gremium handelt, welches die politische Teilhabe von BürgerInnen fördern soll, die bisher von dieser weitgehend ausgeschlossen waren, und damit das Potential haben könnte, bestehende Machtverhältnisse zu verändern und infrage zu stellen, gingen wir zunächst davon aus, dass es auch in Bebra Konflikte um diese Interessenvertretung gegeben haben muss; nicht zuletzt auch auf Grund dessen, dass die ersten Wahlen der KAV in Bebra von überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung geprägt waren und das top-down eingerichtete Gremium auf den ersten Blick auch angenommen wurde.

Doch die empirische Untersuchung der Entwicklung und Rolle der KAV gestaltete sich als schwierig, da im Gegensatz zum dargestellten Kirchenbaukonflikt kaum Zeitdokumente und auch fast keine GesprächspartnerInnen gefunden werden konnten, die uns belastbare und tiefgehende Informationen zu dem Gremium und dessen Entwicklung hätten geben können. Wir konnten mit nur einem ehemaligen Mitglied der KAV ein Gespräch führen. Auch wenn es sich hierbei lediglich um eine Perspektive handelt, gab diese dennoch etwas Aufschluss darüber, weshalb die KAV in weiteren Gesprächen mit Personen aus Stadtverwaltung und -politik und Sozialarbeit rückblickend als ein weitgehend unsichtbares Gremium beschrieben wurde und warum das in seiner demokratischen Anlage potentiell spannungsreiche Gremium in Bebra zu keinen manifesten Konfliktaustragungen führte. Trotz dieser schwierigen empirischen Grundlage wollen wir im Folgenden einige Erkenntnisse zu der KAV und ihrer Geschichte in Bebra darstellen.

Die Analyse der Konflikthaftigkeit der KAV kann jedoch zum einen aufgrund der genannten

Datenlage, zum anderen aufgrund der Latenz möglicher Spannungen nicht in der gewünschten Tiefe und aufgeschlüsselt nach verschiedenen Analysekategorien erfolgen. Grundlage für eine solche Analyse ist, dass ein Konflikt überhaupt benannt und anerkannt wird, also manifest ist. Im Falle des Ausländerbeirates Bebra suchten wir nach Auseinandersetzungen, fanden jedoch nur wenig Bereitschaft dieses Gremium mit Konflikten in Beziehung zu setzen. Diese Erkenntnis bringt uns zu der Einsicht, dass es sich bei der Untersuchung des Ausländerbeirates zwar um ein potentiell spannungsreiches Gremium zur Interessenvertretung ausländischer EinwohnerInnen handelt, jedoch am Beispiel Bebra gesagt werden muss, dass Interessenkonflikte, wenn überhaupt, dann als latente Spannungen existierten. Hingegen handelte es sich bei dem Kirchenbau um eine stadtesellschaftlich polarisierende Diskussion, die offen ausgetragen wurde und deutlich sichtbar war. Hier deutete sich eine Spannung zwischen den tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Beirates und dem Gestaltungspotential des Gremiums an, der ein Ausgangspunkt für potentiellen institutionellen Wandel sein kann.

Hintergrund: Ausländerbeiräte in der Hessischen Kreis- und Gemeindeordnung

Als Ausgangspunkt für die politische Etablierung der Ausländerbeiräte gilt die Gastarbeiter-Innenzuwanderung der 1960er und 1970er Jahre (vgl. auch MigraChance-Working Paper 1b und 1c, 2019). Im Laufe der 1970er Jahre zeichnete sich ab, dass viele der zunächst befristet angestellten GastarbeiterInnen auch nach dem sogenannten Anwerbestopp mit ihren Familien in Deutschland bleiben würden. 1978 beschloss die Bundesregierung einen „Beauftragten zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ einzusetzen. Dieser legte 1979 seinen ersten Bericht zum „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“ vor, das sogenannte Kühn-Memorandum. Relevant an diesem Memorandum für die Entstehung demokratisch gewählter Ausländerbeiräte ist dessen Einsatz für „die politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten“ (BBMFI o.J.).

Hessen nahm in der Entwicklung der AusländerInnen- oder MigrantInnenbeiräte eine Vorreiterrolle ein. In Wiesbaden wurde bereits 1972 ein Beirat gegründet. In diesem gewählten Gremium waren MigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern (Türkei, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal und Marokko) vertreten (vgl. Schäfer 2002: 3). Es folgte die Einrichtung weiterer Beiräte in Hessen, woraufhin sich 1983 die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) gründete. In Hessen werden diese politischen Interessenvertretungen für Menschen mit Migrationsgeschichte als Kommunale Ausländervertretung bezeichnet.

Im Jahr 1993 traten die Novellierungen der Hessischen Kreisordnung (HKO) sowie der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Kraft, die die Einrichtung der Ausländervertretung auf Kreis- und kommunaler Ebene Ausländerbeirates regeln⁴⁰. Seither ist in Kommunen mit mehr als 1.000 gemeldeten ausländischen EinwohnerInnen eine KAV einzurichten. Die erste hessenweite Bei-

⁴⁰ In der HKO ist in §4b die Möglichkeit eines Ausländerbeiräten auf Kreisebene einzurichten lediglich als Kann-Regelung festgehalten, wobei die „Zahl der Beiratsmitglieder, die Wahlzeit, das Wahlverfahren und die Anforderungen an die Mitgliedschaft im Beirat in der Hauptsatzung zu bestimmen [sind]“ (Justiz-Online 2018).

ratswahl wurde im November 1993 durchgeführt. Die Entwicklung der Gesetzesänderungen weist hierbei deutliche Ähnlichkeiten zu der Entwicklung der Behinderten- und SeniorInnenbeiräte im kommunalen Bereich auf, so zeige „sich auch hier, dass zunächst informelle Gremien der Interessenvertretung auf eine formelle Verfasstheit drängten“ (Kersting 2004: 195).

Die Entwicklung der KAV in Bebra

Die erste Ausländerbeiratswahl⁴¹ fand in Bebra 1993 statt und zeichnete sich mit 51,7 % Wahlbeteiligung durch die höchste Beteiligung an der Wahl einer KAV in ganz Hessen aus (Nicht öffentliches Dokument 1996r). Auch bei der zweiten Ausländerbeiratswahl im Jahr 1997 lag die Wahlbeteiligung in Bebra mit 35 % noch über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung in Hessen von 19,7 %. Bei dieser Wahl erlangte die „Internationale Liste für Recht und Gleichberechtigung“ sechs Sitze und die syrisch-orthodoxe „Süryoye-Liste“ drei Sitze (vgl. HNA 1997c). Auch im Jahr 2010 zeigte sich wieder eine überdurchschnittlich hohe Beteiligung an der Beiratswahl. So titelte die Hersfelder Zeitung mit Bezug auf eine Wahlbeteiligung von 19,94 % „Beiräte: Bebra top, Hersfeld flop“ (HZ 2010). Bei dieser Wahl wurden insgesamt neun Mitglieder der „Internationalen Liste für Recht und Gleichberechtigung“ in den Beirat gewählt. Jedoch war diese Wahl auch die Letzte, da in Folge der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Einbürgerung von BebraerInnen mit Migrationsgeschichte, die Zahl der in Bebra gemeldeten ‚ausländischen‘ EinwohnerInnen gesunken ist und somit sowohl nicht mehr die Verpflichtung bestand (vgl. Stadt Bebra 2019) als auch nicht die Notwendigkeit für den Erhalt des Beirates gesehen wurde. Aus diesem Grund gibt es seit dem Ende der letzten Wahlperiode im November 2015 keine KAV in Bebra mehr.

Die Interessenvertretung soll laut Geschäftsordnung in der Stadtverordnetenversammlung gehört werden und eine beratende Funktion einnehmen⁴². In den uns vorliegenden Protokollen der SVV ist jedoch lediglich die Anwesenheit des ersten Vorsitzenden des Beirates bis 1996 dokumentiert. Ab dem Jahr 1997 fehlt dieser meist entschuldigt. Nur für eine Sitzung ist der Stellvertreter des ersten Vorsitzenden anwesend. Ab September 1998 wird der Vertreter des Ausländerbeirates weder als anwesend noch als abwesend, sondern gar nicht mehr erwähnt. In den Jahren 1996-1998 ist zudem kein einziger Redebeitrag durch den Ausländerbeirat doku-

⁴¹ Gemäß der Hauptsatzung der Stadt Bebra sind insgesamt neun Mitglieder in den Ausländerbeirat zu wählen. Eine Wahlperiode beträgt fünf Jahre. Gewählt wird hierbei nach den gleichen Grundsätzen, wie sie auch für allgemeinen Kommunalwahlen gelten, jedoch mit der Besonderheit, dass nur ausländische EinwohnerInnen und EU-BürgerInnen, nicht aber deutsch-ausländische DoppelstaaterInnen oder Eingebürgerte, über das aktive Wahlrecht verfügen. Als Mitglied des Ausländerbeirates (passives Wahlrecht) wählbar sind die wahlberechtigten EinwohnerInnen sowie Deutsche die eingebürgert worden sind oder Menschen, die eine deutsche und eine ausländische Staatsbürgerschaft haben, sofern sie am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens sechs Monaten in Bebra ihren Wohnsitz haben.

⁴² Gemäß §39 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Bebra gilt: „(1) Die SVV hört den Ausländerbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Sie setzt dem Ausländerbeirat eine Frist zur schriftlichen Stellungnahme von einem Monat. Die Stellungnahme ist an das vorsitzende Mitglied der SVV zu richten. Das vorsitzende Mitglied kann die Frist in Einzelfällen angemessen verlängern oder verkürzen. Äußert sich der Ausländerbeirat verspätet oder gar nicht, so gilt dies als Zustimmung. (2) Die Ausschüsse müssen den Ausländerbeirat in ihren Sitzungen zu den Tagesordnungspunkten mündlich hören, die die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren. Die oder der Vorsitzende des Ausschusses übersendet der oder dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates eine Einladung und Tagesordnung zu den Sitzungen“ (Stadt Bebra 1994).

mentiert⁴³. Da bei der Stadt Bebra leider auch keine der Sitzungsprotokolle der Beiratstreffen archiviert sind, gibt es auch kaum verfügbare Informationen über die weiteren Tätigkeiten des Beirates. Ebenso ist über das Selbstverständnis oder die politischen Positionen des Beirates somit nur sehr wenig bekannt. Lediglich aus einem Bericht über die Wahl von 1997 wissen wir, dass der mehrfache Vorsitzende, ein 31-jähriger Elektroanlagenbauer, der als Kind nach Deutschland gekommen ist, die zukünftigen Aufgaben des Ausländerbeirats in „mehr Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden auf multikultureller Ebene“ sah (HNA 1997c). Dabei wünschte er sich „Entgegenkommen von beiden Seiten“ und ein „friedliches und harmonisches Miteinander“ in der Stadt. Ein Wunsch, der insbesondere auch vor dem Hintergrund des Konfliktes um den syr-orth. Kirchenbau gesehen werden muss. Die Süryoye-Liste der AramäerInnen, formulierte in diesem Zusammenhang auch, dass sie große Hoffnung hätten, „dass eine Lösung für ihre syr-orth. Kirche gefunden wird“ (ebd.). Wie schon im vorherigen Kapitel deutlich geworden ist, zeigt sich auch hier seitens der MigrantInnen und ihren gewählten VertreterInnen eher eine vorsichtige Formulierung von Wünschen und Hoffnungen nach einem harmonischen Miteinander, als ein aktives Streiten um die eigenen Interessen.

Wie die Entwicklung, die Tätigkeit und die Bedeutung der verfassten Interessenvertretung der BebraerInnen mit Migrationsgeschichte durch verschiedene AkteurInnen aus heutiger Sicht betrachtet wird, soll im Folgenden dargestellt werden.

Perspektiven auf die Arbeit und Bedeutung des Ausländerbeirates in Bebra

Perspektive I – Keine Handlungsmacht

Über die Tätigkeit des Ausländerbeirates konnten wir mit einem ehemaligen Beiratsmitglied sprechen⁴⁴, das zwölf Jahre dem Gremium angehörte. Im Gespräch erzählt er uns lachend, er hätte sich überreden lassen und sei dazu „hingedrängt“ (I14: 878-881) worden, sich für die Wahl aufzustellen. Bei der ersten Wahl 1993 sei die Bandbreite der wählbaren Gruppen am größten gewesen. So hätten sich in seiner Erinnerung drei Gruppen zur Listenwahl aufstellen lassen.

„Da waren die Spanier eine Gruppe, die syrisch-orthodoxe Gemeinde war eine Gruppe für sich, wir Muslime waren eine Gruppe für uns. Und nach der ersten Wahl, bei der zweiten Wahl, haben die anderen Gruppen nicht mehr so stark mitgemacht. Die waren dann auch nicht mehr – die waren dann auch im Vorstand, oder im Ausländerbeirat nicht mehr vertreten.“ (I14: 855-860)

Über die Möglichkeiten des Engagements in dem Gremium äußert er, dass die regelmäßige Teilnahme an den Terminen der SVV und der Ausschüsse nicht immer einfach gewesen sei. So hätten die meisten Mitglieder des Beirates im Schichtsystem gearbeitet, weshalb sich eine Teilnahme häufig schwierig gestaltete (vgl. I14: 761-764). Gleichzeitig sei das Interesse daran aber auch nur bedingt vorhanden gewesen, da die Einflussnahme des Ausländerbeirates begrenzt

⁴³ Für die Jahre 1999-2015 lagen uns keine SVV-Protokolle und diesbezüglich keine weiteren Informationen vor.

⁴⁴ Ein weiteres Interview mit einem langjährigen Beiratvorsitzenden wurde mehrfach verschoben, bis schließlich der Kontakt abbrach. Ein anderes Mitglied konnte zwar telefonisch erreicht, aber nicht für ein Interview gewonnen werden, da „das alles schon so lange her sei“, dass er sich dazu nicht mehr äußern wolle.

gewesen seien. Seiner Ansicht nach bestand die zentrale Aufgabe darin, bei den Sitzungen der SVV dabei zu sitzen und zuzuhören. Er resümiert: „aber jetzt ‚ne Handlungsmacht haben wir gar keine gehabt“ (I14:635-636). Darüber hinaus hätte sich die weitere Arbeit und Funktion des Ausländerbeirats darauf beschränkt, Sprechstunden und Unterstützung für MigrantInnen zu organisieren. Diese bestanden u.a. in der Organisation von kostenlosen Sprachkursen, die auch in der Schule oder im Rathaus, meist jedoch im Gebäude des türkisch-muslimischen Kulturvereins von Ehrenamtlichen durchgeführt wurden: „[...] die meiste Zeit haben wir unsere Vereinsräume zu Verfügung gestellt, damit diese Kurse stattfinden können.“ (I14:701-702)

Im Hinblick auf die Bedeutung und die mögliche Wiedereinführung des Gremiums zur politischen Interessenvertretung, kommt er zu dem Schluss, dass nur mit „ein bisschen mehr Handlungsmacht“ ein solcher Beirat denkbar und sinnvoll sei. Denn mit Blick auf die Ausgestaltung des Amtes in der Vergangenheit zeigt er sich eher ernüchtert und konstatiert: „als Figur irgendwo dahingestellt [zu werden] und nur sitzen und zuhören, dann kann man den auch weglassen, finde ich.“ (I14: 736-738) Diese Beschreibung der enttäuschenden geringen Handlungsmacht steht dabei der anfänglichen Erwartung und der Bereitschaft zur Mobilisierung der eigenen Community gegenüber.

„Wir hatten uns ja eigentlich viel, viel mehr erhofft. Und deswegen hatten wir auch jeder, der damit drinne war, auch meine Verwandtschaft zum Beispiel, die haben die Leute zur Wahl gebracht, die eigentlich gesagt haben ‘Ach, lass mal, ich will nicht’ und so weiter und so fort. Wir haben die Leute wirklich mobilisiert, dass sie auch teilnehmen. Dass sie wählen kommen und so weiter und so fort. Weil das eine Sache ist, die nicht nur mich als Ausländer was angeht, sondern die gesamten Ausländer in Bebra. Und so haben wir die Leute mobilisiert halt damals.“ (I14: 810-816)⁴⁵

Für die zukünftige Ausgestaltung eines Ausländerbeirates müsste seiner Ansicht nach jedoch nicht Kompetenz des Beirates erweitert werden, sondern müssten zudem die Beiratsmitglieder für die Tätigkeit geschult, sowie auch die Rahmenbedingungen anders gestaltet sein. Insbesondere sei eine bessere Vereinbarkeit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit im Beirat mit der Lohnarbeit notwendig:

„Weil man kriegt nicht immer frei, weil der Arbeitgeber macht dann irgendwann auch mal Mucken. Dann sollte er schon irgendwie frei bekommen oder diesen Tag irgendwie bezahlt bekommen, damit er sich dort an der Arbeit freinimmt zum Beispiel. Weil wenn man zweimal die Woche fehlt, sind ja im Monat auch acht Tage, dann hat man eine Woche Fehlzeit an der Arbeit zum Beispiel. Und wenn das irgendwie entlohnt werden würde, wäre es sinnvoller. Dann wäre der Platz immer belegt [...]“ (I14: 832-837)

⁴⁵ Während er als Grund für das sinkende Interesse in der Enttäuschung der anderen sieht, „nicht als erste Gruppe“ gewählt worden zu sein, äußern bei einer Vorstellung der Forschungsergebnisse in Bebra MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung aber auch die Vermutung, dass Beiratsmitglieder Angst um sich selbst und ihre Familien gehabt hätten und sich somit ihr Bedürfnis erkläre gewissermaßen unsichtbar zu bleiben und politisch nicht aufzufallen, was möglicherweise auch mit dem Konflikt um den Kirchenbau zusammenhänge.

Diese Sichtweise auf eine gewünschte stärkere politische Partizipation durch Kompetenzerweiterung, Weiterbildung der Beiratsmitglieder und Anpassung der institutionellen Rahmenbedingungen liefert uns erste Erklärungsansätze, weshalb die KAV retrospektiv als wenig bedeutsam angesehen wird. Aus der Perspektive von Stadtpolitik und -verwaltung wird sie gar als nahezu unsichtbar beschrieben, wobei diese dafür teilweise andere Erklärungen anbietet, wie wir nachfolgend sehen werden.

Perspektive II – Der Ausländerbeirat wurde der Kommune übergestülpt

In den Gesprächen mit VertreterInnen der Stadtverwaltung und -politik in Bebra zeigte sich eine etwas andere (rückblickende) Betrachtung der politischen Interessenvertretung für MigrantInnen. So beschrieben die befragten Verwaltungsmitarbeiter den Ausländerbeirat in Bebra als eine nicht-funktionierende Institution, die nicht sonderlich aktiv gewesen im Vergleich z.B. mit dem Beirat in Bad Hersfeld. Ein Grund hierfür ist aus ihrer Sicht das Fehlen einer Führungsperson mit Visionen gewesen. Auch sei die Arbeit im Ausländerbeirat immer ein Ehrenamt gewesen, zu dessen Ausführung womöglich vielfach auch schlicht die Zeit gefehlt hätte. Eine weitere formulierte und durchaus bemerkenswerte Deutung der damaligen Situation und geringen Bedeutung der KAV war außerdem, dass es keinen Bedarf für einen solchen Ausländerbeirat da gewesen sei, weil es keine ‚Probleme‘ in Bebra gegeben hätte. Weiterhin resümiert einer der Verwaltungsmitarbeiter, dass es eher Einzelpersonen wie der ehemalige Jugendzentrumsleiter waren, die mehr für die Integration und die MigrantInnen getan hätte, als der Ausländerbeirat selbst (vgl. Forschungstagebuch MigraChance 2018-2019).

Das Gespräch mit dem inzwischen nicht mehr amtierenden Bürgermeister (2014-2019, parteilos, ehem. SPD) gab zudem Aufschluss über dessen Betrachtung und Bewertung des Ausländerbeirates als politisches Gremium, welches auf Grundlage der Kann-Regelung in der HGO seit 2015 nicht mehr in Bebra existiert, da die Stadt „die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr zwingenderweise“ (I9: 307-308) erfülle. In dem Gespräch wurde deutlich, dass er den Beirat zunächst als ein Gremium ansieht, welches vor allem von übergeordneten politischen Ebenen als notwendiges Gremium angesehen und eingesetzt wurde:

„Der Ausländerbeirat an und für sich ist eine Institution, die von Gesetzeswegen einer Kommune übergestülpt ist. Das heißt also irgendjemand in diesem Land – das sind ja die hohen Regierungen von Land und Bund – sind der Meinung, dass eine Vertretung von Ausländern in einer Kommune da zu sein hat, wenn ein gewisser Anteil da ist.“ (ebd.: 300-303)

Wie auch schon einzelne Verwaltungsmitarbeiter, sah auch er für Bebra nicht die Notwendigkeit eines Ausländerbeirates in Bebra gegeben, denn man vertrete hier die Auffassung, „dass die hiervertretenen Kulturen OHNE den Ausländerbeirat auch gut zurechtkommen“ und jeder sehe ja auch, dass „das harmoniert in der Stadt“ (I9:317-319). Somit sei eine „richtige Interessenvertretung“ nicht nötig, was er darin bestätigt sieht, dass noch niemand zu ihm gekommen sei und dergleichen gefordert hätte:

„Wenn sie jetzt gesagt hätten: Wir wären – wir sind unzufrieden damit! Wir wollen das! Ihr tut ja nichts für uns! Oder was auch immer – sondern wir versuchen halt immer mehr im Dialog miteinander zu stehen.“ (ebd.: 340-342)

In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Möglichkeiten der (kommunal-)politischen Repräsentation, insbesondere für die MigrantInnen in Bebra mit türkischer Herkunft. So hätten viele MigrantInnen, vor allem AramäerInnen (vgl. dazu auch Kapitel 3.2), die „ja aus der türkischen Staatsbürgerschaft entlassen werden [wollen]“ (ebd.: 310), auf die sie keinen Wert legen würden, bereits eine deutsche Staatsbürgerschaft. Etwas anders stellt sich für ihn hingegen die Situation der muslimischen MigrantInnen türkischer Herkunft dar, aus der er ebenfalls eine verringerte Notwendigkeit für einen Ausländerbeirat ableitet:

„[...] die hätten gern die doppelte Staatsbürgerschaft. Und da gibt's ein Sonderrecht in Deutschland, die dann denen das zugebilligt haben und die sind aber auch deutsch dann letztendlich! Nehmen aber für sich in Anspruch auf der anderen Seite auch Ausländerbeirat betreiben zu wollen, weil sie ja sich eigentlich vielleicht doch mehr türkisch fühlen und aus Bequemlichkeit gerne die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Also hängt man da in so ,ner Art Schleife und sagt, was ist denn nun richtig? Eigentlich sind es ja deutsche, dann brauchst du keinen Ausländerbeirat.“ (ebd.: 311-316)

Neben diesen Fragen der Notwendigkeit des Gremiums problematisiert der ehemalige Bürgermeister zudem rückblickend den Aspekt der Repräsentativität hinsichtlich der Zusammensetzung des Ausländerbeirates. So sei der Ausländerbeirat später durch türkisch-muslimische MigrantInnen dominiert gewesen⁴⁶, von denen „dann die Hälfte auch wieder deutsch“ war. Das Gremium hätte somit nicht das große Spektrum der Herkünfte in Bebra widerspiegelt. Zudem hätten nichtdeutsche UnionsbürgerInnen zudem kein Interesse an der KAV gezeigt.

Nicht zuletzt zeigte sich der damalige Bürgermeister offen für einen Dialog mit den MigrantInnen und verwies weiterhin auf das Ziel und seine Erwartung, dass MigrantInnen zunehmend auch in der etablierten Parteienlandschaft kommunalpolitisch aktiv werden und zum Teil auch schon sind. So hätte beispielsweise die SPD schon einen Stadtrat mit Migrationshintergrund und mehrere Parteien hätten MigrantInnen auf ihrer Wahlliste gehabt. Wie es abseits einzelner Fälle um die politische Repräsentation der MigrantInnen tatsächlich bestellt ist, bliebe zu prüfen. Dass die politische Landschaft und damit Machtverteilung in der Kleinstadt mit einem durchaus hohen Anteil an MigrantInnen noch Spielraum für Veränderung hat, wird auch in folgender Äußerung deutlich: „Bislang hat es natürlich noch nie die Frage gegeben ob sich jemand als Bürgermeister mit Migrationshintergrund bewirbt.“ (ebd.:512-513)

⁴⁶ Auch ein Mitglied der Stadtverwaltung machte diese Feststellung und erklärte sich dies auch mit der bereits vorhandenen Selbstorganisation dieser Gruppe: „[...] dann bestand der Ausländerbeirat aus einer rein muslimischen Liste. Das war eigentlich [...] fast deckungsgleich, also Moschee und Ausländerbeirat [...]. Weil das waren die einzigen, logischerweise, die organisiert waren und äh die sich diesem Prozedere zur Verfügung gestellt haben. Die Kurden hätten das auch machen können, aber die sind insofern nicht organisiert gewesen oder haben kein Interesse daran gehabt, also weiß ich jetzt nicht.“ (I1: 1130-1132)

5. Fazit

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, zu verstehen, wie Konflikte im Kontext von Migration auf lokale Institutionen wirken bzw. in welchem Zusammenhang sie zum Wandel von Institutionen stehen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Analyse eines Konflikts um die Etablierung der syrisch-orthodoxen Gemeinde in Bebra. Diese setzte mit dem Bau einer eigenen Kirche sowohl innerhalb der Stadtgesellschaft als auch im baulichen Gefüge der Stadt ein klares Symbol ihrer Zugehörigkeit und ihrer Unabhängigkeit. An diesem Vorhaben, dem Bau der Kirche, entzündete sich ein Konflikt, der die Stadtgesellschaft kurzzeitig polarisierte. Den Beteiligten gelingt eine Einigung auf einen Kirchenbau in veränderter Form und an einem anderen Standort. Mit Stolz präsentieren heute auch ehemalige KontrahentInnen die im Jahr 2002 eingeweihte Kirche samt den Räumen für die Gemeinde. Ebenso stolz berichten die ehemaligen EntscheidungsträgerInnen über den allseitigen Gewinn, den die Kompromisslösung für alle bedeutet. Die Kirche ist in der Stadtgesellschaft etabliert, wird auch für konfessionsunabhängige Veranstaltungen wie Schuleinführungen genutzt und dient wiederum als Ankunftsort für Neuankommende im Zusammenhang mit der Zuwanderung Geflüchteter um das Jahr 2015. Ergänzt wurde diese Untersuchung mit der Rekonstruktion der Arbeit des Ausländerbeirats in den 1990er und 2000er Jahren. Unser Interesse war hierbei, eine Institution mit klarem Bezug zu Zuwanderung darauf zu untersuchen, wie möglicherweise Konflikte ihre Entwicklung beeinflusst haben, zumal wir in unseren Partnerstudien in Leipzig und Gelsenkirchen eine Vielzahl intensiver Konflikte um die Einrichtung und Etablierung der Ausländer- und MigrantInnenbeiräte zu beobachten waren.

Der Konflikt um den Kirchenbau in Bebra ist ein migrationsbezogener Konflikt. Es ist ein Konflikt, der auf Migration bezogen wird. Dieser Bezug wird vor allem von Seiten der GegnerInnen des Kirchenbaus hergestellt. Die Migration nach Bebra und das Zusammenleben mit Zugewanderten wurden hier zu zentralen Gegenständen gemacht. Was genau bedeutet aber eine solche Beziehung? Was bedeutet diese Bezugsherstellung und was lässt sich an ihr zeigen? Bei migrationsbezogenen Konflikten, das ist ein Ergebnis unserer fortwährenden Bemühungen den Begriff zu fassen, handelt es sich um Aushandlungsprozesse von sich ändernden Machtverhältnissen in langfristig von Zuwanderung geprägten Stadtgesellschaften. Solche Stadtgesellschaften werden in der aktuellen deutschen Migrationsforschung teilweise als „postmigrantisch“ bezeichnet (vgl. Foroutan 2018). In den Konflikten geht es um Fragen der gleichberechtigten Teilhabe, Zugehörigkeit und Repräsentation. Hierbei erfolgt oftmals eine Reduktion sozialer Differenzen. In deren Folge schreiben sich Ethnisierungen und Kulturalisierungen in die Verläufe sowie die Inter-

pretation der Konflikte ein. Das können über Sozialisation erlernte stereotype Deutungsmuster sein oder Zuschreibungen von Eigenschaften auf Basis der tatsächlichen oder zugeschriebenen (nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen) Herkunft. Eine wesentliche Erkenntnis des Projekts ist, dass die Konflikte meist Ausdruck vielschichtiger unterschwelliger und hintergründiger sozialer Spannungen sowie sich überlagernder Krisenerfahrungen sind, die im Kontext einer spezifischen Konstellation von lokalen, zeitgeschichtlichen und räumlichen Bedingungen entstehen und stattfinden. Die erfolgte Zuwanderung stellt also lediglich einen Teilaspekt dar. Diese und weitere Erkenntnisse möchte dieses Fazit herausstellen, weiterdiskutieren und dabei offene Fragestellungen herausarbeiten.

Verhältnis von Migration und Konflikt im Lokalen: Kontext und Komplexität

Im Falle lokaler Konflikte im Kontext von Migration wird der Bezug zu hintergründigen (gesamt-)gesellschaftlichen Spannungen deutlich. An diesen Spannungen zeigt sich, dass Migration nur ein Teilaspekt von migrationsbezogenen Konflikten ist. Der Kirchenbau in Bebra steht exemplarisch für die Gleichzeitigkeit von krisenhaften Erfahrungen der Mehrheitsgesellschaft (Deindustrialisierung, Peripherisierung, Stigmatisierung etc.), teils gewaltvollen Auseinandersetzungen um Zuwanderung im nationalen Kontext, dem Streben nach Anerkennung und Teilhabe von Zugewanderten, sowie zeitlicher Überlappung mit lokalpolitischen Agenden von AkteurInnen, die sich – selbst für die AkteurInnen überraschend – in einem manifesten Konflikt entladen.

An migrationsbezogenen Konflikten fällt die unterschwellige Thematisierung dieser gleichzeitigen Prozesse auf. Anhand eines konkreten Konfliktgegenstandes wird eine Debatte um grundsätzliche Fragen gesellschaftlicher Entwicklung geführt. Die etablierte gesellschaftliche Ordnung wird zunehmend umkämpft. Es zeigt sich eine umfassende und über den Einzelfall hinausgehende Aushandlung von Machtverhältnissen (bspw. Anrecht auf Ort, Teilhabe und Zugehörigkeit), die den Beteiligten entscheidend für gesellschaftliche und auch individuelle Entwicklungsperspektiven erscheinen. Vor dem Hintergrund verbreiteter (rassistischer) Stereotype und abwertender Einstellungsmuster gegenüber MigrantInnen, bundesweiten asylfeindlichen Diskursen sowie stetig zunehmender gesellschaftlicher Komplexität, wurden im beschriebenen Fall in Bebra, erlebte oder erwartete negative Veränderungen (z.B. Prekarität, Statusverlust, Verlust an Identifikationsangeboten) auf bereits erfolgte oder künftige Zuwanderung projiziert und mit dieser kausal verknüpft.

In diesem Sinne fungieren Konflikte als Kristallisationspunkt und Ventilöffner, so dass ein Teil dieser hintergründigen Spannungen gewissermaßen hervortritt und sich am auslösenden Konfliktgegenstand entlädt (vgl. Coser 1956). Die Suche nach Lösungen oder Kompromissen kann sich schwierig gestalten, da ohne die Kenntnisnahme und Thematisierung der zuvor beschriebenen hintergründigen Prozesse und Zusammenhänge zwar eine vorübergehende Beilegung der Auseinandersetzung möglich ist, latente Spannungen können dennoch weiterhin fortbestehen und Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen sein (vgl. Glasl 2013).

Konflikte in der Kleinstadt

Während es sich bei den zuvor genannten Entwicklungen um Einflüsse handelt, die auch in anderen (groß-)städtischen Kontexten wirken, ist der kleinstädtische Kontext ein besonderer Schauplatz für öffentliche Auseinandersetzungen. Aus unserer Analyse möchten wir einige Thesen zur Diskussion stellen, in denen wir ausführen, was diese Besonderheiten sein könnten.

Das politische und soziale Leben in Kleinstädten wird meist bestimmt durch eine hohe räumliche und soziale Nähe, eine hohe Anzahl formeller und informeller Netzwerke und die höhere Überschaubarkeit der öffentlichen Arenen (vgl. Hannemann 2004). Verwaltungseinheiten und politische Gremien sind kleiner und weniger spezialisiert als in Großstädten (vgl. Baumgart 2004). Die Gleichzeitigkeit der verschiedenen Rollen, die AkteurInnen vor Ort einnehmen und aus denen heraus sie im Konflikt handeln, prägen das Gefüge. Daraus resultiert eine vereinfachte Informierung und Mobilisierung unterschiedlicher Netzwerke sowie Allianzbildung, so dass – so unsere These – Konflikte schnell eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erlangen und sich dynamisch entwickeln können.

Der vorliegende Fall des Kirchenbaus der syrisch-orthodoxen Gemeinde verweist auch auf die Bedeutung der überlokalen Beziehungen. Unter welchen Umständen ein Konflikt das kleinstädtische Szenario verlässt und sich zu einem überregionalen Konflikt ausweitet, hängt von den Allianzen sowie von den Einflussmöglichkeiten und Kontakten einzelner Personen in überregionalen Netzwerken ab. Der Fall Bebra zeigt aber auch, dass mit steigendem Einfluss dieser Netzwerke die lokalen AkteurInnen die Kontrolle über den Verlauf zunehmend verlieren. Nicht zuletzt deshalb kommt in Kleinstädten der Positionierung von diskursrelevanten Personen, wie etwa der/m BürgermeisterIn, eine ausschlaggebende Rolle zu. Da sie in einer oftmals von Unübersichtlichkeit und Unvorhersehbarkeit geprägten Konfliktsituation Orientierung bieten, können sie sowohl zur Eskalation der Konflikte beitragen als auch Teil der Lösung, bzw. des Lernens aus Konflikten sein. Möglicherweise ersetzt diese bedeutsame Rolle von engagierten Einzelpersonen in Kleinstädten die in Großstädten oft vorhandene Institutionalisierung von Netzwerken.

Institutioneller Wandel und institutionelles Lernen im Konflikt

Mit Blick auf unser eingangs formuliertes Forschungsinteresse ist festzustellen, dass sich institutioneller Wandel und demokratische Lernprozesse nicht unbedingt unmittelbar und formal dokumentierbar manifestieren, sondern sich häufig in Form von kleinschrittigen, schwer beobachtbaren informellen Veränderungen vollziehen (bspw. Wertewandel oder Änderung von Handlungsstrategien, ohne direkte Umstrukturierung oder Neubildung von Institutionen). Im vorliegenden Fall wurden während eines Konfliktes insbesondere Formate der Begegnung und des Austausches innerhalb der Bevölkerung institutionalisiert, die auch nach Abklingen eines manifesten Konfliktes fortbestehen. In der langfristigen Einrichtung von Begegnungs- und Dialogformaten, vor allem solcher mit dem Ziel „interkulturellen Austausch“ zu fördern, spielen engagierte und stark vernetzte Einzelpersonen eine tragende Rolle. Mit Hilfe ihrer Netzwerkfunktion tragen sie dazu bei, solche Entwicklungen an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik zu etablieren.

Formelle Veränderungsprozesse sind über einen langen Zeitraum hinweg zu beobachten. Ein-

deutige und unmittelbare Ursache-Wirkungs-Relationen retrospektiv auszumachen, gestaltet sich jedoch schwierig. Wir nehmen an, dass es sich immer um ein komplexes Gefüge an Einflussfaktoren handelt, das zu iterativen, also sich wiederholenden, Veränderungsprozessen in Institutionen führt (sofern es sich nicht um eine Institutionenbildung „von oben“ handelt, wie bspw. die KAV). Demnach ist eine unmittelbare und direkte Wirkung von Konflikten auf Institutionen und deren Entwicklung kaum eindeutig sichtbar zu machen.

Dem Wandel von Institutionen stehen bekannte und etablierte Kommunikationsformate bei Interessengegensätzen gegenüber, wie BürgerInneninformationsveranstaltungen und Runde Tische. Dabei handelt es sich nur bedingt um Instrumente der Konfliktbearbeitung, weshalb sich ihre Anwendung in (migrationsbezogenen) Konfliktsituationen nicht immer anbietet. Dies hat unter anderem mit der Struktur der Instrumente zu tun. Eine Informationsveranstaltung ist nicht für eine Aushandlung bestehender Konflikte geeignet. Eine Thematisierung oder gar Bearbeitung der zuvor angesprochenen hintergründigen Konfliktthemen ist dabei nicht vorgesehen. Weiterhin verschleiern und unterdrücken der häufig gesetzte Rahmen und Anspruch der Sachlichkeit die vorhandene Emotionalität, eine zentrale Triebfeder des Konfliktes. Hierdurch ist eine Thematisierung oder Bearbeitung der persönlich-emotionalen Sphären kaum möglich. Stattdessen erschwert der Fokus auf Sachargumente zur Bemühung vermeintlicher Konfliktgegenstände, die zumindest in Teilen als Scheinargumente betrachtet werden müssen, eine Aushandlung des Konflikts zunehmend. So können BürgerInnenversammlungen schließlich eher zu einer Polarisierung der Lager, Polemisierung und Verkürzung der Debatte führen und somit zur weiteren Eskalation des Konfliktes, anstatt zu einer Kompromissfindung.

In Folge des Scheiterns dieser Formate und anderer Vermittlungsversuche ist zwar ein strategisches Lernen bei AkteurInnen festzustellen, ob dieses jedoch als demokratisches Lernen verstanden werden kann ist fraglich, da es eher zu Intransparenz und Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit führte. Im Hinblick auf unser Forschungsinteresse kommen wir somit rückblickend zu einer eher ambivalenten Einschätzung, in welcher Form Konflikte institutionellen Wandel bewirken können. So geraten im Konfliktverlauf gängige institutionalisierte Umgangsweisen unter Veränderungs- und Anpassungsdruck (vgl. Csigó 2006). Institutionell und gesellschaftlich zeigen sich Veränderungen jedoch eher informell und kleinschrittig sowie abhängig von engagierten Einzelpersonen. Zwar werden zumindest temporär Kommunikationsprozesse in Gang gesetzt, Austausch- und Begegnungsformate etabliert und Allianzen gebildet, doch sind auch Lernprozesse, wie strategische Kommunikationsverweigerung, zunehmend intransparentes Handeln und das Umgehen verfasster demokratischer Institutionen zu beobachten.

Vielperspektivität als Vorteil der Konfliktanalyse und Anmerkungen zu Methoden der empirischen Konfliktforschung

Letztlich bietet unsere Arbeit auch methodische und methodologische Anregungen für die Konfliktanalyse als Teil der qualitativen Sozialforschung. Hier zeigt es sich, dass Konfliktanalysen von Zeit und Tiefe der Feldarbeit profitieren und auch, dass die Kombination unterschiedlicher Zugänge zum Forschungsgegenstand (Triangulation), (vgl. Flick 2011) wertvoll ist. In der Konflikt-

analyse begegnet man notwendigerweise mehrfach überzeichneten und selektiv erinnerten Darstellungen, die zudem von den heutigen Beziehungen und Interessen der Berichtenden geprägt sind. Konfliktdarstellungen sind immer auch die Rekonstruktion der Ereignisse aus der heutigen Sicht. Sie enthalten nachträgliche Interpretationen, Auslassungen, Brüche und verfestigte Wiederholungen, so dass es oft nicht möglich ist, den einen Konfliktverlauf zu rekonstruieren. Je vielperspektivischer die Untersuchung, desto aufschlussreicher die Ergebnisse.

Im Konflikt werden lokale gesellschaftliche Verhältnisse aus verschiedenen Positionen hinterfragt und somit veränderbar. Etablierte Positionen beteiligter AkteurInnen werden sichtbar, in Frage gestellt und geraten in Bewegung. Durch eine Betrachtung der unterschiedlichen Perspektiven wird die Veränderung gesellschaftlicher Positionen sichtbar und dokumentierbar. Trotz dieser verschiedenen Perspektiven sehen wir eine im Großen und Ganzen kohärente Erzählung des Konfliktes. Eine Einordnung und ein Verständnis dessen wird erst im Zusammenspiel der verschiedenen Perspektiven und unter Berücksichtigung von sachlichen Dokumenten aus der Zeit des Konfliktgeschehens möglich. Was möglicherweise bleibt, ist jedoch der Beigeschmack einer individualistischen Perspektive der Forschenden, die letztlich entscheiden, welche Dokumente die Grundlage für die niedergeschriebene Erzählung sein sollen.

Eine Herausforderung für die retrospektive Konfliktforschung ist die immer erforderliche Vereinfachung. Nicht nur auf Seiten der Konfliktbeteiligten, sondern auch auf Seiten der Forschenden wird bei dem Versuch, die Ereignisse plausibel zu rekonstruieren, eine enorme Komplexitätsreduktion vorgenommen. Dargestellt wird, was nachträglich eine plausible Erzählung ergibt. Im Falle des Kirchenbaus zeigte sich das etwa an den projektierten Zahlen der Sitzplätze. In den jeweiligen Erzählungen werden unterschiedliche Zahlen genannt: Eine hohe Zahl wird erinnert, um zu verdeutlichen, weshalb ein behaupteter weiterer Zuzug von MigrantInnen und damit vermeintlich zusammenhängende soziale Konflikte zu befürchten gewesen wären; eine niedrige Zahl, um zu belegen, weshalb es überhaupt keinen Anlass zur Sorge gegeben habe. Welche Zahl ist die richtige? Woran soll sich eine retrospektive Konfliktforschung ohne Rückbezug auf Dokumente wie Planungsentwürfe oder Gesprächsprotokolle orientieren? Ist eine Annäherung an eine tatsächlich geplante Zahl ohne Zeitdokumente überhaupt möglich? In den entstehenden Unschärfen zeigt sich vor allem, wie Konfliktpositionen nachträglich begründet werden. In der Rekonstruktion von Konflikten, das ist ein zentrales Ergebnis unserer Forschung, ist immer eine Kombination notwendig, und zwar von narrativem Material auf der einen und von schriftlichen Dokumenten auf der anderen Seite.

Insbesondere, wenn ein Konflikt bereits viele Jahre zurückliegt und sich bestimmte Narrative über den Konflikt verfestigt haben, wird die skizzierte Komplexitätsreduktion noch einmal deutlich. Die ganze Komplexität der Ereignisse ist den Beteiligten weder im Konflikt noch danach vollumfänglich zugänglich, so dass die heutigen Erzählungen von hochgradiger Subjektivität geprägt sind. Methodisch ist festzuhalten, dass solche Stehgreiferzählungen mehrfach rekonstruktiv überzeichnet sind. Das erschwert einerseits die Analyse, andererseits unterstreicht es den Wert von Dokumenten als ‚objektivierte Zeitzeugen‘. Dabei lernen wir vor allem auch etwas über die Einordnung des Konfliktes der jeweiligen SprecherInnen für die Gegenwart, nämlich in wel-

chem Verhältnis der Konflikt zur Einstellung der Person steht. So wird etwa durch die ständige Erwähnung des ‚guten Ausgangs‘ des Konfliktes für alle Beteiligten betont, dass das heutige Zusammenleben positiv bewertet wird.

Aus unserer Sicht ist weiterhin zu beachten, dass es nicht zuletzt von der sozialen Position der KonfliktparteilInnen abhängt, welche Erzählungen sich zu einem vergangenen Konflikt durchsetzen. Dieser Umstand erfordert, dass in der retrospektiven Konfliktforschung die Perspektive von marginalisierten Gruppen besonders aufmerksam herauszuarbeiten ist, da deren Sichtweisen sowohl während des Konfliktes als auch nach dessen Beilegung durch die hegemoniale Perspektive der Mehrheitsgesellschaft verdeckt und/oder verzerrt sind. Darüber hinaus eröffnet die Vielperspektivität wertvolle indirekte Einsichten in Lernprozesse und Veränderungen von Institutionen und Wertesystemen, die offenbar bis in die Gegenwart hinein andauern. Das wiederum heißt, dass in einer umfassenden Analyse der Konflikt analytisch nicht eindeutig zeitlich eingegrenzt werden kann. Einen klar datierten Anfang und ein ebensolches Ende, einen eindeutig definierbaren Ausbruch oder eine für alle gleichermaßen geltende Lösung, all das lässt sich bei komplexen Konfliktkonstellationen selten festmachen. Das Wertvolle an der Analyse dieser komplexen Konstellationen liegt in einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihren Veränderungen durch die prozessorientierte Betrachtung der Verflechtungen unterschiedlicher Faktoren und ihrer Wechselwirkungen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

- Aubert, Vilhelm (1963/1973): Interessenkonflikt und Wertkonflikt: Zwei Typen des Konflikts und der Konfliktlösung, 178-205. In: Walter L. Bühl (Hrsg.) (1973): Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie.
- Baumgart, Sabine; Flacke, Johannes; Grüger, Christine; Lütke, Petra; Rüdiger, Andrea (Hg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums 2004. Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund. SRPapers Nr. 1, Dortmund.
- Budnik, Maria & Alexander Kraemer (2019): MigraChance Working Paper 1a: Konflikttheoretische Ansätze und ihre Bedeutung für Migrationsbezogene Konflikte. In: Großmann, Katrin (Hg.): Migrationsbezogene Konflikte als Impuls für demokratisches Lernen und institutionellen Wandel? Ein Literaturreview in drei Perspektiven., Fachhochschule Erfurt, Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie, www.migrachance.de/WorkingPaper-1a-Konflikttheorie. DOI (10.22032/dbt.40203).
- Coser, Lewis (1956): The functions of social conflict. Routledge & Kegan Paul, London.
- Csigó, Monika (2006): Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Dreßler, Ulrich (2010): Kommunalpolitik in Hessen. In: Kost A., Wehling HG. (eds) Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Flick, Uwe (2011): Triangulation. Eine Einführung. Springer VS, Wiesbaden.
- Foroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Hill, Marc; Yıldız, Erol: Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. transcript, Bielefeld. S. 15-27
- Giesen, Bernhard (1993): Die Konflikttheorie. In: ENDRUWEIT, Günter (Hrsg.). Moderne Theorien der Soziologie: strukturell-funktionale Theorie, Konflikttheorie, Verhaltenstheorie. Ein Lehrbuch. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart. S. 87-134
- Glasl, Friedrich (2013): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Haupt; Verlag Freies Geistesleben, Bern, Stuttgart, Wien, Stuttgart.
- Hannemann, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Kersting, Norbert (2004): Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Campus, Frankfurt a. M., New York.

Material

- BBMFI – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (o.J.): Bisherige Beauftragte – Heinz Kühn. Berlin: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/bisherige-beauftragte/heinz-kuehn-215826> (Zugriff am 27.11.2019).
- Bertelsmann-Stiftung (2017): Sozialbericht der Stadt Bebra 2017. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. <https://www.wegweiser-kommune.de/kommunale-berichte/bebra>
- Blickpunkt Bebra 1996: Ausgabe vom 28.02.1996.
- CDU Bebra, Brief an BürgerInnen zur Jahresbilanz des Bürgermeisters, o.D.
- Evangelischer Kirchenverband (1996): Stellungnahme zum Kirchenbau, Januar 1996.
- Hessischer Landtag (1996): „Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen“, 17.09.1996, Wiesbaden.
- SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1996: Zeitungsanzeige der SPD zum Kirchenbau der syrisch-orthodoxen Gemeinde vom 20.03.1996.
- Justiz-Online (2018): Hessische Landkreisordnung (HKO). Verfügbar: http://www.lexsoft.de/cgi-bin/lexsoft/justizportal_nrw.cgi?xid=146141,7 (Zugriff: 30.04.2020).
- Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg 1991: Bescheid zur Bauvorlage zur Errichtung eines Gottesdienstgebäude mit Planzeichnung, 23.10.1991.
- Kreisbauamt Bebra 1996: Antrag auf Fristenverlängerung für Bauantrag, 10.05.1996.
- Magistrat der Stadt Bebra (Hg.) (1969): Bebra. Chronik einer Stadt. Riehm & Co., Bebra.
- Magistrat der Stadt Bebra (Hg.) (1991): Bebra. Chronik einer Stadt. Teil II. Bebra im Wandel des 20. Jahrhunderts. Eigenverlag.
- Meng, Erich (1969): 1849 bis 1969, Eisenbahn in Bebra. Eigenverlag Zweigverein Rotenburg.
- RCKiN – Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen 1996: Offener Brief an den Bürgermeister und Magistrat der Stadt Bebra, 30.04.1996.
- Regierungspräsidium Kassel (1992): Antwort des Regierungspräsidiums Kassel zum Bauvorhaben der syr.-o. Gemeinde vom 09.10.1992.
- Schäfer, Helmut (2002): Handbuch für Ausländerbeiräte in Hessen: ein Leitfaden für gewählte Mitglieder der hessischer Ausländerbeiräte. Hessische Landeszentrale für politische Bildung,
- SPD-Fraktion Bebra 1996: Beschlussvorschlag zum Tausch des Grundstückes am Friedhof, 25.08.1996.
- Stadt Bebra (1994): Geschäftsordnung für den Ausländerbeirat für die Stadt Bebra. Verfügbar: https://www.bebra-stadt.de/images/pdf/Geschaeftsordnung_fuer_den_Auslaenderbeirat_1994.pdf (Zugriff am 30.04.2020).
- Stadt Bebra (1995a): Ersuchen der Bauaufsichtsbehörde zur Errichtung eines Gemeindezentrums, 18.09.1995.
- Stadt Bebra (1995b): Auszug aus der Niederschrift über Sitzung des Magistrates zur Aufstellung des B-Plans, 20.11.95.

- Stadt Bebra (1995c): Brief an Architekt Denker mit Stellungnahme der Bauaufsichtsbehörde, 21.11.95.
- Stadt Bebra (1996a): Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 25.01.1996, Bebra.
- Stadt Bebra (1996b): Brief von Groß an das Verwaltungsgericht Kassel am 19.04.96 „Ergänzung des Antrags vom 18.04.96 und Begründung der Eilbedürftigkeit“, Bebra.
- Stadt Bebra (1996c): Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 20.04.96, Bebra.
- Stadt Bebra (1996d): Information für den Magistrat über Gespräche mit Kirchenvertretern und Mitgliedern des Vorstandes der Syrisch-Orthodoxen Kirche Bebra sowie politischen Vertretern der Parteien bezüglich der Errichtung einer Kirche und von Gemeinderäumen der Syrisch-Orthodoxen Kirchengemeinde
- Stadt Bebra (1996e): Niederschrift über die BürgerInnenversammlung am 26.03.96 im Hotel Hessischer Hof, Bebra.
- Stadt Bebra (2018): Bebra und seine Migranten. <https://www.bebra-stadt.de/index.php/aktuelles/457-bebra-und-seine-migranten>. (Zugriff am 28.08.2019).
- Stadt Bebra (2019): Ausländerbeiratswahl. <https://www.bebra-stadt.de/index.php/politik/wahlen/auslaenderbeiratswahl>. (Zugriff am 08.06.2020).
- Stadt Bebra (2020a): Stadtplan. <https://www.bebra-stadt.de/index.php/stadtplan-1>. Zugriff am 08.06.2020).
- Stadt Bebra (2020b): Gemeindeordnung. <https://www.bebra-stadt.de/index.php/politik/kommunalpolitik/gemeindeordnung>. (Zugriff am 08.06.2020)
- Statistik Hessen (2016): Schutzsuchende in Hessen. https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/aufsatz_bevoelk_02_16.pdf (Zugriff am 14.02.2020).
- Statistik Hessen (2019): Die Bevölkerung in den hessischen Gemeinden am 31.03.2019. <https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/bevoelkerung-gebiet-haushalte-familien/bevoelkerung/tabellen> (Zugriff am 05.09.2019).
- Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, Brief vom 09.02.1996.

Zeitungsartikel und LeserInnenbriefe

- Blick in die Kirche (1993): Informationen aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, stellt syr.-o. Christen vor, Mai 1993, Kassel.
- Blick in die Kirche (1996): In der Sackgasse, November 1996, Kassel.
- Blickpunkt Bebra (1997): Werbeanzeige der FWG am 27.02.97, Jahrgang 9, Nr. 2., Rotenburg.
- CDU Bürgermeisterkandidat (1995): Wahlkampfflugblatt „Einer von uns“ für die Wahl zum Oberbürgermeister am 08.10.1995, Bebra.
- Das Sonntagsblatt (1996): Verfolgung Teil zwei, 26.04.1996, Hamburg.
- Der Spiegel (1996): „Wir stecken deine Hütte an“, 06.05.1996.
- epd – Evangelischer Pressedienst (1996): „Wir wollen eine Kirche bauen, keine Kaserne“. 04.04.1996, o.O.

Frankfurter Rundschau (1996a): Christen verweigern Christen eine Kirche. Streit um das geplante syrisch-orthodoxe Gemeindezentrum spitzt sich zu, 28.03.1996, Frankfurt (Main).

Frankfurter Rundschau (1996b): Aramäer müssen weiter warten, 27.04.1996, Frankfurt (Main).

Fuldaer Zeitung (1996): Streit um Aramäer-Kirche. 26.03.1996, Fulda.

Heimatnachrichten (1994): Die Syrisch-Orthodoxen im Raum Bebra, 06.07.1994, Rotenburg.

Heimatnachrichten (1996): SPD warnt vor emotionaler Besetzung des Themas, 17.04.1996, Rotenburg.

Heimatnachrichten (1997): Grüne fordern Widerruf einer FWG-Wahlparole, 05.02.1997 Rotenburg.

Heimatnachrichten (1998): Alte DB-Schule wird zum Andachtsraum umgebaut, 17.10.1998, Rotenburg.

Hersfelder Zeitung (2010): Beiräte: Bebra top, Bad Hersfeld flop, 08.11.2010, Bad Hersfeld.

Hessisches Pfarrblatt (1997): Skandal: Die Ablehnung des Baus einer syrisch-orthodoxen Kirche mit Gemeinderäumen in Bebra. April 1997, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (o.J.): Groß: „Wir wollen keine Kriminellen in Bebra“, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1992a): Auf der Suche nach Heimat, 18.05.1992, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1992b): Eigenes Haus gewünscht, 18.05.1992, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1995): Kandidaten einig: Keine weitere Zuweisung, 14.09.1995, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996a): Geplantes Zentrum am Runden Tisch, 09.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996b): CDU will Neubau einer Kirche verweigern. 17.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996c): Sorge um Zukunft der Bürger. 17.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996d): „Verletzung der Menschenrechte“, 21.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996e): Kommentar von Schaake, M.: Toleranz gefragt, 20.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996f): Kommentar von Schäfer-Marg, S.: Angst vor Fremden, 23.02.1996, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996g): Leserbrief - Pfarrer Hermann Löwer beeinflusste Podiumsdiskussion negativ, 01.03.1996, Kassel.

HNA – Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (1996h): CDU plant Bürgerbegehren, 29.02.1996, Kassel.

- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996i): Ökumenischer Arbeitskreis: Rückkehr zu angemessenem Stil, 09.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996j): Zuhause für Leidende Kirche, 23.02.1996, Kassel.
- HNA – Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (1996k): Leserbrief „Angst kein guter Ratgeber“, 28.02.1996, Kassel.
- HNA - Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996l): Leserbrief „Wer Fremde will, soll sie bei sich aufnehmen“, 28.02.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996m): „Macht einen Bürgerentscheid“, 28.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996n): Mehrheit in Bebra gegen Kirchen-Projekt? 28.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996o): „Stimmung eindeutig dagegen“, 28.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996p): Leserbrief „Solchen Zorn noch nie er-lebt“. 29.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996q): Kommentar von Schaake, M.: Alternati-ven gefragt, 28.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996r): Leserbrief „Als fremdenfeindlich hinge-stellt“, 28.03.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996s): Leserbrief „Um Lösung bemühen“ von Christian Steinmetz für den Stadtjugendring am 02.04.1996.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996t): Grüne: Keine Emotionen schüren, 13.04.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996u): Nicht ins Industriegebiet abschieben, 31.05.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996v): Neue Standorte, 13.04.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996w): „Bürgermeister soll Kompromisse su-chen“ fordert der Bebraer Ältestenrat (HNA), 08.05.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996x): Zippert: Recht auf Kirche anerkennen, 26.05.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996y): Holzhauer legt Mandat nieder, 30.08.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996z): Groß: Bemühen gescheitert, 28.08.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996aa): Kommentar Schaake, M. „Chancen für neuen Start“, 16.11.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996ab): Leserbrief „Gefragt ist nicht Herr Ei-chel“ 31.08.96, Kassel.

- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996ac): Leserbrief „Kein Druck von oben“, 03.09.96, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996ad): Leserbrief „Niemand lehnt den Bau ab“, 24.09.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996ae): Auf der Suche nach Kompromissen, 13.11.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1996af): Jetzt Zeit zum Luftholen, 27.04.1996, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997a): Anzeige „Die FWG Bebra informiert!“ 26.02.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997b): Leserbrief „Radikale haben bei uns nichts zu suchen“, 16.04.97, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997c): Interesse an Bahn-Schule, 15.11.97, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997d): Guter Kompromiss für die Stadt, 20.11.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997e): Den Weg gefunden?, 22.11.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997f): Andere Vorstellung von Moschee, 15.11.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997g): SPD begrüßt Haltung der CDU, 29.11.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997h): Jetzt doch Lösung für Syrisch-Orthodoxe?, 15.11.97, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1997i): Von der Realität eingeholt, 01.11.1997, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (1998a): „Das wird ein Schmuckstück“, 16.10.1998, Kassel.
- HNA – Hessische/niedersächsische Allgemeine (1998b): FWG beantragt Bürgerversammlung, 23.10.1998, Kassel.
- HNA – Hessische/niedersächsische Allgemeine (1998c): Keine Bürgerversammlung mehr, 31.10.1998, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (2002a): Neue Kirche wird morgen feierlich eingeweiht, 07.09.2002, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (2002b): Freude über eigenes Gotteshaus, 07.09.2002, Kassel.
- HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (2002c): Groß: Gute Lösung und ein harmonisches Bild, 07.09.2002, Kassel.

HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine (2011): Ausländerbeiräte: Cenik Vorsitzender in Hersfeld, Tabkin in Bebra, 28.01.2011, Kassel. <https://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/auslaenderbeiraete-cenik-vorsitzender-hersfeld-tabkin-bebra-1101031.html> Zugriff am 27.11.2019

HR-4 regional 1996: Sendung, 16:25, HR-4 regional, 05.03.1996.

HZ – Hersfelder Zeitung (2010): Beiräte: Bebra top, Bad Hersfeld flop, 08.11.2019, Bad Hersfeld.

Kreisanzeiger (1996): Leserbrief „Bau eines Syrisch-Orthodoxen Zentrums. CDU: Religionsgegensätze überfordern Bebra“, 15.02.1996, Bad Hersfeld.

Kreisanzeiger (1997): Guter Kompromiss für die Stadt, 20.11.1997, Bad Hersfeld.

Interviews

Forschungstagebuch MigraChance (2018-2019).

I1, Mitarbeiter Magistrat Stadt Bebra, 19.09.2019.

I2, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bebra, 16.10.2018.

I3, Mitarbeiter Stadtarchiv Bebra, 16.10.2018.

I4, Mitglieder des Vorstandes der syrisch-orthodoxen Gemeinde Bebra, 05.11.2018.

I5, Mitarbeiter Fachdienst Migration und Asyl Bad Hersfeld, 12.11.2018.

I6, ehemaliger HNA Redakteur, 14.01.2019.

I7, ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher in Bebra, 16.01.2019.

I8, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bebra, 16.01.2019.

I9, Bürgermeister Bebra, 05.06.2019.

I10, Mitglied Türkisch-islamischer Kulturverein, 05.06.2019.

I11, Mitarbeiterin Diakonie Bebra, 25.06.2019.

I12, ehemaliger Mitarbeiter im AWO-Flüchtlingsheim und Mitglied im Stadtrat in Bebra, 25.06.2019.

I13, Bruder in der Kommunität Imshausen, 15.07.2019.

I14, Mitglied Türkisch-islamischer Kulturverein, 22.07.2019

I15, Mitarbeiter der Stadtverwaltung der Stadt Bebra, 05.06.2019.

I16, Ehemalige Mitarbeiterin der Diakonie Bebra, 06.01.2020.

Nicht-öffentliche Dokumente

Nicht-öffentliches Dokument 1990: Vermerk des SPD-Bürgermeisters, 30.03.1990.

Nicht-öffentliches Dokument 1992a: Brief von Bauamtsleiter an Regierungspräsidium Kassel zur Errichtung eines syr.-orth. Gemeindezentrums in Bebra bzgl. der Besprechung am 10.09.1992, 05.10.1992.

Nicht-öffentliches Dokument 1992b: Brief von der Evangelischen Kirchengemeinde Bebra an die Architekten, 30.04.1992.

Nicht-öffentliches Dokument 1992c: Erläuterungsbericht Neubau eines syr.-orth. Gemeindezentrums vom Architekten, 16.09.1992.

Nicht-öffentliches Dokument 1993: Brief Bauverwaltungsamt Bebra an syr.-orth. Gemeinde, 21.06.1993.

Nicht-öffentliches Dokument 1995: Bauantrag, 18.09.1995.

Nicht-öffentliches Dokument 1996a: Nationalitätenstatistik der Stadt Bebra 1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996b: Brief von Bauamtsleiter an Architekt, 05.01.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996c: Brief des syrisch-orthodoxen Kirchen- und Kulturvereins, 17.01.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996d: Brief eines Mitglieds der Kommunität Imshausen, 26.01.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996e: Brief eines Mitglieds der Kommunität Imshausen an einen Dekan, 28.01.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996f: Brief eines Mitglieds der Kommunität Imshausen an RCKiN/ einen Dekan in Kassel, 06.02.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996g: Brief von Landeskirchenamt der evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck an die Kommunität Imshausen, 01.03.1996, Kassel.

Nicht-öffentliches Dokument 1996h: Private Mitschrift von der Sitzung des Runden Tisches in Imshausen, 23.05.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996i: Brief des Bischofes der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck) an den CDU-Bürgermeister, 28.03.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996j: Brief vom syr.-orth. Kirchen- und Kulturverein an den CDU-Bürgermeister, 07.04.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996k: Brief vom syr.-orth. Kirchen- und Kulturverein an den Ältestenrat der Stadt Bebra, 02.05.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996l: Brief von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck an Mitglied der Kommunität Imshausen, 20.05.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996m: Private Mitschrift vom Runden Tisch in Imshausen, 23.05.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996n: Private Mitschrift vom Runden Tisch in Imshausen, 19.08.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996o: Brief von Kirchenrat an die Mitglieder des Runden Tisches, 20.08.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996p: Private Mitschrift vom Runden Tisch in Imshausen, 19.08.96.

Nicht-öffentliches Dokument 1996q: Brief des MdL und Kreisvorsitzenden der CDU Gießen an den Bebraer Bürgermeister, 28.08.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 1996r: Auszug aus dem Datenblatt „Ausländerbeiräte Hessen“. Herausgeberin AGAH – Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen. Stand 18.07.1996.

Nicht-öffentliches Dokument 2014: „Unser Dank für das Leben von Vater Petros Schüsche oder Bitris Ögünc“ von der Kommunität Imshausen, 01.02.2014.

Nicht-öffentliches Dokument o.J.: Chronik der Kommunität Imshausen „Syrisch-Orthodoxe Mutter-Maria Kirche“ zum Kirchenbau in Bebra.